

Deutschland 2021

Muslim:innen in Deutschland: Menschenrechte,
Grundrechte und Rechtsverletzungen

Herausgeber

Bekir Berat Özipek & Faik Tanrikulu



KEIN PLATZ FÜR
RASSISMUS !

LiBeRtE

LiBeRtE
yayınları



Özipek, Bekir Berat & Tanrikulu, Faik (Hrsg.), *Deutschland 2021: Musliminnen in Deutschland: Menschenrechte, Grundrechte und Rechtsverletzungen*, Ankara: Liberte Yayinlari, August 2022.

Deutschland 2021

Muslim:innen in Deutschland: Menschenrechte,
Grundrechte und Rechtsverletzungen

Herausgeber

Bekir Berat Özipek & Faik Tanrikulu

Autor:innen

Bekir Berat Özipek

Faik Tanrikulu

Elif Köroğlu

Muhterem Dilbirliđi

Bekir Berat Özipek & Faik Tanrıkulu (Hrsg.)

Deutschland 2021

*Muslim:innen in Deutschland: Menschenrechte, Grundrechte und
Rechtsverletzungen*

ISBN: 978-605-9823-65-4

Liberte Yayinlari® | 249

1. Auflage: August 2022

© 2022, Liberte Yayinlari®

Alle Rechte vorbehalten. Weder das Werk, noch einzelne Teile davon dürfen durch Fotokopien oder andere Verfahren vervielfältigt oder verbreitet werden. Unser Verlag behält sich das Recht vor, rechtliche Schritte gegen Personen einzuleiten, die dies tun oder versuchen.

Herausgeber: **Bekir Berat Özipek | İstanbul Medipol Universität**
Faik Tanrıkulu | İstanbul Medipol Universität

Grafik Design: **Emre Turku**

Druck: **Meteksan Matbaacılık**

Adresse: Beytepe Köyü Yolu, No:3, 06800 Çankaya / Ankara

Telefon: (312) 266 44 10 | Fax: (312) 266 41 50 | Zertifikat Nr.: 46519

LiBeRtE
yayingrubu

Adresse: GMK Bulvarı No: 108/16, 06570 Maltepe, Ankara

Telefon: (312) 230 87 03 | Fax: (312) 230 80 03

E-mail: info@liberte.com.tr | Web: www.liberte.com.tr | Zertifikat Nr.: 52155

Liberte Yayinlari ist eine geschützte Marke der Liberte Yayinlari Gruppe.

INHALTSVERZEICHNIS

ALLGEMEINER ÜBERBLICK	7
ALLGEMEINE FESTSTELLUNGEN ZUM GESELLSCHAFTLICHEN ZUSAMMENLEBEN	11
1. Entwicklungen in puncto Pluralismus, Toleranz und friedliches Zusammenleben in der Gesellschaft.....	11
2. Im Jahr 2021 Haben Sich Die Gemeldeten Diskriminierungsfälle Verdoppelt.....	13
3. Islamfeindlichkeit Und Antimuslimischer Rassismus Im Aufstieg.....	15
4. Antisemitismus, Anti-Schwarzer-Rassismus Und Rassismus Gegen Sintizze Und Rom:nja Nimmt Zu	17
5. Gewalt Und Andere Verstöße: Straftaten Mit Rassistischem Hintergrund Haben Im Jahr 2021 Weiter Zugenommen.....	18
6. Nicht Gemeldete Oder Nicht Erfasste Fälle von Menschenrechtsverletzungen.....	22
DER STAND DER POLITIK UND WICHTIGE POLITISCHE AKTEUR:INNEN	25
1. Bundestagswahl 2021: Entwicklungen, Die Aus Sicht Der Menschenrechte Positiv Zu Bewerten Sind.....	25
2. Wahlprogramme Der Politischen Parteien: Positive Und Negative Ansätze.....	27
3. Die Koalitionsvereinbarung Der Neuen Regierung Machen Hoffnung	30
4. Die Repräsentation von Menschen Mit Migrationsgeschichte Im Bundestag Ist Positiv, Dennoch Nicht Ausreichend.....	32
MASSNAHMEN GEGEN DISKRIMINIERUNG UND NEUE REGELUNGEN	35
1. Der Kampf Gegen Den Institutionellen Rassismus	35
2. Neue Regulierung Zum Hatespeech Im Internet	38
3. Vereine Gegen Antisemitismus Und Rassismus Gegenüber Sintizze Und Rom:nja...	39
4. Haftung Für Menschenrechtsverletzungen Im Ausland Und Positive Richtlinien.....	40
DIE SITUATION VON MUSLIM:INNEN IM HINBLICK AUF MENSCHENRECHTE	41
1. Die Atmosphäre Ist Angespannter Als Angenommen.....	41
2. Übergriffe Gegen Muslim:innen Werden Nicht Adäquat Erfasst Und Nicht Konsequenter Untersucht.....	44
3. Das Jahr 2021 Ist Weiterhin Von Angriffen Auf Religiöse Einrichtungen Geprägt.....	48
4. Islamische Gemeinden Religionsunterricht Und Staatliche Eingriffe	51
5. Entscheidungen Bezüglich Der Religionsfreiheit.....	54
6. Kennen Die Menschenrechtsorganisationen Die Wahre Dimension Des Problems?..	57
ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN: ERGEBNISSE UND EMPFEHLUNGEN	61
ÜBERBLICK: MUSLIM:INNEN IN DEUTSCHLAND IM JAHR 2021	67
1. Entwicklungen bezüglich Gerichtsurteile und Anwendungen	67
2. Chronologische Anordnung Der Gemeldeten Fälle.....	87
QUELLENVERZEICHNIS	107

Allgemeiner Überblick

Ein Überblick über das Jahr 2021 zeigt, dass sich migrations- und muslimfeindliche Äußerungen in Deutschland verdoppelt haben. Dennoch beweisen Studien, dass die Anzahl der Meldungen von gemeldeten Fällen über Diskriminierungserfahrungen und Rechtsverletzungen an die zuständigen Stellen sehr gering ist. Obschon das Jahr 2021 auch von positiven Ereignissen geprägt ist, ist ein Großteil der in Deutschland lebenden Muslim:innen über ihre Zukunft in Deutschland besorgt.

DURCH DIE ENTWICKLUNGEN DER LETZTEN JAHRE ZEIGEN SICH VIELE Länder besorgt über ihre Demokratien. Während sich mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion liberale Demokratien etabliert haben, entstanden neue Demokratien und das Konzept der Vielfalt und Pluralismus sowie die allgemeine Akzeptanz des Multikulturalismus scheint von breiten Teilen der Gesellschaften hinterfragt zu werden.

Das erste Quartal des 21. Jahrhunderts zeichnet sich durch einen allgemeinen Rückschritt in den Demokratien, einen Rückzug von Freiheiten und eine Zunahme der Sicherheitsperspektive sowie eine Zunahme von Populismus, Diskriminierung, Rassismus und nationalistisch-populistischem Mindset aus.

Diese neue Situation, die auch zu Menschenrechtsverletzungen führt, insbesondere die neue Art der subtilen und offensichtlichen Diskriminierung von Minoritäten in Form von Alltagsrassismus, betrifft das gesamte politische Spektrum: Von der rechten bis zur linken Mitte, von den liberalen bis zu den radikalen Demokrat:innen wird sie in der Rhetorik aller Akteur:innen erkennbar.

In den westlichen Demokratien ist diese subtile Diskriminierung schwieriger zu erfassen und zu behandeln, da sie unter dem Deckmantel der Menschenrechte und freie Meinungsäußerung salonfähig gemacht wird. Die "Normalisierung" des rechten Gedankenguts, das in Europa bis vor kurzem als "Randerscheinung" galt, ist zum Politikum und Gegenstand von Wahlprogrammen geworden, was als eine besorgniserregende Entwicklung festgehalten werden kann. Auch in Deutschland gibt es negative Entwicklungen, was die postmigrantische Gesellschaft anbetrifft. Zahlreiche Studien belegen, dass in den letzten Jahren die Diskriminierung gegenüber marginalisierten Gruppen, insbesondere gegen Muslim:innen zugenommen hat. In diesem Zusammenhang spielen viele Entwicklungen, wie z.B. die Migrationsbewegung seit dem Sommer 2015, gesellschaftliche sowie sozio-ökonomische Probleme eine wichtige Rolle.

Die Relativierung und Salonfähigkeit der Diskriminierung von Muslim:innen sowohl in den medialen als auch politischen Debatten bietet einen Nährboden für eine rassistische Rhetorik, welche von Populist:innen genutzt wird, um ihre menschenfeindlichen Ideologien zu äußern und zu verbreiten. Denn durch den entstandenen Tenor, der den Rassismus salonfähig gemacht hat, haben Populist:innen ein Vehikel für sich entdeckt, um sich menschenverachtend ausdrücken können, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

Muslim:innen sind eine dieser marginalisierten Gruppen, die am stärksten von dieser Entwicklung betroffen sind. Diese rückschrittliche Entwicklung zeichnet sich durch den Rückgang der Menschen- und Grundrechte, Hassverbrechen und Gewalt aus. Das Problem, das in den akademischen und medialen Debatten unter den Begriffen "Islamophobie", "Islamfeindlichkeit", "Muslim:innenfeindlichkeit" und "antimuslimischer Rassismus" zusammengefasst wird, stellt eine mehrdimensionale Bedrohung der Grundrechte muslimischer Bürger:innen dar, die sich in der ganzen Welt in unterschiedlichen Formen manifestiert.

In den politischen Debatten hat die diskriminierende und ausgrenzende Rhetorik gegenüber Muslim:innen ein nicht zu unterschätzendes Ausmaß angenommen, sodass Gesetze und Verordnungen sowie Gerichtsentscheidungen zugenommen haben, die die Religionsfreiheit von Muslim:innen erschweren. (beispielsweise Kopftuchgesetze, Gesetze zum Schächten von Tieren und zur Beschneidung, Halal-Food etc.)

Auch in der Gesellschaft lässt sich feststellen, dass Angriffe und Gewalt gegenüber Muslim:innen zugenommen haben. Die Brandanschläge von Solingen, die Mordserie der NSU und der Anschlag in Hanau im Jahr 2020 zeigen das Ausmaß der Gewalt gegenüber der muslimischen Minorität in Deutschland.

Eine positive Entwicklung zeigt sich in der Arbeit von Antidiskriminierungsstellen und zivilgesellschaftlichen Vereinen sowie politischen Akteur:innen, die sich für die Rechte von marginalisierten Gruppen einsetzen und diese unterstützen.

In diesem Zusammenhang kann von zwei entgegengesetzten Polen gesprochen werden, die von gegensätzlichen Dynamiken geprägt sind. Einerseits wird auf den institutionellen Rassismus und seiner Verankerung in staatlichen Einrichtungen wie in der Bundeswehr, der Polizei und in anderen Institutionen hingewiesen; den Sicherheitsbehörden und Politiker:innen im Rahmen des NSU-Prozesses und anderer Anschläge ein "staatliches Versagen" angeprangert, und auf offene Fragen bezüglich der Rechtsstaatlichkeit hingewiesen, doch andererseits wird auf das Funktionieren des Rechtsstaats und auf die ergriffenen Maßnahmen hingewiesen, um die Verankerung bestimmter staatswirksamer Machtzentren zu liquidieren oder zu verhindern.

Um den Status Quo in Deutschland adäquat zusammenzufassen und zu bewerten, müssen positive und negative Entwicklungen in ihrer Gesamtheit betrachtet werden und eine mehrdimensionale Analyse stattfinden. Hierzu zählen Analysen von Gerichtsentscheidungen, Wahlprogrammen und -ergebnissen, Jahresberichte von Menschenrechtsinstitutionen sowie soziologische Analysen.

Im Rahmen dieses Berichts, der zum Ziel hat, die gesellschaftliche, rechtliche und politische die Probleme von Muslim:innen zu fokussieren, wurde zunächst eine Literaturrecherche durchgeführt und mehrere Berichte von Menschenrechtsorganisationen und Vereinen analysiert. Die gesellschaftlichen Veränderungen innerhalb eines Jahres, die Covid-19-Pandemie, die neue Bundesregierung sowie Gerichtsurteile in Bezug auf muslimischem Leben in Deutschland sollen eine Grundlage für diesen Bericht bieten. Zudem wurden Interviews mit Akteur:innen durchgeführt, die sich gesellschaftlich engagieren und sich mit den Themen Diskriminierung und Menschenrechtsverletzungen befassen.

In diesem Bericht wird die Situation von Muslim:innen in Bezug auf die Menschenrechte fokussiert, um die Lebensrealitäten zu erleuchten. Des Weiteren wurden Gerichtsurteile aus dem Jahr 2021 berücksichtigt, die das "Muslimische Leben" in Deutschland betreffen.

Ein weiterer Gegenstand des Berichts sind Übergriffe auf Muslim:innen, die in der deutschen und internationalen Berichterstattung abrufbar sind. Durch ein Monitoring und Datenerfassung konnte ein Medienbild für ein Jahr zusammengestellt und in einer Tabelle mit konkreten Entwicklungen unter der Rubrik "Rechte" und "Übergriffe" dargestellt werden.

Der Bericht stützt sich auf die Jahresberichte nationaler und internationaler Menschenrechtsorganisationen (z.B. Amnesty International) und enthält Bewertungen und Empfehlungen, einschließlich der Maßnahmen, die im Hinblick auf Menschenrechte, Gerechtigkeit und Partizipation unternommen werden müssen.

Wir hoffen, dass dieser Bericht einen Beitrag dazu leistet, um die Situation der Menschenrechte in Deutschland im Jahr 2021 zu skizzieren und um auf die multidimensionale Bedrohung, Diskriminierung und andere Rechtsverletzungen gegen Muslim:innen aufmerksam zu machen.

Allgemeine Feststellungen Zum Gesellschaftlichen Zusammenleben

1. ENTWICKLUNGEN IN PUNCTO PLURALISMUS, TOLERANZ UND FRIEDLICHES ZUSAMMENLEBEN IN DER GESELLSCHAFT

Die neue Ampel-Regierung hat mehrere politische Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Minoritäten beschlossen. Zahlreiche aktuelle Studienergebnisse (DEZIM-Institut, Mediendienst Integration, Amnesty International etc.) zeigen jedoch, dass das Problem der Diskriminierung und des Rassismus in der Gesellschaft weit verbreitet ist und in den letzten Jahren massiv zugenommen hat. Deutschland ist nicht das einzige Land in Europa, das mit dem Problem des Rassismus zu kämpfen hat. Es zeigt sich, dass Rassismus zu einem wichtigen Politikum von Wahlkämpfen geworden ist und die gegen Muslim:innen und andere marginalisierte Gruppen gerichtete ausgrenzende Stimmung zunehmend "salonfähiger" wird. Aus diesem Grund ist es nicht abwegig, einen Vergleich mit Frankreich zu ziehen, wo die Diskriminierung von Minoritäten im Namen von "republikanischen Werten" mit Gesetzen (Burkini-Gesetz) untermauert wird. Die allgemeine Atmosphäre in Bezug auf die Rechte von Minoritäten ist negativ getrübt. Die politischen Maßnahmen in diesem Rahmen bleiben unzureichend und der Ernst der Lage scheint vielen politischen Akteur:innen und in weiten Teilen der Gesellschaft nicht bewusst zu sein.

Der global wachsende Populismus, der die Menschenrechte, das friedliche Zusammenleben und die gesellschaftliche Toleranz bedroht, zeigt sich in den letzten Jahren in Deutschland vor allem am wachsenden antimuslimischen Rassismus.

Laut dem Bericht des Mediendienstes Integration aus dem Jahr 2021 fühlt sich im Jahr 2020 fast die Hälfte (47%) der Deutschen durch die muslimischen Bürger:innen "im eigenen Land fremd". Darüber hinaus zeigt sich in derselben Studie, dass vor allem Muslim:innen angeben, am Arbeitsplatz, im öffentlichen Raum, im Bildungswesen und an Orten des privaten Dienstleistungssektors wie Cafés aufgrund ihres Kopftuchs diskriminiert zu werden.¹

Aus diesem Grund ist es schwierig zu sagen, dass die deutsche Gesellschaft im Jahr 2021 in Bezug auf Werte wie Vielfalt, Pluralismus und Respekt vor Diversität, welche die wesentlichen Voraussetzungen für ein friedliches Zusammenleben ausmachen, "gut aufgestellt" ist. Allerdings sollten diese Befunde nicht als ein kategorisch negatives Bild über das gesellschaftliche Klima in Deutschland interpretiert werden. Die Studien von Kromczyk, Khattab und Abbas zeigen auf, dass die Einstellung im Vereinigten Königreich und in Deutschland bei Befragten mit höherem Bildungsabschluss und mit "gutem" sozio-ökonomischen Hintergrund "weitgehend positiv" ausfällt, während dies bei Befragten mit "schlechteren" sozio-ökonomischen Verhältnissen "ausgeprägt negativ" ist. Diese Ergebnisse sind vor allem vor dem Hintergrund der wachsenden restriktiven Migrationspolitik und politischer Polarisierung zu bewerten.²

Stefan Rochow äußert sich über die Herausforderungen für Deutschland im Jahr 2021 im Zusammenhang mit der Migrationsbewegung. "Die Gesellschaft kämpft immer noch damit, in Vielfalt zu leben", sagt er: "Diese Probleme, die es in Demokratien schon immer gegeben hat, werden jetzt deutlicher sichtbar, auch wenn sie schon immer bestanden haben. Die Streitpunkte zwischen Mehrheits- und Minderheitengruppen - die offensichtlichen Unterschiede zwischen ethnischen Gruppen innerhalb eines Landes - stellen auch Deutschland im Jahr 2021 vor Herausforderungen."³

Dr. Salim Özdemir, Präsident der Deutsch-Türkischen Akademie und Generalkoordinator des Instituts für Sozialpädagogische Forschung, weist darauf hin, dass "im Jahr 2021 die Pandemie immer auf der Tagesordnung der Welt und damit auch auf der Tagesordnung Deutschlands, kurz gesagt, auf der Tagesordnung der

1 Mediendienst Integration. (2021). *Antimuslimischer Rassismus in Deutschland: Zahlen und Fakten* (Infopaper). (<https://mediendienst-integration.de/artikel/antimuslimischer-rassismus-ist-weit-verbreitet.html>)

2 Marcin Kromczyk, Nabil Khattab & Tahir Abbas (2021) *The limits of tolerance: before and after Brexit and the German Refugee Crisis*, *Ethnic and Racial Studies*, 44:16, 170-193.

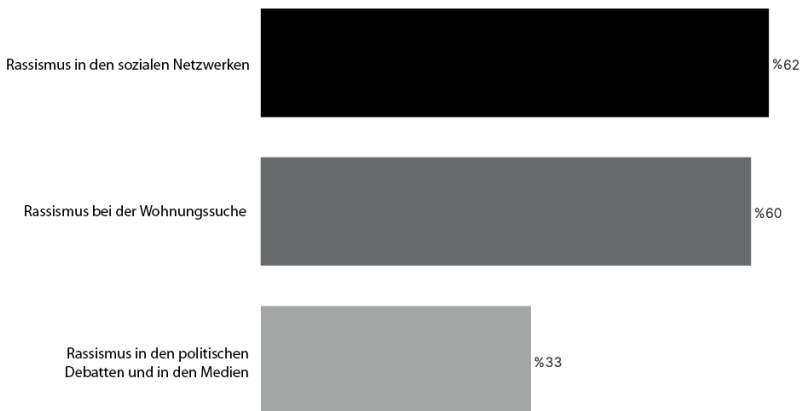
3 Stefan Rochow ist Journalist und Geschäftsführer einer Digitalagentur. Bis 2008 war er im rechtsextremistischen Milieu, seit 2015 arbeitet er beim Verein für demokratische Kultur in Berlin im Bereich De-radikalisierung. Im Rahmen dieser Arbeit wurde er zu Rechtsextremismus und Rassismus in Deutschland befragt. Dieser und die folgenden Verweise beziehen sich auf dieses Interview mit ihm.

Politik steht, und dass Rassismus, Diskriminierung und Rassismus, insbesondere Islamophobie, unter den Teppich gekehrt werden und sich jeder in seine eigene Welt zurückzieht”.

Während der EU-Grundrechtebericht von 2021 zeigt, dass zwischen März und Juni die häusliche Gewalt in der Tschechischen Republik und in Deutschland um 50% bzw. 20% zugenommen hat,⁴ weist die Journalistin Ferda Ataman auf den Alltagsrassismus, institutioneller Rassismus, Rassismus im Bildungswesen, Racial Profiling und auf Mikroaggressionen hin.⁵

2. IM JAHR 2021 HABEN SICH DIE GEMELDETEN DISKRIMINIERUNGSFÄLLE VERDOPPELT

Mehrere Studien in Deutschland zeigen, dass Diskriminierung und Rassismus ein wachsendes Problem ausmachen. Studien, Untersuchungen und Umfragen, die von verschiedenen Personen und Organisationen durchgeführt wurden, zeigen diese negative Entwicklung auf. Laut den Angaben der YouGov-Statistik 2020 zum Thema Rassismus geben 62% der Deutschen an, dass es Rassismus in den sozialen Medien gibt und dass er ein großes Problem darstellt, während 60% der Deutschen sagen, dass es Rassismus auf dem Wohnungsmarkt gibt und dass dies ein Problem ist.



Quelle: YouGov - 2020

4 *Fundamental Rights Report 2021* (2021), European Union Agency for Fundamental Rights, (https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2021-fundamental-rights-report-2021_en.pdf) S. 28.

5 Nicholson, Esmé (2021), *Germany Grapples With Racism After Threats Derail Refugees' Candidacy For Parliament*, (<https://www.npr.org/2021/04/21/988816485/germany-grapples-with-racism-after-threats-derail-refugees-candidacy-for-parliam>)

Des Weiteren geben 33% der Befragten an, dass Rassismus auch in der Politik und in den Medien vorkommt, aber kein Problem darstellt.⁶

Ein weiteres wichtiges Ergebnis ist, dass sich die Meldungen bei der Antidiskriminierungsstelle des Bundes von 4.000 im Jahr 2020 auf 8.000 im Jahr 2021 verdoppelt haben. Dass die Zahl der Meldungen über Diskriminierungsfälle zugenommen hat, ist positiv zu bewerten, jedoch beweisen Studien (beispielsweise CLAIM Allianz), dass die Dunkelziffer der Diskriminierungserfahrungen viel höher ist, da viele Betroffene ihre Diskriminierungserfahrungen nicht melden.

Auch während der Covid19-Pandemie scheint der Rassismus in Deutschland nach wie vor omnipräsent zu sein. Dies zeigt sich beim Anstieg von mehr als 80% gemeldeten Fälle, die unter dem Gleichbehandlungsgesetz fallen. Hierbei gehören die ethnische Herkunft, Religion, Geschlecht und Weltanschauung gehören zu den wichtigsten Diskriminierungsmerkmalen. Dies zeigt sich auch am Ergebnis, dass 36,8% der gemeldeten Fälle auf Diskriminierung aufgrund des ethnischen Backgrounds zurückzuführen ist.⁷

Eine wichtige Entwicklung ist, dass der Verfassungsschutz die AfD auf Landes- und Bundesebene wegen ihrer Verbindungen zu rechtsextremen Gruppen beobachten wird.

Thomas Haldenwang, der Präsident des Verfassungsschutzes, erklärte, dass “der Rechtsextremismus als die größte Bedrohung für die Zukunft und die Demokratie in Deutschland angesehen wird” und dass die AfD als “verdächtige Organisation” eingestuft wurde und in all ihren Aspekten bundesweit beobachtet wird. Ebenso hatte der Verfassungsschutz die AfD-Jugendverbände “Junge Alternative” und “Der Flügel” im Jahr 2019 als verdächtig eingestuft. Darüber hinaus zeigt Haldenwangs Aussage, dass 40% der rechtsextremen Gruppen gewalttätig sind und dies eine Gefahr für den Rechtsstaat darstellt.⁸

6 Pawlik, V. (2022). *Glauben Sie, dass in Deutschland Rassismus in den folgenden Lebensbereichen vorkommt oder (fast) nicht vorkommt?* Statista. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1170606/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vorkommen-von-rassismus-in-bestimmten-lebensbereichen/>)

7 Vates, D. (2021). Antidiskriminierungsstelle meldet erneut Rekordwerte bei Beratungsanfragen. *Redaktions Netzwerk Deutschland*. (<https://www.rnd.de/politik/antidiskriminierungsstelle-meldet-2021-erneut-rekordwerte-bei-beratungsanfragen-JS5ZYRSB7F-DPJFEUFLUJG7RG7A.html>)

8 Statement des Präsidenten Thomas Haldenwang zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2020. *Bundesamt für Verfassungsschutz*. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2021/statement-haldenwang-vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2020.html>)

Die so genannten Gruppen der “Neuen Rechten” sind über soziale Medien und Netzwerke organisiert und zeichnen sich durch Hatespeech und verbale Gewalt aus.⁹

3. ISLAMFEINDLICHKEIT UND ANTIMUSLIMISCHER RASSISMUS IM AUFSTIEG

Eine Analyse der Entwicklungen der letzten Jahre in Deutschland zeigt, dass das Zusammenleben mit Diversität, Pluralismus und alternierende Lebensrealitäten vor neuen Herausforderungen steht. Die zunehmende negative Einstellung gegenüber Muslim:innen und anderen marginalisierten Gruppen, der Anstieg des Antisemitismus und Anti-Schwarzer-Rassismus sowie Rassismus gegenüber Sinti:zze und Rom:nja ist als eine Gefahr für die pluralistische postmigrantische Gesellschaft zu deuten.

Die weltpolitischen Ereignisse sowie die Beziehungen mit der Türkei sind weitere Katalysatoren dieser negativen Entwicklung. Während in den 2010er Jahren die muslimischen Bürger:innen aus sicherheitspolitischer Perspektive betrachtet wurden, waren die Jahre ab 2015 von den Migrationsbewegungen aufgrund des Bürgerkriegs in Syrien geprägt. Das Dilemma zwischen der Einschränkung der Freiheit im Namen der “Sicherheit”, d.h. das “Gleichgewicht zwischen Sicherheit und Freiheit”, wirkte sich negativ auf die gesellschaftspolitische Lage in Deutschland aus.

Menschenfeindliche und rassistische Einstellungen gegenüber Muslim:innen entwickeln sich aufgrund der alten Feindbilder ziemlich schnell. Doch diskriminierendes, ausgrenzendes und rassistisches Gedankengut ist nicht nur auf die Muslim:innen beschränkt, sondern weitet sich auf andere marginalisierte Gruppen aus. Zweifelsohne ist Deutschland ein Migrationsland mit einer pluralistischen Gesellschaft, doch die Entwicklungen der letzten Jahre wirken sich negativ auf das Image des Rechtsstaates aus.

Ein weiterer wichtiger Aspekt in diesem Zusammenhang ist, dass menschenfeindliches Mindset nicht mehr auf Rechtsextremist:innen reduziert werden kann und keine Randerscheinung mehr ist, sondern in der Mitte der Gesellschaft angekommen ist und sich in allen Lebensbereichen zeigt.

9 Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html>)

Antimuslimischer Rassismus wird oftmals unter dem Deckmantel der "Islamkritik" und "Meinungsfreiheit" salonfähig

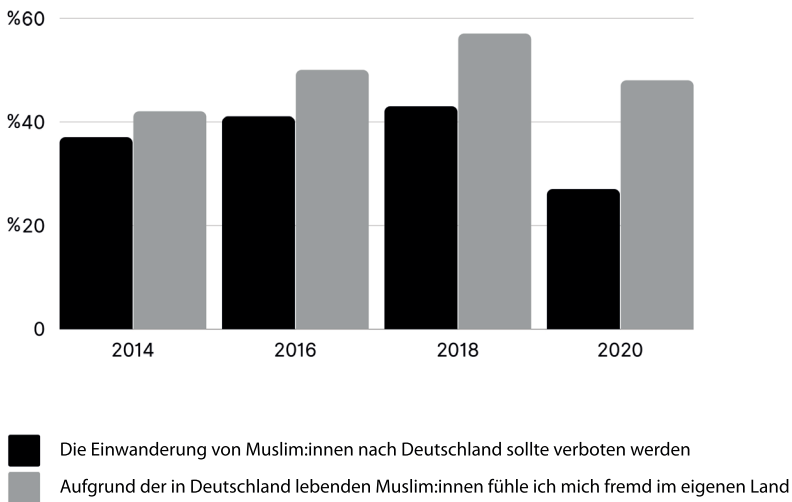
Die neue Bundesministerin des Innern und für Heimat, Nancy Faeser (SPD), hat nach ihrem Amtsantritt betont, dass "der Islam natürlich zu Deutschland gehört" und dass sie die Deutsche Islam-Konferenz weiterentwickeln möchte. Das wurde in der islamischen Community positiv wahrgenommen.

Der antimuslimische Rassismus ist gesellschaftlich salonfähig und zieht sich durch alle gesellschaftlichen Schichten. Muslime werden unter allen Minderheiten am stärksten angefeindet, gefolgt von Sinti und Roma.

Die breite Masse der Bevölkerung ist zwar für Antisemitismus sensibilisiert, nicht jedoch für antimuslimischen Rassismus. Als "Islam-Kritik" getarnt, wird antimuslimischer Rassismus als einfache Diskriminierung oder als Meinungsfreiheit verstanden.“

Dr. Ali Özgür Özdil¹⁰

Grafik 1: Aussagen über Muslim:innen



Quelle: Leipzig Universität

Die Ergebnisse der Autoritarismus Studie der Leipzig Universität im Jahr 2020, in der 2500 Teilnehmende interviewt wurden, zeigen antimuslimische Einstellungen. So stimmt fast die Hälfte der Menschen in Deutschland (46,8%) der Aussage "Wegen der vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land" zu. Mehr als ein Viertel der Befragten (27,4%) ist der Meinung,

¹⁰ Leiter des islamischen Instituts Hamburg, wurde für den Report interviewt. Die Zitate stammen aus dem Interview mit ihm

dass die "Einwanderung von Muslim:innen verboten werden sollte". In den alten Bundesländern liegt diese Zahl bei etwa 40%.¹¹

4. ANTISEMITISMUS, ANTI-SCHWARZER-RASSISMUS UND RASSISMUS GEGEN SINTI:ZZE UND ROM:NJA NIMMT ZU

Laut dem Bericht der Europäischen Kommission wurde während der COVID-19-Pandemie ein deutlicher Anstieg antisemitischer Einstellungen u.a. in den sozialen Netzwerken in Deutschland erfasst.

In den ersten zwei Monaten des Jahres 2021 hat sich die Zahl der antisemitischen Äußerungen im Vergleich zum gleichen Zeitraum des Jahres 2020 um das 13-Fache vermehrt.¹²

Das Bundeskriminalamt (BKA) gab an, dass es im Jahr 2020 2.351 Straftaten gegen Jüd:innen und jüdische Einrichtungen gegeben hat. Zudem wird darauf verwiesen, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist.

Während in 9.420 Fällen rassistische Motive festgestellt wurden, handelte es sich bei 5.298 Fällen um einen Angriff auf einen Menschen mit Migrationsgeschichte.¹³

Des Weiteren ist dem Bericht der unabhängigen Kommission des Bundestags aus dem Jahr 2019 zu entnehmen, dass der Rassismus gegenüber Sinti:zze und Rom:nja über Jahre hinweg nicht adäquat bekämpft wurde und dass die nötigen Maßnahmen nicht ergriffen wurden, sodass die Diskriminierung im öffentlichen Leben und Bildungswesen weiter besteht.¹⁴

11 Decker, O., & Brähler, E. (2020). Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität. In O. Decker & E. Brähler (Ed.), *Autoritäre Dynamiken* (s. 64). Psychosozial-Verlag. (<https://doi.org/10.30820/9783837977714-13>)

12 European Commission, Directorate-General for Justice and Consumers, Comerford, M., Gerster, L. (2021). *The rise of antisemitism online during the pandemic: a study of French and German content*, Publications Office. (<https://data.europa.eu/doi/10.2838/408086>)

13 Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2021). Politisch im Jahr motivierte 20 Bundesweite Fallzahlen, (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4)

14 Deutscher Bundestag. (2021). *Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation*. Drucksache 19/30310. Berlin: Deutscher Bundestag. (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf>)

Die Covid-19-Pandemie und die "Farbe" von Stereotypen

Ein Schwarzer Aktivist, dessen Name auf eigenen Wunsch nicht veröffentlicht werden soll, äußert sich im Interview folgendermaßen:

"Das Jahr 2021 war die Manifestation von Corona im Sinne von Social Distancing, was sich besonders für BIPOCs bemerkbar macht, wenn z. B. eine weiße Person im Fahrstuhl auf einmal die Maske aufsetzt, wenn man reinkommt. Verstärkt wurde dies noch durch die neue Omikron Variante, deren mediale Darstellung (Süd-) Afrikaner*innen einen pathologischen Stempel aufgedrückt hat.

Da die AfD stetig wächst, bewerte ich die politischen Maßnahmen als fehlgeschlagen. Es gibt keinen wirklichen Dialog in der Gesellschaft.

- Meine Erwartungen an die Politik sind: Erleichterung des Zugangs zum Arbeitsmarkt von Geflüchteten und Migrant*innen ohne deutsche Staatsangehörigkeit damit Migrant*innen nicht bzw. weniger als "Sozialschmarotzer" bezeichnet werden
- und ein wirksames mit Personal bestelltes Antidiskriminierungsgesetz in allen Bundesländern."

5. GEWALT UND ANDERE VERSTÖSSE: STRAFTATEN MIT RASSISTISCHEM HINTERGRUND HABEN IM JAHR 2021 WEITER ZUGENOMMEN

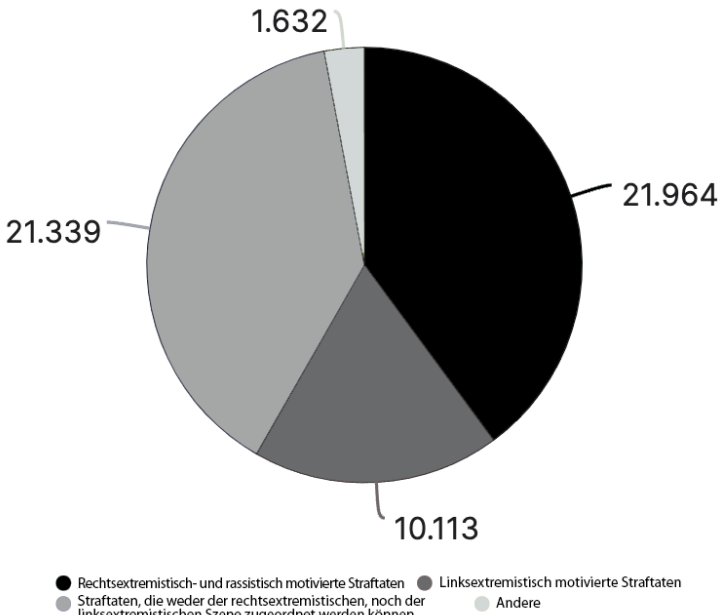
Seit dem Jahr 2017 wird auf Bundesebene eine Statistik über "politisch motivierte Straftaten" erfasst. Diese Straftaten werden auch in Unterkategorien wie "rassistisch motivierte Straftaten" oder "antimuslimische Straftaten" eingeteilt¹⁵ und die Ergebnisse werden jedes Jahr vom Innenministerium an die Öffentlichkeit weitergegeben. Im Jahr 2021 wurden 10.501 der politisch motivierten Straftaten als "Hasskriminalität" erfasst, da es keine monokausalen Motive für die Taten gibt. Während 8.408 Vorfälle als rechtsextremistische Straftaten erfasst wurden, wurden 248 Vorfälle als linksextremistische Straftaten registriert.¹⁶

Die Zahl der politisch motivierten Straftaten im Jahr 2021 betrug 55.048. Es zeigt sich, dass 21.964 davon rechtsextrem und rassistisch motivierte Straftaten sind, wovon 10.113 als linksextremistisch motivierte Straftaten registriert wurden. Die Zahl der politisch motivierten Straftaten, die weder der extremen Rechten noch der extremen Linken zugeordnet werden konnten, beläuft sich auf 21.339. Es kann gesagt werden, dass viele der auf diese Weise erfassten Straftaten ein rechtsextremes Motiv

15 Deutscher Bundestag. (2022). *Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im vierten Quartal 2021*. Drucksache 20/716. Berlin: Deutscher Bundestag. (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>)

16 Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022), Politisch motivierte Kriminalität erreichte im Jahr 2021 neuen (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/05/pmk2021.html>)

haben.¹⁷ Bei 57,87% dieser Straftaten wurden antidemokratische Symbole verwendet und bei den politisch motivierten Straftaten handelte es sich zu 13,85% um Beleidigungsdelikte und zu 9,23% um Straftaten der Volksverhetzung.¹⁸



Quelle: Deutscher Bundestag 2022

Ein weiteres Ergebnis laut den Angaben des Verfassungsschutzes ist, dass rechtsextremistisch motivierte Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 5,1% zugenommen haben. Bei den meisten Gewaltdelikten handelt es sich um Körperverletzungsdelikte. Auch die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Brandstiftungen stieg im Vergleich zum Vorjahr deutlich an, sodass es im Jahr 2020 25 Brandanschläge gab, während diese Zahl im Vorjahr 6 betrug.

Auch die Zahl der rassistischen Gewalttaten stieg an: Während im Jahr 2019 695 rassistische Gewalttaten registriert wurden, waren es im Jahr 2020 746 Fälle.

Es zeigt sich, dass die Täter:innen rechtsextremer Gewalt nicht nur aus etablierten rechtsextremen Strukturen und Organisationen stammen, sondern auch von außerhalb der rechtsextremen Szene stammen können.¹⁹

¹⁷ ebd.

¹⁸ Deutscher Bundestag. (2022). *Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im vierten Quartal 2021*. Drucksache 20/716. Berlin: Deutscher Bundestag. (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>)

¹⁹ Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/ver>

Am 19. Februar 2020 ermordete der Hanauer Rechtsterrorist 9 Menschen mit Migrationsgeschichte, erschoss dann seine Mutter und sich selbst.

Was den Hanauer Anschlag fraglich macht, ist, dass der Attentäter im Vorfeld die zuständigen Behörden über seine Tat informierte und einen Waffenschein sowie Waffen besaß, obwohl er psychische Probleme hatte und dies den Behörden bekannt war. Ein weiteres Versäumnis ist zudem, dass die zuständigen Justiz- und Strafverfolgungsbehörden die rassistischen Äußerungen des Täters nicht ernstgenommen haben und nicht handelten, obwohl sie im Vorfeld über zahlreiche Hinweise verfügten. Die inakkurate Vorgehensweise der Sicherheitsbehörden in Hanau gegenüber den Familien der Opfer, erinnert an das Vorgehen bei den Ermittlungen im Rahmen der NSU-Mordserie.²⁰

Es gab kein Ermittlungsverfahren gegen den toten Attentäter und die Untersuchung der Staatsanwaltschaft bezüglich Mithelfer:innen wurde im Dezember 2021, also zwei Jahre nach dem Angriff, abgeschlossen. Die Ermittlungen, ob der Vater des Mörders Einfluss auf Tobias R. hatte, ob er von der Tat wusste oder gar der Anstifter des Anschlags war, wurden von der Bundesanwaltschaft nicht vertieft²¹, was eine Enttäuschung bei den Überlebenden und Angehörigen der Opfer des Hanauer Attentats auslöste.

Der Human Rights Watch 2021 Germany Report weist auf die Zunahme von hass- und politisch motivierten Straftaten durch Rechtsextremisten im Jahr 2020 hin. Dementsprechend stiegen die migrant:innenfeindlichen Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 16%, nämlich auf 72%.²²

In ähnlicher Weise berichtete die Antidiskriminierungsstelle des Bundes, dass rassistische Vorfälle im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr um 78 % zugenommen haben.²³

fassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html)

20 Steinhagen, M. (2021) "Was lief schief in der Tatnacht? Was wussten die Behörden über den Täter?" [https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-07/hanau-anschlag-untersuchungsausschuss-rechtsextremismus-polizei?](https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-07/hanau-anschlag-untersuchungsausschuss-rechtsextremismus-polizei)

21 Generalbundesanwalt (2021) Pressemitteilung, Einstellung der Ermittlungen wegen des Anschlags in Hanau vom 19. Februar 2020 http://www.generalbundesanwalt.de/DE/Home/home_node.html

22 Deutschland Menschenrechtslage 2021. *Human Rights Watch*. <https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518>

23 Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020). *Gleiche Rechte, gleiche Chancen. Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes*. Berlin: MKL Druck GmbH & Co. KG. (https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2020.pdf;jsessionid=40AA6B934DCBC310975FBECABD7C65B2.intranet212?__blob=publicationFile&v=4&_x_tr_sl=de&_x_tr_tl=tr&_x_tr_hl=tr&_x_tr_pto=sc)

Es ist wichtig hervorzuheben, dass es sich hierbei um die höchste Zahl seit 2001 rechtsextremer Straftaten, rassistischer Gewalt und Hatespeech handelt.

Der damalige Innenminister Horst Seehofer sagte, dass der Anstieg der Gewaltkriminalität um 18,8% (3.365) “besonders schlimm” sei und dass “rechtsextremistische Angriffe die größte Bedrohung für die Sicherheit in Deutschland darstellen.”²⁴

Diese Aussagen geben einen Hinweis über das Ausmaß der Bedrohung, die die rechte Gewalt für Deutschland darstellt. Das Verbot der drei rechtsextremen Gruppierungen “Combat 18 Germany”, “Nordadler” und “Wolfs-/Sturmbrigade 44” vom Bundesinnenministerium kann als eine positive Entwicklung gewertet werden, wobei der Verfassungsschutz eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung und Entlarvung der gewalttätigen Tendenzen dieser Gruppen im Zusammenhang mit der rechtsextremen Szene spielte.²⁵

Die Rechtsextremist:innen bestehen aus informellen Verbänden und Gruppen, in denen rechtsextremistische und konservative Akteur:innen zusammenarbeiten. In dem Bericht des Innenministeriums wird die neue extreme Rechte zusammen mit verschiedenen Akteur:innen und Gruppen aufgeführt.

Die neuen rechtsextremistischen Gruppen, die sich vor allem auf sozialen Netzwerken mobilisieren, weisen ein antidemokratisches und illiberales Weltbild auf. Der Verfassungsschutz gab bekannt, dass sie gegen Organisationen wie die “Identitäre Bewegung Deutschland” (IBD), die “Compact-Magazin GmbH”, das “Institut für Staatspolitik” (IfS) und “Ein Prozent e.V.” als Verdächtige ermittelt.²⁶

Die Studienergebnisse des Innenministeriums zeigen, dass rechtsextremistische Gruppen für 41% der politisch motivierten Straftaten verantwortlich sind und dass diese im Jahr 2021 einen Anstieg um mehr als 23% aufweisen.²⁷

In diesem Zusammenhang ist es wichtig zu erwähnen, dass die genannten Zahlen für rassistisch und rechtsextrem motivierte Straftaten nur die “Spitze des Eisbergs” darstellen. Um rechtsextremistische und rassistisch motivierte Straftaten

24 Berry, Alex. (2021). Germany: Right-wing criminality at a record high. *DW*. (<https://www.dw.com/en/germany-right-wing-criminality-at-a-record-high/a-57421079>)

25 Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html>)

26 Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html>)

27 Bundesministerium des Innern und für Heimat (2022), Politisch motivierte Kriminalität erreichte im Jahr 2021 neuen (<https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2022/05/pmk2021.html>)

wirksam bekämpfen zu können, ist es notwendig, die Vorfälle und Handlungen sowie die Dunkelziffer zu erfassen. Es ist bekannt, dass Betroffene ihre Diskriminierungserfahrungen aus unterschiedlichen Gründen nicht bei den entsprechenden Antidiskriminierungsstellen melden. Dies ist ein Zustand, der hinterfragt werden muss, sodass Betroffene dazu ermutigt werden, rassistische Vorfälle zu melden, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen.

6. NICHT GEMELDETE ODER NICHT ERFASSTE FÄLLE VON MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN

Viele Menschenrechtsorganisationen berichten davon, dass rechtsextremistische und rassistische Übergriffe in Deutschland von offiziellen Meldestellen zwar erfasst werden, dass es aber eine hohe Dunkelziffer gibt.

Obwohl davon ausgegangen wird, dass die Dunkelziffer sehr viel höher ist, melden die Statistiken des Bundeskriminalamtes sowie Medienberichte und Berichte der Zivilgesellschaft eine Zunahme des Rechtsextremismus und dass die Zahl der rechtsextremistisch motivierten Straftaten, Hatespeech und Übergriffe jedes Jahr zunimmt.

Anzumerken ist, dass nicht nur die Gewalttaten zunehmen, sondern auch ein Anstieg von rechtsextremistischen und menschenfeindlichen Einstellungen in der Gesellschaft und in den politischen Debatten aufgezeichnet werden kann.

Die Pandemie hat die online-Präsenz von rechtsextremistischen Gruppierungen begünstigt und diese somit "digitalisiert". So werden immer wieder Chats und Online-Gruppierungen von rechtsextremistischen und rassistischen Gruppen, Attentatspläne sowie extremistische Haltungen innerhalb der Bundeswehr und der Polizei und der Sicherheitsorganisationen aufgedeckt.²⁸

So haben europäische und internationale Menschenrechtsorganisationen Deutschland dazu aufgefordert, wirksame Präventivmaßnahmen gegen Straftaten mit antisemitischem Hintergrund zu ergreifen.

Im März 2020 berichtete die Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI), dass die deutschen Justiz- und Ermittlungsbehörden nicht ausreichend gegen Antisemitismus und rassistische Straftaten ermitteln, sodass die Sicherheitsbehörden an ihrer Vertrauenswürdigkeit verlieren.²⁹

28 Deutsche Institut für Menschenrechte(2021), *Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2020 – Juni 2021*, (https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht/Menschenrechtsbericht_2021_Kurzfassung.pdf)

29 European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) (2020), *Sixth report on Germany Monitoring*, (<https://www.coe.int/en/web/european-commission-against-racism-and-intolerance/germany>)

Walter Lübcke, ein CDU-Politiker, der im Jahr 2019 aus rechtsextremistischen Motiven ermordet wurde, schlug das Gesetz "zur Bekämpfung rechtsextremer und volksverhetzender Straftaten" vor, das im Juli 2021 in Kraft trat. Im November 2020 beschloss die Bundesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus im Rahmen des sogenannten "Maßnahmenkatalogs" mit einem Budget von rund 1,2 Milliarden Euro. Zuvor hatte die Bundesregierung ein umfassendes Programm mit 89 geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus verabschiedet. Ziel dieses Pakets war es, das Bewusstsein für Rassismus und Antisemitismus zu verstärken. Expert:innen nehmen an, dass eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen der Polizei, Justiz und Zivilgesellschaft zu größeren Erfolgen bei der Bekämpfung von Rassismus führen würde.³⁰

Am 12.08.2021 bestätigte der Bundesgerichtshof das NSU Urteil des Oberlandesgerichts vom 11. Juli 2018³¹, wodurch die rechtsterroristische NSU Mordserie mit vielen offenen Fragen abgeschlossen wurde. Die Fragen der Angehörigen der Opfer und der Öffentlichkeit, die auf die Aufklärung der rassistisch-terroristischen Mordreihe warteten, blieben trotz des Gerichtsprozesses offen.³²

Im Gegensatz zu den Berichten von Migrant:innenselbstorganisationen hat das Innenministerium wiederholt die Existenz von institutionellem Rassismus bei der Polizei bestritten.

Das Institut für Menschenrechte empfiehlt, gesetzliche Bestimmungen, die rassistische Polizeikontrollen und Racial Profiling fördern, wie z.B. §22 Absatz 1a des Bundespolizeigesetzes, abzuschaffen und dMelde- und Anlaufstellen für Betroffene des Rechtsextremismus einzurichten. Außerdem wird die Einrichtung einer unabhängigen Kommission empfohlen, die die Polizeiarbeit auf rassistische Strukturen untersuchen soll.³³

30 Deutscher Bundestag (2021), Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hasskriminalität beschlossen,(<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw25-de-rechtsextremismus-701104>)

31 OLG München, Urteil vom 11.07.2018 6 St 3/12

32 Urteil des Bundesgerichtshofs vom 12.08.2021 3 StR (441/20)

33 Deutsche Institut für Menschenrechte(2021), *Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2020 – Juni 2021*,(https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht/ Menschenrechtsbericht_2021_Kurzfassung.pdf)

Der Stand der Politik und Wichtige Politische Akteur:innen

1. BUNDESTAGSWAHL 2021: ENTWICKLUNGEN, DIE AUS SICHT DER MENSCHENRECHTE POSITIV ZU BEWERTEN SIND

Angela Merkels "Wir schaffen das" und der Anstieg der Stimmen der AfD führten ab dem Jahr 2015 zum Verlust der Stimmen der sogenannten "Mitte". Ereignisse wie die Flutkatastrophe (2021) und die außergewöhnlichen Umstände durch die Covid-19-Pandemie hatten zweifelsohne eine Wirkung auf die Wahlergebnisse. Viele dieser politischen Entwicklungen spiegelten sich sicherlich in den Wahlergebnissen von 2021 wider.

Für die CDU war das Wahlergebnis 2021 mit der niedrigsten Stimmenzahl in ihrer Geschichte war ein deutlicher Misserfolg. Auf der anderen Seite gelang es der SPD zum ersten Mal seit 2002 ihre Stimmen dermaßen zu erhöhen. Die AfD verlor im Vergleich zur letzten Wahl an Stimmen, ist dennoch im Bundestag weiterhin vertreten.

Die Stimmen der AfD sind als ein Indiz für diskriminierende und islamfeindliche Tendenzen innerhalb der Gesellschaft zu deuten. Entgegen der Erwartungen gehörte die AfD jedoch zu den Parteien, die in den Bundestagswahlen 2021 Stimmen verloren haben.

Auch wenn dies als eine positive Entwicklung zu vermerken ist, ist es sinnvoll zu hinterfragen, welche Parteien zu einer "Alternative" für menschenfeindliche Politik geworden sind und welche Politik sie vertreten.

Von der "Leitkultur" bis heute: Die deutsche Politik zwischen zwei Dynamiken

Die Bundestagswahl 1998 in Deutschland kann als ein Wendepunkt angesehen werden, da sie insbesondere mit der Regierungsbeteiligung der Grünen einen Wandel in der Ausländer:innen- und Türk:innenpolitik auslöste. Mit der neuen Regelung der Staatsangehörigkeit wurde der Prozess der Einbürgerung erleichtert und in Deutschland geborenen Kindern automatisch die deutsche Staatsangehörigkeit erteilt.³⁴

Diese Politik führte zur Entwicklung neuer Diskurse in den Oppositionsparteien in Deutschland und das Konzept der "Leitkultur" wurde von Friedrich Merz vorgeschlagen, der damalige stellvertretende Vorsitzende der CDU-Bundestagsfraktion. In der Folgezeit wurde das Konzept der Leitkultur als ein zentraler Begriff für die hauptsächlich über Türk:innen betriebene Außenpolitik bezeichnet.

Das Konzept wurde in den Mittelpunkt des Problems der Entfremdung der Einwanderer:innen von ihrer eigenen Kultur gestellt. In den Debatten über die "Integration" und Einwanderungspolitik spielte der Begriff eine wichtige Rolle, um die Dominanzkultur zu definieren.

Anfang 2022 wurde Friedrich Merz zum Vorsitzenden der CDU gewählt und der Begriff der Leitkultur hat auch 20 Jahre später kaum an Aktualität verloren.

Es gibt verschiedene Praktiken rund um das Konzept der Leitkultur, die bis in die heutige Zeit bestehen geblieben sind, wie z.B. der "Einbürgerungstest" bei der Einbürgerung und die Anforderung eines Sprachtests bei der Familienzusammenführung.³⁵

Die Rechtswidrigkeit einer Sprachprüfung im Rahmen der Familienzusammenführung wurde vom EuGH als Verstoß gegen die "Standstill"-Bedingung erklärt, die die Grundlage des Abkommens zwischen der Türkei und der EU bildet.

Der wachsende globale Populismus wirkt sich auch auf die Politik Deutschlands aus und es herrscht ein Klima zwischen Vielfalt, Pluralismus und Multikulturalismus einerseits und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Marginalisierung von bestimmten sozialen Gruppen sowie Diskriminierung andererseits.

Obwohl in der Gesellschaft eine Politikverdrossenheit herrscht, behalten extreme Rechte ein gewisses Maß an Stärke und Sichtbarkeit. Das Scheitern des Wahlbündnisses zwischen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) und der Partei "Die Rechte" bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen am 13. September 2020 und das schlechte Wahlergebnis könnten auf einen Rückgang hinweisen.³⁶

34 Bielefeldt, H. (2006), Einbürgerungspolitik in Deutschland, Zur Diskussion über Leitkultur und Staatsbürgerschaftstests, Deutsches Institut für Menschenrechte, Essay No. 3.

35 Fandrych, S. (2017), Leitbild statt Leitkultur!, içinde: Leitbild oder Leitkultur? Vielfalt und Gemeinsamkeit in der Einwanderungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, s.2-3.

36 Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verf>

Der Rückgang der Stimmen der AfD bei den letzten Bundestagswahlen ist zunächst positiv zu bewerten, bedeutet jedoch nicht, dass rechtes Gedankengut in der Gesellschaft nicht vorhanden ist. Die AfD als politische Akteurin weist auf eine alarmierende Situation hin, da es u.a. Berichte dazu gibt, dass 83 AfD-Abgeordnete Verbindungen zu Neonazi-Gruppierungen haben. Auch ist wichtig zu erwähnen, dass im Rahmen der Bundestagswahlen 2021 keine der politischen Parteien eine mögliche Koalition mit der AfD in Erwägung gezogen hat.

Am Abend des 26. September 2021 verfolgte die Öffentlichkeit aufmerksam, ob "Die Linke" die Wahlhürde von 5% überschreiten würde. Obwohl die Linkspartei mit 4,9% der Stimmen unter der Sperrklausel blieb, konnte sie durch die Direktmandatsregelung mit 39 Abgeordneten im deutschen Parlament vertreten sein.³⁷

Unabhängig von den Wahlergebnissen lässt sich in Bezug auf die Menschenrechte und Grundrechte in Deutschland allgemein sagen, dass sich diskriminierende und islam- bzw. muslimfeindliche Ressentiments nicht wie in den vergangenen Jahren auf einige Randparteien beschränken, sondern das gesamte politische Spektrum und alle Gesellschaftsschichten betrifft. Auch wird diskriminierende Politik und diskriminierende Rhetorik sowohl von Rechten als auch von Linken Akteur:innen mit spezifischen Diskursen und Jargons unterschiedlich reproduziert wird.

2. WAHLPROGRAMME DER POLITISCHEN PARTEIEN: POSITIVE UND NEGATIVE ANSÄTZE

Im Vergleich zur 16-jährigen Regierungszeit Angela Merkels ist die Rhetorik der Ampelkoalition liberaler und pluralistischer. Ein Beispiel dafür ist die geplante Gewährung der doppelten Staatsbürgerschaft für alle Bürger:innen mit Migrationsgeschichte, was Merkel während ihrer Amtszeit stets ablehnte.³⁸

Mit Ausnahme der Jahre 2009 bis 2013 gab es in Deutschland in fast jeder Wahlperiode eine Koalitionsregierung aus der CDU und der SPD. Es kann beobachtet werden, dass die Regierung der beiden großen Parteien über lange Zeiträume hinweg zum Aufstieg von Randparteien geführt hat. So kann der Einzug der AfD in den Bundestag im Jahr 2017 als Wendepunkt in der deutschen Politik

assungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html)

37 Islam und Islamismus in den Wahlprogrammen der Parteien. Qantara. (<https://de.qantara.de/content/islam-und-islamismus-in-den-wahlprogrammen-der-parteien>)

38 An dieser Stelle muss erwähnt werden, dass das Gesetz, welches Neugeborenen mit Migrationsgeschichte aus Nicht-EU-Ländern (ab 2000) vorschrieb, sich für eine Staatsangehörigkeit zu entscheiden, im Jahr 2014 aufgehoben wurde und somit der erste Schritt für die doppelte Staatsbürgerschaft gemacht wurde. Während der Merkel Ära war allerdings eine doppelte Staatsbürgerschaft für Menschen aus Drittstaaten nicht möglich

angesehen werden, da seit dem Ende der NS-Zeit keine rechtsextremen Parteien im Bundestag vertreten waren.

Das Wahlprogramm 2021 der SPD verurteilt zwar Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Rassismus, enthält aber Aussagen, die einen großen Interpretationsspielraum lassen, wie z.B.: “In Fällen, in denen die Religionsfreiheit missbraucht wird und in religiösen Fanatismus umschlägt, müssen die staatlichen Sicherheitsbehörden konsequent einschreiten”.³⁹

Das Koalitionsprogramm der CDU und CSU verurteilt Islamfeindlichkeit und Rassismus und stellt fest, dass “der Islamismus eine extremistische politische Ideologie ist”.⁴⁰

Im Programm ist eine Forderung bezüglich der Untersuchung der ideologischen Hintergründe der Radikalen, die hinter Moscheegemeinden und ausländischen Spendern stehen “Wir haben die Erwartung, dass die Menschen, die zu uns kommen, unsere Werte teilen, unsere Gesetze befolgen und unsere Sprache sprechen”, heißt es in Bezug auf die Integration. Darüber hinaus wird die CDU/CSU als ein Bündnis dargestellt, das sich für die Förderung der Ausbildung von Imamen in Deutschland einsetzt.⁴¹ Wie die CDU/CSU betonen auch die Grünen und die FDP die Notwendigkeit der Imamausbildung in Deutschland.

39 Islam und Islamismus in den Wahlprogrammen der Parteien. *Qantara*. (<https://de.qantara.de/content/islam-und-islamismus-in-den-wahlprogrammen-der-parteien>)

40 Das Problem hierbei ist, dass viele Bewegungen, die den Islam als philosophischen Ausgangspunkt nehmen und auf der Grundlage des Islams eine Politik “konzipieren”, mit radikalen islamistischen Ideologien identifiziert und alle gleichgesetzt wird. Der Islam und die daraus abgeleiteten politischen Ideologien sind jedoch zu vielfältig, als dass sie unter dem allgemeinen Etikett “Islamismus” einer reduktionistischen Interpretation unterworfen werden könnten. Unter ihnen gibt es Ansätze, die sich mit der Politik im Rahmen grundlegender islamischer Prinzipien wie “Gerechtigkeit und Kompetenz” befassen und kein politisches System vorschlagen, und solche, die ein liberales, demokratisches, pluralistisches gesellschaftspolitisches System befürworten, wie Nahda in Tunesien, sowie solche wie Al-Qaida und ISIS. An diesem Punkt ist es notwendig, beschreibender zu sein und keine pauschalisierenden Aussagen zu treffen.

41 Islam und Islamismus in den Wahlprogrammen der Parteien. *Qantara*. (<https://de.qantara.de/content/islam-und-islamismus-in-den-wahlprogrammen-der-parteien>)

Ein Vergleich der Regierungsprogramme der CDU/CSU aus dem Jahr 2005 und aus dem Jahr 2021 zeigt, dass in puncto Minoritäten sowie Islam und Muslim:innen eine Veränderung stattgefunden hat

Im Parteiprogramm von 2005 heißt es unter dem Punkt 5.5 "Zuwanderung begrenzen, Integration stärken" in Bezug auf Muslim:innen: "Wir werden die Menschenrechte der in Deutschland lebenden Mädchen und Frauen aus dem muslimischen Kulturkreis aktiv fördern und schützen. Die Zwangsverheiratung ist verboten. Die Nötigung zur Zwangsverheiratung wird ein eigener Straftatbestand".⁴²

Weiterhin werden viele strukturelle Probleme einseitig und monokausal dargestellt, sodass "viele Migrantenkinder ohne schulischen Abschluss, Ghettobildung und eine Entwicklung von Parallelgesellschaften und eine häufig selbst gewählte Abgrenzung ausländischer Jugendlicher von der deutschen Gesellschaft Alarmsignale für den sozialen Frieden im Land" seien. So gut wie alle stereotypisierenden Ressentiments in Bezug auf "Migrant:innen" in dem Absatz vorhanden: "Zwangsehe, Parallelgesellschaften, Arbeitslosigkeit, sprachliche Defizite".⁴³

Sowohl der Tenor und die Rhetorik im Regierungsprogramm 2005 als auch die Aussage der Kanzlerin aus dem Jahr 2010 über die "multikulturelle Gesellschaft", die "(..) gescheitert, absolut gescheitert" sei, zeigen, dass Themen wie Multikulturalität und religiöse Vielfalt in Deutschland einem Prozess in der Politik unterstehen.

Im Regierungsprogramm von 2021 wird im Punkt "Integration als Fundament des Miteinanders" (S.135) nicht mehr von "Ausländern", sondern von "Menschen mit Zuwanderungsgeschichte" gesprochen, die "in allen Bereichen teilhaben können".

Während die Verantwortung für eine "gelungene Integration" im Regierungsprogramm aus dem Jahr 2005 bei den Eltern liegt, "Ausländische Eltern müssen alles dafür tun, dass ihre Kinder Anteil an den Lebens- und Arbeitschancen unseres Landes haben" (S.34), wird diese Verantwortung im Jahr 2021 als gesellschaftliche und politische Aufgabe verstanden: "(..) Ihre Integration ist auch die Voraussetzung für gesellschaftlichen Zusammenhalt. Integration besteht für uns aus Fördern und Fordern". (S.134)⁴⁴

Eine konkrete Aussage zum antimuslimischen Rassismus findet sich im Regierungsprogramm 2021, "Islamfeindlichkeit werden wir in unserem Land ebenso wenig tolerieren wie Antiziganismus und andere rassistisch motivierte Abwer-

42 Koroğlu, Elif (2021), Trt Deutsch Die Ära Merkel: Wie steht es um Muslim:innen und "Kopftuch-Debatte"?, <https://www.trtdeutsch.com/meinung/die-ara-merkel-wie-steht-es-um-musliminnen-und-kopftuch-debatte-6556515>

43 Koroğlu, Elif (2021), Trt Deutsch Die Ära Merkel: Wie steht es um Muslim:innen und "Kopftuch-Debatte"?, <https://www.trtdeutsch.com/meinung/die-ara-merkel-wie-steht-es-um-musliminnen-und-kopftuch-debatte-6556515>

44 Koroğlu, Elif (2021), Trt Deutsch Die Ära Merkel: Wie steht es um Muslim:innen und "Kopftuch-Debatte"?, <https://www.trtdeutsch.com/meinung/die-ara-merkel-wie-steht-es-um-musliminnen-und-kopftuch-debatte-6556515>

tungen von Gruppen. Diese Form des Hasses, die geistige Brandstifter verbreiten wollen, richtet sich gegen uns alle und gegen das, was uns zusammenhält. Wir werden sie mit allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen und nicht zulassen, dass unser Land dadurch bedroht wird.“ (S.113)

Auch heißt es in dem Kapitel "Chancen von Migrant:innen verbessern“, und dass es "Chancengerechtigkeit soll es in der gesamten Gesellschaft“ geben soll, "in der Wirtschaft, in

der Bildung und auch im öffentlichen Dienst. Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden. Dies stärkt auch die Identifikation von Menschen mit Zuwanderungsgeschichte mit unserem Staat.“ (S.134)⁴⁵

3. DIE KOALITIONSVEREINBARUNG DER NEUEN REGIERUNG MACHEN HOFFNUNG

Das Jahr 2021 war -im Vergleich zu den Vorjahren- ein vielversprechendes Jahr für die in Deutschland lebenden Muslim:innen und die türkeistämmigen Menschen, die einen wichtigen Teil der muslimischen Community ausmachen. Obwohl die deutschen Muslim:innen insbesondere von der Politik der Sozialdemokraten und der Grünen in den letzten Jahren enttäuscht sind, wird die Ampelkoalition von Muslim:innen als eine Hoffnung betrachtet. Wichtig ist in diesem Zusammenhang die tolerantere Haltung der neuen Koalition gegenüber der muslimischen Community Deutschlands. Hierzu zählt beispielsweise die positive Entwicklung der Möglichkeit, die doppelte Staatsbürgerschaft für alle Minoritäten zu erleichtern.

Im März 2021 hat die Bundesregierung ein Strategiepaper für Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Dazu gehört die Förderung der Achtung, des Schutzes und der Rechte von LGBTQI-Personen durch bilaterale und multilaterale Foren sowie durch Diplomatie.⁴⁶

45 Koroğlu, Elif (2021), Trt Deutsch Die Ära Merkel: Wie steht es um Muslim:innen und "Kopftuch-Debatte"?, <https://www.trtdeutsch.com/meinung/die-ara-merkel-wie-steht-es-um-musliminnen-und-kopftuch-debatte-6556515>

46 Federal Foreign Service (2021), *LGBTI rights* (<https://www.auswaertiges-amt.de/en/aus-senpolitik/themen/menschenrechte/07-igbti/lgbti-rights/227620>)

Betonung von Vielfalt, Pluralismus und Diversität

Die letzten Regierungen und ihre Regelungen bezüglich Minoritäten wurden den Bedürfnissen marginalisierter Menschen nicht gerecht.

Die Ampel-Regierung kündigte zahlreiche neue Maßnahmen für die Bedürfnisse der LGBTQI-Community, Jüd:innen und Muslim:innen an. Während der FDP-Vorsitzende und Finanzminister Christian Lindner neue Gesetzesänderungen ankündigte, die auf Pluralismus und Individualität ausgerichtet sein werden, wies die Außenministerin Baerbock (Grüne) auf die Wichtigkeit einer pluralistischen Gesellschaft für die Zukunft Deutschlands hin. Neben diesen Statements ist es auch erwähnenswert, dass die neue Regierung Deutschland im Koalitionsvertrag als "Einwanderungsland" anerkennt, was in den vergangenen Jahren eher "abgestritten" wurde. Um die Maßnahmen entsprechend implementieren zu können, bereitet die Koalitionsregierung einen Plan mit der Bezeichnung "Diversitätsstrategie" vor. Damit sollen Minoritäten sowie marginalisierte Gruppen mehr Chancen auf eine Beschäftigung im öffentlichen Dienst haben.

Eine weitere positive Entwicklung war die Stellungnahme der Innenministerin Nancy Faeser.⁴⁷ In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung machte Faeser ihre Position zum Islam und Muslim:innen in Deutschland deutlich: "Der Islam gehört zu Deutschland, selbstverständlich, er ist seit Jahrzehnten Teil des kulturellen Lebens". Mit der neuen Migrationspolitik wolle sie Deutschland jedoch zu einem "Land der guten Integration" machen.

Deutschlands Muslim:innen sind in ihrer Lebensweise und ihrer ethnischen Herkunft sehr vielfältig, viele Muslim:innen stammen aus der Türkei und Syrien. So gibt es viele türkische Moscheen und Gemeinden. Wie sich der in Deutschland seit langem diskutierte "Deutsche Islam" gestalten wird, ist eine wichtige Frage. Die Einbeziehung der Fethullah-Gülen-Gruppe, die mit dem Putschversuch in der Türkei in Verbindung gebracht wird, in das Projekt "House of One", das die drei monotheistischen Religionen zusammenbringen soll, wirft viele Fragen und Skepsis auf. So hatte das Außenministerium der Republik Türkei auf die Einbeziehung der Gülenisten in das Projekt negativ reagiert.⁴⁸

Ein Teil der türkeistämmigen Menschen steht dem Projekt distanziert gegenüber, da das Projekt die Bedürfnisse und Sensibilitäten türkeistämmiger Muslim:innen nicht ermittelt und berücksichtigt hatte.

47 Islam gehört für Nancy Faeser "natürlich zu Deutschland". (2022). *Zeit Online*. (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/nacny-faeser-islam-migrationspolitik-islamismus-einwanderung-integration>)

48 Çetinkaya, İ. (2021). "Dışişleri Bakanlıđından FETÖ'nün dahil edildiđi 'House of One' projesine tepki" *Anadolu Ajansı*. (<https://www.aa.com.tr/tr/turkiye/disisleri-bakanligindan-fetonun-dahil-edildigi-house-of-one-projesine-tepki/2256622>)

Eine weitere positive Entwicklung stellt die Expert:innenkommission gegen antimuslimischen Rassismus dar, die das Land Berlin am 19. Februar 2021 ins Leben gerufen hat.⁴⁹

Somit ist Berlin das erste Bundesland, das eine Expert:innenkommission für antimuslimischen Rassismus eingerichtet hat. Die Einberufung einer solchen Kommission zum Jahrestag des Terroranschlags in Hanau am 19. Februar 2020 kann als eine wichtige und positive Entwicklung gewertet werden.

Eine weitere positive Entwicklung war die Ankündigung der Innenministerin Nancy Faeser, die den 11. März als "nationaler Tag des Gedenkens an die Opfer terroristischer Gewalt" erklärt hat. "Der Staat schuldet den Familien der Opfer von Hanau eine transparente und gründliche Untersuchung der Hintergründe des Anschlags", sagte sie, was als eine Hoffnung für alle Betroffenen von rechter Gewalt und Diskriminierung interpretiert werden kann.⁵⁰

Zusammenfassend kann gesagt werden, dass es zwar wie in den Vorjahren Angriffe auf Muslim:innen, islamische Einrichtungen, Moscheen und Synagogen, auf Jüd:innen sowie auf Menschen of Color gegeben hat, dass aber die angekündigten Maßnahmen im Jahr 2021 positiver zu bewerten sind als in den Vorjahren. Salim Özdemir ist jedoch der Meinung, dass "obwohl der Sieg der SPD-Grünen und der FDP bei den Wahlen und in der Regierung den Themen Menschenrechte und Diskriminierungsdemokratie Vorrang und Bedeutung eingeräumt hat, diese Themen nicht in vollem Umfang als erster Punkt auf der Prioritätenliste in der Politik berücksichtigt wurden".⁵¹

4. DIE REPRÄSENTATION VON MENSCHEN MIT MIGRATIONSGESCHICHTE IM BUNDESTAG IST POSITIV, DENNOCH NICHT AUSREICHEND

In Deutschland haben 22,3 Millionen Menschen einen sogenannten "Migrationshintergrund", was einem Anteil von 27,2% der deutschen Bevölkerung entspricht. Wie das Statistische Bundesamt mitteilt, ist die Zahl der Menschen mit "Migrationshintergrund" im Jahr 2021 gegenüber dem Vorjahr um 2% gestiegen. Dem-

49 Betschka, J. (2021). "Berlin gründet Expertenkommission gegen antimuslimischen Rassismus" *Der Tagesspiegel*. (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/reaktion-auf-anschlag-in-hanau-berlin-gruendet-expertenkommission-gegen-antimuslimischen-rassismus/26930256.html>)

50 Zwei Jahre nach Hanau: Fraktionen sagen Rechtsextremismus Kampf". *Deutscher Bundestag*. (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw07-de-aktuelle-stun-de-hanau-881036>)

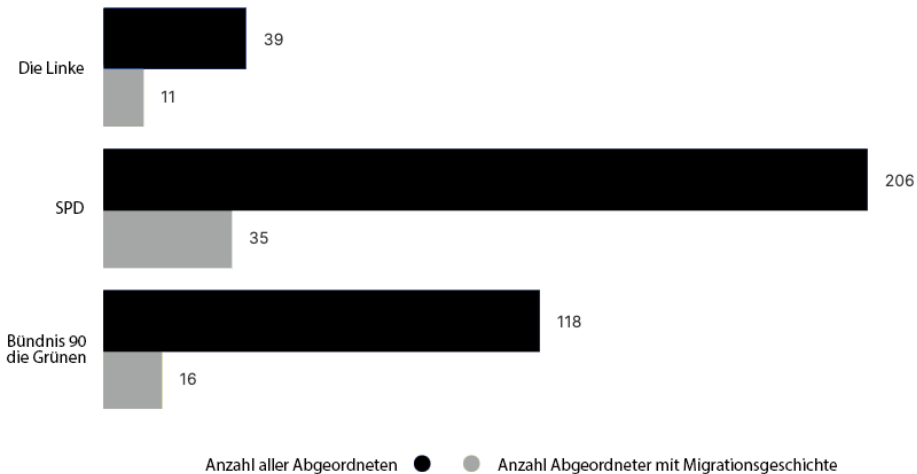
51 Im Rahmen dieses Berichts wurde Dr. Salim Özdemir, Präsident der Deutsch-Türkischen Akademie und Generalkoordinator des ISM (Institut für Sozialpädagogische Forschung) befragt.

nach hat jeder vierte Mensch in Deutschland einen Migrationshintergrund. 53% (11,8 Millionen) aller Menschen mit Migrationshintergrund haben die deutsche Staatsangehörigkeit, während 47% (10,6 Millionen) der Migrant:innen eine andere Staatsangehörigkeit besitzen. Mehr als die Hälfte der 11,8 Millionen Deutschen mit "Migrationshintergrund" haben seit ihrer Geburt die deutsche Staatsbürgerschaft. Der größte Anteil der Zuwanderer kommt aus der Türkei (12%), gefolgt von Polen (10%), der Russischen Föderation (6%), Kasachstan (6%) und Syrien (5%).⁵² Die Zahl der im Land lebenden wahlberechtigten türkischstämmigen Bürger:innen beläuft sich auf 1 Million 250.

Wie sind Bürger:innen mit Migrationsgeschichte im Bundestag vertreten? 11 von 39 Abgeordneten der Linke haben bei den Wahlen 2021 eine Migrationsgeschichte, was die Bedeutung der Diversität für diese Partei aufzeigt.

Dementsprechend ist sie die Partei mit dem höchsten Anteil an Migranti:nnen (28,2%). In der SPD, die mit 206 Abgeordneten im Parlament vertreten ist, haben 17 von 35 gewählten Abgeordneten eine Migrationsgeschichte. Bei den Grünen haben hingegen lediglich 16 der 118 gewählten Abgeordneten eine Migrationsgeschichte. Nach den Wahlergebnissen von 2021 sind insgesamt 83 Abgeordnete mit Migrationsgeschichte im Bundestag vertreten, was 11,3% der Gesamtzahl der Abgeordneten im Parlament entspricht.

Repräsentation von Migrant:innen im Bundestag nach den Bundestagswahlen 2021



⁵² Die Statis; Statistisches Bundesamt (2022) Pressemitteilung Nr. 162 vom 12. April 2022, https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2022/04/PD22_162_125.html

Für die Bundestagswahlen im Jahr 2021 waren mehr als 100 türkischstämmige Kandidat:innen angekündigt, zur Zeit sitzen 18 türkeistämmige Abgeordnete im Bundestag.

Obwohl die Repräsentationsrate von Menschen mit Migrationsgeschichte im Jahr 2021 gestiegen ist, ist dies in Relation zur Bevölkerung mit Migrationsgeschichte nicht ausreichend.

Eine bessere Repräsentation von Migrant:innen im Bundestag bedeutet jedoch nicht automatisch, dass die Diskriminierung von Menschen mit Migrationsgeschichte zurückgegangen ist und dass die ergriffenen Maßnahmen ausreichend sind.

Zu kritisieren ist, dass Migrant:innen oder Muslim:innen als "Gute Türk:innen" oder "Gute Muslim:innen" gelten können, sobald sie migrationsfeindliche, islamfeindliche und diskriminierende Rhetorik und Haltungen re-produzieren.⁵³

Dies schränkt die politische Partizipation von Migrant:innen ein und schwächt das repräsentative Verhältnis zwischen den migrantischen Wähler:innen und den aus ihr hervorgehenden politischen Akteur:innen.

53 Laut Özipek ist es wahrscheinlich, dass die Mehrheit der türkischstämmigen Bürger:innen das Gefühl hat, dass in der europäischen Politik kein Platz für sie ist. In diesem Sinne kann von einem Problem der Entfremdung von der Politik und einer Krise der Repräsentation gesprochen. Es lässt sich beobachten, dass die politischen Parteien Kandidat:innen fördern und unterstützen, die "türkeifeindlich" sind. So berichtet Aydan Özoguz davon, dass sie beispielsweise in Fragen bzgl. Der Ereignisse von 1918 im Einklang mit ihrer Partei gestimmt hat, auch wenn dies nicht ihre Wahl gewesen wäre. Wenn die soziologische Ebene der Ausgrenzung und die Krise der politischen Repräsentation (das Gefühl: "Ich habe keine Partei mehr") zusammenkommen, kann es dazu führen, dass sie sich nun der Türkei und der türkischen Politik zuwenden. Siehe Özipek, Bekir Berat (2018), Yanlış Sorulara Doğru Cevap Ayrımcılık, İslamofobi, Entegrasyon ve Ötesi, Liberte Yayınları, Ankara, S. 112-113.

Maßnahmen gegen Diskriminierung und neue Regelungen

IM JAHR 2015 WURDE DER CDU-POLITIKER WALTER LÜBCKE NACH EINER Rede, in der er die Entscheidung zur Aufnahme von Geflüchteten in der Syrienkrise verteidigte, zur Hassfigur der extremen Rechten und wurde im Jahr 2019 von einem Rechtsextremisten ermordet. Dies zählt zu dem ersten politischen Mordfall nach 1970.⁵⁴

1. DER KAMPF GEGEN DEN INSTITUTIONELLEN RASSISMUS

Wie in vielen anderen europäischen Ländern wird auch in Deutschland über die Existenz von antidemokratischen politischen Akteur:innen und kriminellen Vereinigungen innerhalb von Institutionen debattiert. Im Fall des NSU-Prozesses, bei dem der Rassismus institutionell "geschützt" wurde, wird oft von einem "Staatsversagen" gesprochen.

Die Art und Weise, wie das Verfahren durchgeführt wurde, bestärkt diesen Verdacht, wobei ein Beispiel dafür die Entwicklungen im Kommando Spezialkräfte (KSK) sind.

Die Zunahme rechtsextremistischer Vorfälle innerhalb der KSK und die Entdeckung eines geheimen Waffenlagers bei KSK-Soldaten haben Besorgnis ausgelöst. Die ehemalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hatte zum Ziel, die Einheiten unter Kontrolle zu bringen. Ein Sprecher des Verteidigungsministe-

⁵⁴ Neo-Nazi convicted of German politician's murder. *DW*. (<https://www.dw.com/en/neo-nazi-convicted-of-german-politicians-murder/a-56366905>)

riums kündigte an, er werde konkrete strukturelle Maßnahmen entwickeln, um “schneller, stärker und vor allem nachhaltiger gegen Extremismus im KSK” vorzugehen. Das Ministerium kündigte an, dass das Gesetz geändert werden solle, um den Arbeitsvertrag von Soldaten bei Vorliegen konkreter Beweise schnell kündigen zu können. Außerdem löste das Ministerium im Jahr 2020 einen Teil der umstrittenen SEK-Einheit wegen Verdacht auf Rechtsextremismus auf.⁵⁵

In diesem Zusammenhang ging die Polizei gegen die rechtsextremistische Unterwanderung der Sicherheitskräfte vor.

Institutioneller Rassismus und rassistische Strukturen in Sicherheitseinheiten: Wie tief ist der Rassismus unter Sicherheitskräften verankert?

Der institutionelle Rassismus kann unterschiedliche Formen annehmen. Im Fall der AfD beispielsweise hat die politische Mobilisierung von Sicherheitskräften einerseits den Anteil von Soldat:innen und Polizist:innen innerhalb der Partei erhöht und andererseits rassistische Strukturen und rechte Ideologien innerhalb dieser Institutionen sichtbar gemacht. (Jacob und Litschko, 2019; Hock und Naumann, 2019).

Politische Debatten über das Ausmaß des Rechtsextremismus, Rassismus und Radikalisierung innerhalb der Sicherheitsbehörden gab es auch in den 1990er Jahren. Nichtsdestotrotz sind sie heute anders ausgeprägt. Die Gefahr der Strukturen innerhalb der Sicherheitsbehörden wurde erst durch die Aufdeckung der Verbindungen zur rechtsextremen Terrororganisation NSU deutlich. Der strukturelle Rassismus zeigte sich nicht nur bei der Mordreihe der rechtsextremistischen NSU-Terrororganisation, sondern auch bei den anschließenden gerichtlichen und behördlichen Ermittlungen der Polizei und in den Verfassungsschutzämtern der Länder.

Die rassistische Einstellung innerhalb der Behörden zeigte sich insbesondere während der Ermittlungen nach den Morden des rechtsterroristischen NSU. Das Ausmaß dieses strukturellen Rassismus konnte erst in den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen zur Terrororganisation NSU aufgedeckt werden (Hunold und Wegner, 2020:27; Kopke, 2019:40).

Im Bericht des Verfassungsschutzes, der nach massivem öffentlichen Druck Ende 2020 veröffentlicht wurde, heißt es, dass die Mehrzahl der rechtsextremen Aktivitäten in Sicherheits- und Militäreinheiten von Polizeibeamten ausgeführt wurde, dass aber die an diesen Vorfällen beteiligten Sicherheitskräfte eher individuell als in einer organisierten Struktur handelten. (Bundesamt für Verfassungsschutz, 2020)

55 Spezialkräfte der Bundeswehr: KSK soll durchleuchtet werden. *Tagesschau*. (<https://www.tagesschau.de/inland/ksk-pruefung-rechtsextremismus-101.html>)

Rassistische Vorfälle in den Sicherheitsdiensten im Jahr 2021 nach dem Bericht von Mediendienst Integration:

Januar 2021: Beim Berliner Verfassungsschutz wird der Referatsleiter der Abteilung Rechtsextremismus freigestellt. Zuvor war ein interner Bericht über die AfD an diese weitergegeben worden

Februar 2021: Innensenator Andreas Geisel (SPD) gibt bekannt, in Berlin liefen 47 Disziplinarverfahren gegen Polizisten wegen rechtsextremer oder rassistischer Äußerungen, bei "fünf bis sechs" mit dem Ziel, die Beamten aus dem Dienst zu entfernen

März 2021: die Polizei findet bei einer Hausdurchsuchung in Glashütten (Hessen) bei einem Soldaten Waffen, Munition und ein rechtsextremes Manifest. Er soll einen Sprengstoffanschlag geplant haben.

April 2021: Der Prozess gegen die rechtsterroristische "Gruppe S"⁵⁶ beginnt am Oberlandesgericht Stuttgart. Ein ehemaliger Mitarbeiter des Polizeipräsidiums Hamm (Westfalen) ist wegen Unterstützung angeklagt.

Mai 2021: Ermittlungen wegen Volksverhetzung gegen acht Polizisten werden in Stuttgart aufgrund von Chat-Nachrichten eingeleitet.

Juni 2021: Es wird bekannt, dass Bundeswehrsoldaten im April bei einer Party in Litauen rechtsextreme und antisemitische Lieder gesungen haben sollen. Außerdem sei es zu einer sexuellen Nötigung gekommen. Ermittlungen ergaben, dass auch Munition bei der Bundeswehr in Litauen abhandengekommen sei

Juli 2021: Die Mobiltelefone von drei Polizisten werden in Freiburg beschlagnahmt. Sie sollen in einer Chat-Gruppe in den Jahren 2017 und 2018 sich rassistisch geäußert haben.

August 2021: Medien berichten über die rechtsextreme Vergangenheit eines Ausbilders an der Bundespolizeiakademie, nämlich Professor Stephan M. Dieser lehrt zu diesem Zeitpunkt an der Hochschule des Bundes und bildet unter anderem Angehörige der Eliteeinheit GSG9 aus.⁵⁰ Er war einer der Gründungsmitglieder der rechten Denkfabrik Institut für Staatspolitik (IfS). Das sogenannte Institut wurde inzwischen vom Verfassungsschutz Sachsen-Anhalt als "rechtsextrem" eingestuft

September 2021: Die Bundesanwaltschaft geht gegen eine neunköpfige Gruppe vor, zu der auch sechs Reservisten gehören sollen. Sie sollen eine rechtsextreme Wehrsportgruppe gebildet haben.

Oktober 2021: Interne Ermittlungen gegen sechs Soldaten des Wachbataillons werden bekannt, unter anderem wegen "rechtsextremer Umtriebe, abstoßende Aufnahme-rituale sowie Verstöße gegen die sexuelle Selbstbestimmung".⁵³ Die Bundeswehrreinheit stellt unter anderem den "protokollarischen Ehrendienst" bei Staatsbesuchen.⁵⁷

56 Die "Gruppe S" besteht aus Neonazis und Reichsbürger*innen um Werner S. Laut Medienberichten organisierte sie sich in Chatgruppen und bewaffnete sich mit dem mutmaßlichen Ziel, Moscheen, Linke und Politiker:innen anzugreifen, um damit ein "Tag X"-Szenario auszulösen. Unterstützt wurde die Gruppe durch einen Verwaltungsmitarbeiter der Polizei aus Hamm (Nordrhein-Westfalen). Im Februar 2020 durchsuchte die Polizei Objekte in sechs Bundesländern und fand Waffen, Munition und Anleitungen zum Bau von Sprengsätzen, zwölf Mitglieder der Gruppe wurden verhaftet, eines davon beging einige Monate später in Untersuchungshaft mutmaßlich Selbstmord. Im November erhob die Bundesanwaltschaft Anklage gegen die Gruppe, der Prozess gegen sie begann im April 2021 am Oberlandesgericht Stuttgart

57 https://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Infopapier_NSU_neu_Rechtsextreme_in_Sicherheitsbeho_rden.pdf

Neben diesen Beispielen in den Sicherheitsbehörden wird auch berichtet, dass rechtsextreme und rassistische Strukturen in der Bundeswehr im Jahr 2021 stark zugenommen haben.

Zudem wurden vier deutsche Soldaten von einer NATO-Mission in Litauen abgezogen, die antisemitische und rechtsextreme Hassreden gehalten hatten.

Auch wurde bekannt, dass 16 der 49 Frankfurter Polizeibeamten, gegen die aufgrund ihrer rassistischen Äußerungen ein Verwaltungsverfahren eingeleitet wurde, zu den Beamt:innen gehörten, die den Fall des Hanauer Anschlags prüften. Diese Fälle geben Aufschluss über das Vorhandensein von rechtsextremistisch-Gesinnten innerhalb der Sicherheitsbehörden und tiefe rassistische Strukturen.

2. NEUE REGULIERUNG ZUM HATESPEECH IM INTERNET

Die letzten Jahre sind von dem wachsenden Problem des Hatespeech im Internet geprägt, was ein stetig wachsendes Problem darstellt. Ein Gesetz, das am 22. September 2021 in Kraft trat, ist in diesem Zusammenhang als ein wichtiger Schritt zu verstehen. Der Anwendungsbereich der "Verhetzenden Beleidigung" (§192a StGB) und des Hatespeechs gegen die ethnische Herkunft, Religion, oder Weltanschauung wurde erweitert.

Nach geltendem Recht sind Beleidigung und Verleumdung bereits strafbar, aber der Anwendungsbereich des Straftatbestands in Bezug auf Äußerungen, die die Würde anderer Menschen angreifen, war im Gesetz nicht ausreichend formuliert.⁵⁸

Im Mai 2021 hat der Bundestag das Netzwerkdurchsuchungsgesetz (NetzDG) geändert, um Hatespeech im Internet besser zu regulieren. Obwohl einige Parteien und Vereine das Gesetz als Einschränkung der Meinungsfreiheit deuten, soll das Gesetz Hassreden besser regulieren und zu entsprechenden Konsequenzen führen.

Soziale Netzwerke mit mehr als zwei Millionen registrierten Nutzer:innen (beispielsweise Facebook, Twitter oder YouTube) sind somit verpflichtet, ihre Plattform auf Hatespeech zu prüfen und diese gegebenenfalls zu löschen.⁵⁹

58 Neuer Straftatbestand stellt verhetzende Beleidigung unter Strafe. *Bundesministerium der Justiz*. (https://www.bmj.de/SharedDocs/Artikel/DE/2021/0921_Neue_Strafvorschriften.html)

59 Noyan, O. (2021). "Bundestag verabschiedet Gesetzesnovelle zu Hate Speech im Internet" *Euractiv*. (https://www.euractiv.de/section/innovation/news/bundestag-verabschiedet-gesetzesnovelle-zu-hate-speech-im-internet/?_ga=2.250568518.1134324484.1630074328-860849585.1618486950)

3. VEREINE GEGEN ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS GEGENÜBER SINTI:ZZE UND ROM:NJA

Die neue Regierung kündigte den Kampf gegen den Rassismus und Rechtsextremismus an und erklärte, dass verschiedene Strategien in staatlichen Institutionen und Vereinen entwickelt werden sollen, um dieses Ziel zu erreichen. Im Zentrum dieses Vorhabens steht das Forschungsinstitut "Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung" (DeZIM). DeZIM wird rassistische Übergriffe beobachten und verschiedene Strategien zur Bekämpfung des Rassismus entwickeln. Auf der DeZIM-Website sind folgende Informationen zu finden:

"Das DeZIM-Institut erstellt im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration das im Koalitionsvertrag vereinbarte Integrationsmonitoring der Bundesregierung in Form eines Ersten Berichtes zum Indikatoren gestützten Integrationsmonitoring. Die Erarbeitung erfolgt in Kooperation mit dem Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (BiB)."⁶⁰

Darüber hinaus ist es eine weitere positive Entwicklung, dass eine Antidiskriminierungsstelle zur Bekämpfung des Rassismus gegen Sinti:izze und Rom:nja einzurichten:

"Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma begrüßt es sehr, daß mit Mehmet Daimagüler ein kompetenter und durchsetzungsstarker Bundesbeauftragter für die Bekämpfung von Antiziganismus berufen wird. Es ist ein Erfolg der jahrelangen Arbeit des Zentralrates, daß die Bundesregierung die Bekämpfung des Antiziganismus als wichtigen Teil des gemeinsamen Einsatzes für Demokratie und gegen Ausgrenzung und Stigmatisierung in ihr Programm aufgenommen hat. Es ist jetzt die Erwartung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma, daß der Arbeitsstab des Bundesbeauftragten personell und finanziell angemessen ausgestattet wird, um die vielfältigen Aufgaben, die unter anderem auch die Koordination zwischen Bund und den Ländern betreffen wird, erfüllen zu können", erklärt Romani Rose vom Zentralrat Sinti und Roma.⁶¹

Es ist auffällig, dass antimuslimischer Rassismus und Islamfeindlichkeit in diesem Rahmen nicht ebenfalls gesondert genannt und fokussiert werden. Dies ist wiederum als ein Zeichen dafür zu deuten, dass Politiker:innen das Ausmaß des Problems des antimuslimischen Rassismus nicht ernstnehmen und die Marginalisierung dieser Gruppe nicht adäquat bekämpfen.

60 <https://www.dezim-institut.de/projekte/projekt-detail/integration-in-deutschland-erster-bericht-zum-indikatorengestuetzten-integrationsmonitoring-1-10/>

61 <https://zentralrat.sintiundroma.de/zentralrat-deutscher-sinti-und-roma-begruesst-die-benennung-des-beauftragten-der-bundesregierung-gegen-antiziganismus-und-fuer-das-leben-der-sinti-und-roma-in-deutschland/>

4. HAFTUNG FÜR MENSCHENRECHTSVERLETZUNGEN IM AUSLAND UND POSITIVE RICHTLINIEN

Das geht aus dem Human Rights Watch Germany Report 2021 hervor:

- Ein ehemaliger Geheimdienstoffizier, der 2011 Teilnehmende der Proteste in Syrien gefoltert hatte, wurde im Februar 2021 von einem Koblenzer Gericht zu 4,5 Jahren Haft verurteilt;
- Im März verhafteten wurde in Deutschland ein Mann verhaftet, der verdächtig wird, Menschenrechtsverletzungen in den 2000er Jahren in Gambia begangen zu haben
- Im Juli leitete die Staatsanwaltschaft eine Untersuchung über die Folterung und Ermordung eines ehemaligen Geheimdienstmitarbeiters ein, der Gefangene in Syrien gefoltert haben soll;
- Im Juni berichtete der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) den Unternehmen davon, dass China rund 1 Million uigurische Türken in der Uigurischen Region in "Arbeitslagern" unterbringe;
- Im August wurde in Berlin ein Syrer verhaftet, der beschuldigt wird, 2014 in Damaskus mit Panzern auf Menschenmengen geschossen zu haben und dabei mindestens sieben Menschen getötet zu haben, und der wegen "Kriegsverbrechen" angeklagt wurde;
- Im Mai erkannte Deutschland den Völkermord an 80.000 Angehörigen der Herero- und Nama-Gemeinschaften in Namibia zwischen 1904 und 1908 an und sagte 1,34 Milliarden US-Dollar für soziale Projekte in Namibia zu;
- Die Strafverfolgung des saudi-arabischen Prinzen Mohammed bin Salman wegen der Ermordung von Jamal Khashoggi durch Reporter ohne Grenzen auf der Grundlage des Al-Man-Gesetzes zur internationalen Strafverfolgung stellt einen bedeutenden und positiven Schritt in diesen Bereichen dar.⁶² Der Bericht fügt jedoch hinzu, dass Deutschland in seinen Wirtschaftsbeziehungen zu China das Problem der Zwangsarbeit in Xinjiang ignoriert hat.

⁶² Deutschland Menschenrechtslage 2021. *Human Rights Watch*. (<https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518>)

Die Situation von Muslim:innen Im Hinblick Auf Menschenrechte

1. DIE ATMOSPHÄRE IST ANGESPANNTER ALS ANGENOMMEN

Muslim:innen in Deutschland spüren die Auswirkungen der weltweit zunehmenden antimuslimischen Ressentiments in unterschiedlichen Lebensbereichen. Dieses Gefühl wird von den Betroffenen oft nicht als konkrete Übergriffe oder als eindeutig rassistische Äußerung oder diskriminierender Umgang beschrieben. Es sind vor allem Erfahrungen des Alltagsrassismus und subtile Rassismen, die die Lebensrealität von Muslim:innen prägen.

Diskriminierungserfahrungen in der Schule, am Arbeitsplatz oder in den öffentlichen Verkehrsmitteln oder diskriminierenden Behandlung in einer privaten oder öffentlichen Dienstleistung gehören zum Teil zum Alltag vieler Muslim:innen.

60 Jahre Anwerbeabkommen: Unsichtbare Barrieren

Eine Studie, die sich auf ausführliche Interviews mit in Europa lebenden Jugendlichen türkischer Herkunft stützt, zeigt, dass sich die Jugendlichen in der Schule stark gemobbt und gedemütigt fühlen und viele Diskriminierungserfahrungen während ihrer Schullaufbahn machen. Einige der Jugendlichen beschwerten sich über das Kopftuchverbot, von dem ihre Freund:innen betroffen sind. Daher gibt es Menschen of Color, deren Schulzeit von sehr negativen Erfahrungen geprägt ist. Die Anzahl von jungen Menschen, die die Schule wegen dieser Demütigung und Diskriminierung abgebrochen haben, ist nicht gering:

“Sie steckten uns alle in ein Klassenzimmer, wir waren 32. Kaum zu glauben, aber 28 von uns haben die Schule abgebrochen. Wir sind alle in Mathe durchgefallen, zu Unrecht. Ich habe die Schule gewechselt, ich bin auf eine Schule mit mehr Deutschen gegangen. Dort waren wir 3-4 Türken, wir waren erfolgreicher. Aber wir wurden auch dort beleidigt“, sagt ein 28-jähriger junger Mann in Berlin und fügt hinzu:

“Wir werden als Menschen zweiter Klasse angesehen, nach dem Motto: ‘Du taugst nichts, du kannst es nicht, geh und eröffne eine Dönerbude. Ich erinnere mich, dass der Schuldirektor uns ‘Schwarzköpfe‘ in sein Büro gerufen hat. Meine Familie hat mich sehr unterstützt. Manchmal denke ich, ich sollte hingehen und mein Zeugnis dem Lehrer vorzeigen: ‘Sie haben mich in Mathe ständig durchgefallen lassen, ich bin Ingenieur geworden‘. Wir hatten einige Lehrer, es gab einige, die fair waren, aber meistens bleiben die negativen Erfahrungen in Erinnerung.”

Wir sprechen mit einem jungen Geschäftsmann, der ein Unternehmen in Berlin gegründet hat und sagt, dass er mit seinem Einkommen zufrieden ist. Er sagt, er habe sich einen deutschen Partner genommen. Wir fragen ihn, warum er eine Partnerschaft bevorzugt. Er erklärt dies aus zwei Gründen: Die erste ist Vertrauen. Auf die Frage, ob er ihm genug vertraut, ist seine Antwort eindeutig:

“Ich vertraue ihm mehr als mir selbst“. Er weist auf ein Problem hin, das schon oft von anderen erwähnt wurde. “Türken dürfen hier nicht über einen bestimmten Punkt hinaus aufsteigen“, sagt er, “eine Partnerschaft kann dieses Hindernis überwinden.“ Als wir ihn fragen, wie das geht, zeigt er auf das Finanzamt.

Ein Mann mittleren Alters, der in Berlin lebt und Geschäftsführer eines Unternehmens ist, ist der gleichen Meinung. Er verweist auf die Notwendigkeit eines deutschen Partners, um einen Kredit aufnehmen zu können, und sagt Folgendes: “Diejenigen, die wichtige Positionen in Politik und Wirtschaft erreicht haben, haben einen solchen Hintergrund. Ohne dies steigt der Druck des Finanzministeriums, wenn man bestimmte Positionen erreicht. Eine starke Diaspora von Muslimen ist hier nicht erwünscht“.

Im sechzigsten Jahr des deutsch-türkischen Anwerbeabkommens drohen türkischstämmigen Muslim:innen restriktive Maßnahmen, die von Verboten des Fastens an Ramadan in Schulen, über das Tragen von Kopftüchern bis hin zur Regulierung des Schächtens und der Beschneidung reichen. Diese Probleme wer-

den manchmal mit dem Tierschutz, dem Schutz der körperlichen Unversehrtheit und Frauenrechten begründet.

Die Anschläge von Terrororganisationen, die sich auf den Islam berufen, und die damit einhergehenden erschreckenden Bilder, die vor allem seit den 2000er Jahren omnipräsent sind, erschweren das Alltagsleben vieler sichtbaren Muslim:innen in Deutschland.

“Die Lage der Muslim:innen in Deutschland verschlechtert sich in gravierendem Maße”

Martin Hiesing, der für den Bericht interviewt wurde, beschreibt sich wie folgt: "Als Anwalt bin ich seit fast 20 Jahren mit einem Schwerpunkt in dem Bereich Diskriminierung von Muslimen tätig. Im Zuge dessen habe ich jahrelang Verfahren gegen Schulen geführt, die muslimische Kinder benachteiligt haben"

Zu der Situation von Muslim:innen in Deutschland trifft er folgende Aussagen:

"Nach meiner Ansicht verschlechtert sich die Situation der Muslime in Deutschland drastisch. Diskriminierung in Deutschland von staatlicher Seite findet sich in allen Bereichen.

Die Bemühungen des Staates gegen rechtsradikale Tendenzen vorzugehen, können möglicherweise mit der neuen Regierung intensiviert werden, wobei ich glaube, dass die Ukraine Krise auch in der Regierung zu einem erheblichen Rechtsruck führen wird.

In der Vergangenheit waren die Bemühungen des deutschen Staates gegen rechtsextremistische Tendenzen vorgehen zu wollen Lippenbekenntnisse. Aufgrund der Einblicke die ich als Nebenklage Vertreter im NSU Verfahren gewinnen durfte und auch meine Erfahrungen mit den Sicherheitsbehörden in Deutschland anlässlich der Terrorverfahren in denen ich als Verteidiger aufgetreten bin, bin ich der festen Überzeugung, dass diese Behörden von Personen gesteuert werden, die ihrerseits rechtsextreme Gedankengut pflegen.

Insbesondere bekümmert nicht, dass die deutsche Bevölkerung mehrheitlich aufgrund der Medienpolitik der letzten Jahre eine solche ablehnende Haltung gegen den Islam und Muslime hat, dass selbst rechtswidriges Handeln des Staates und der Bruch mit Werten von Verfassungsorgan von Seiten weiter Teile der Bevölkerung begrüßt wird, wenn derartige Maßnahmen sich gegen Muslime richten.“

Ein weiteres Problem, das von zivilgesellschaftlichen Akteur:innen geäußert wird, ist die ständige Forderung zur Distanzierung von Terroranschlägen oder extremistischen Sichtweisen. Eine junge Frau spricht über den Druck, der während der Partizipationsversuchen ausgeübt wurde:

"Im Rahmen des Prozesses der Vereinsgründung wurden wir mit Fragestellungen konfrontiert, die uns unter Generalverdacht stellen und uns ein antidemokratisches Weltbild unterstellen.“

Dem Bericht von 2021 der Claim Allianz zufolge unterscheidet sich der Rassismus gegen Muslim:innen von anderen Formen des Rassismus durch die Stimmung und den Tenor in der Gesellschaft. So weist der Report auf die Salonfähigkeit des Rassismus und der verbalen und körperlichen Angriffe gegen Muslim:innen hin. Aus diesem Grund sei die Diskriminierung, die in vorherigen Jahren subtil war, gegenwärtig viel sichtbarer und aggressiver. Die körperliche Gewalt richtet sich vor allem an kopftuchtragende Frauen in Form von Bespucken, Abreißen des Kopftuchs, Körperverletzungen etc. Auch bärtige, muslimisch gelesene Männer sind verbalen Angriffen ausgesetzt. Viele Geflüchtete sind auch antimuslimischem Rassismus ausgesetzt, aber nur sehr wenige von ihnen kennen ihre Rechte und die adäquate Vorgehensweise in solchen Fällen.

2. ÜBERGRIFFE GEGEN MUSLIM:INNEN WERDEN NICHT ADÄQUAT ERFASST UND NICHT KONSEQUENT UNTERSUCHT

Es gibt mehrere Studien von Institutionen, die beweisen, dass es mehr antimuslimischen Rassismus und darauf basierte Diskriminierung gibt, als erfasst wird. Der Dachverband gegen Islam und Islamfeindlichkeit (CLAIM ALLIANZ) analysiert, an wen und an welche Institutionen sich Betroffene von antimuslimischem Rassismus wenden.

Ziel war es u.a., die Ermittlung der Fallzahlen und in welchem Zusammenhang antimuslimische Fälle Meldestellen gemeldet werden. In diesem Zusammenhang wurden Informationen von 79 Beratungsstellen mittels eines Online-Fragebogens eingeholt, während 8 Beratungsstellen telefonisch befragt wurden.⁶³

Die Agentur der Europäischen Union für Grundrechte führte ebenfalls eine Umfrage durch, bei der 10 000 Personen in 15 EU-Ländern befragt wurden. In Deutschland gaben 16% der befragten Muslim:innen an, in den letzten fünf Jahren Diskriminierung aufgrund ihrer Religion erfahren zu haben. Auch berichteten sie über Diskriminierung aus weiteren Gründen, insbesondere aufgrund der ethnischen Herkunft.

Fast ein Drittel der befragten Muslim:innen, die in der Öffentlichkeit manchmal traditionelle oder religiöse Kleidung tragen, gaben an, in den 12 Monaten vor der Umfrage aufgrund ihrer ethnischen Herkunft und/oder ihrer Migrationsgeschichte diskriminiert worden zu sein. Diese Zahlen zeigen, dass antimuslimi-

63 Winterhagen, D. J., Ceyhan, G., & Tisch, D. (2020). *Beratungsangebote für Betroffene von antimuslimischem Rassismus*. (https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2021/03/210105_knw_kurzstudie_digital.pdf?x54225)

scher Rassismus weit verbreitet ist und dass die Beratung von Betroffenen einen wichtigen Aspekt in diesem Rahmen darstellt.⁶⁴

Beratung für Betroffene des antimuslimischen Rassismus ist ein wichtiger Bestandteil der Anti-Diskriminierungsarbeit. Auch die Schaffung des Bewusstseins spielt eine wichtige Rolle, wobei das Problem nicht nur auf das mangelnde Bewusstsein reduziert werden kann. Denn die Einforderung von Rechten bedarf konsequenter Maßnahmen für die Täter:innen. In diesem Zusammenhang sind zwei wichtige Probleme zu nennen;

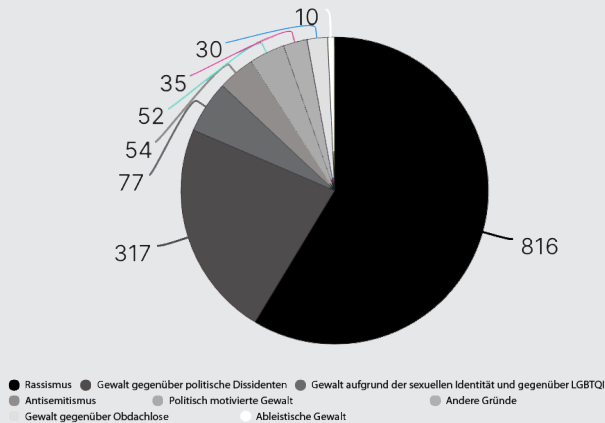
Ein großes Problem ist in diesem Zusammenhang, dass die Polizei die gemeldeten Diskriminierungsfälle nicht "ernst nimmt", sodass bei den Betroffenen der Eindruck entsteht, dass ihre Probleme bagatellisiert werden und dass es keine konsequenten Ermittlungen geben wird. So gibt es Fälle von Verharmlosung der Diskriminierung, was zu einer weiteren Viktimisierung und Diskriminierung der betroffenen Person führt.

Das zweite Problem ist die ungenaue Erfassung durch die Polizei. Die Tatsache, dass die Polizei bei der Erfassung des gemeldeten Falls nur die Hauptkategorien berücksichtigt und keine Details vermerkt, führt dazu, dass der antimuslimische Rassismus unter den allgemeinen Rassismusfällen erfasst wird.

64 Europäische Union (Ed.). (2018). *Zweite Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung: Muslimas und Muslime: ausgewählte Ergebnisse*. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. (<https://doi.org/10.2811/734441>)

**Die Dunkelziffer ist sehr viel größer als die bekannten Fälle.
Den größten Anteil machen die nichtgemeldeten Fälle aus.**

Rechte, rassistische und antisemitische Gewalttaten 2021



Quelle: Verband der Beratungsstellen für Betroffene Rechte, Rassistischer und Antisemitischer Gewalt

Angriffe auf Muslim:innen sind blau markiert. Während die Namen anderer Diskriminierungsmerkmale genannt werden, werden die Fälle nicht unter der Bezeichnung "antimuslimischer Rassismus" oder "Islamophobie" aufgeführt.

Die Erfassung von Übergriffen gegen ethnische oder religiöse Gruppen unter der Kategorie "Rassismus" ist unzureichend, wobei die Kategorisierungen "Antisemitismus" (317) und "Gewalt aufgrund von sexueller Orientierung und Geschlechtsidentität/LGBTIQ-Gewalt" (77) zu begrüßen ist.

Das Erfassen von antimuslimischen Straftaten unter der allgemeinen Kategorie kaschiert die Sichtbarkeit von Diskriminierungsfällen von Muslim:innen und den antimuslimischem Rassismus.

An dieser Stelle stellt sich die Frage, worauf sich diese inakkurate Erfassung von Polizist:innen basiert. Dieser Umgang verhindert, dass sich das Ausmaß des Problems in Zahlen widerspiegelt und zu einer unvollständigen Dateneingabe bei der Erfassung von Rechtsverletzungen führt.

**Unsichtbarmachung von Verstößen:
Wenn es keine Forschung, Aufzeichnungen und Statistiken zu
antimuslimischen Diskriminierungsfällen gibt, kann das Problem
nicht erkannt werden.⁶⁵**

Die Zahlen der gemeldeten Fälle des antimuslimischen Rassismus entsprechen nicht der Häufigkeit von Übergriffen gegenüber Muslim:innen. Die vom PEW Research Centre oder Chatham House führten Studien über den antimuslimischen Rassismus in Radio-sendungen durch, die im Jahr 2017 eingestellt wurden.

Statistiken sind jedoch sehr wichtig, wenn es darum geht, aufzuzeigen, welche Ressentiments bestehen und wie das Problem bekämpft werden muss. In den Niederlanden führt die Polizei seit 2019 keine Statistiken mehr über antimuslimische Hassverbrechen.

Dies führt dazu, dass Diskriminierungsfälle nicht erfasst und erhoben werden und es keine Zahlen und Statistiken gibt, um die Existenz und Sichtbarkeit des antimuslimischen Rassismus mit Fakten zu untermauern.

Die Drucksache auf die parlamentarische Anfrage (die Linke) zu Islamfeindlichkeit und antimuslimischen Straftaten im vierten Quartal 2021 fokussieren dieses Problem. Darin wird festgehalten, dass Straftaten seit dem 1. Januar 2019 mit den Kategorien "Angriffsziel" und "Tatmittel" registriert werden. Die "Lagedarstellung Politisch motivierte Kriminalität" definiert das Anschlagziel als "religiöse Stätte/Moschee" und erstellt einen bundesweiten Katalog politisch motivierter Straftaten für den Polizeilichen Kriminaldauerdienst und den Kriminalpolizeilichen Meldedienst für politisch motivierte Kriminalität (KPMD-PMK). Der Begriff "religiöse Stätte/Moschee" bezieht sich nur auf Moscheen, umfasst aber keine muslimischen Vereine oder Islamzentren. Der antimuslimische Rassismus stellt im Rahmen des KPMD-PMK keinen Suchbegriff dar.⁶⁶

65 Diese Ausführungen sind eine Zusammenfassung der Ergebnisse der Veranstaltung mit dem Titel "Aufdeckung, Prävention und das Problem der Straflosigkeit im Lichte neuer Formen von Rechtsverletzungen" am 19. Februar 2022 an der Istanbul Medipol-Universität

66 Deutscher Bundestag. (2022). *Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im vierten Quartal 2021*. Drucksache 20/716. Berlin: Deutscher Bundestag.(<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>)

Handlungsstrategien für den Muslimen Antimuslimischen Rassismus (Claim Allianz 2021)

- "Die Beratungs- und Unterstützungsstruktur für Betroffene von antimuslimischem Rassismus muss flächendeckend ausgebaut werden. Beratungsstellen müssen auf Betroffene von antimuslimischem Rassismus besser ausgerichtet sein. Konkret sollte in den Ausbau von Expertise zu antimuslimischem Rassismus investiert werden
- Antimuslimische Übergriffe über und unterhalb der Strafbarkeit sowie antimuslimisch motivierte Diskriminierung müssen besser erfasst werden. Es bedarf eines bundesweiten Meldesystems. Zusätzlich bedarf es einer einheitlichen, umfassenden und besser finanzierten Falldokumentation der Beratungsstellen
- Für eine qualitativ hochwertige Beratung müssen die Stellen langfristig finanziert sein. Dies ist für Personalentwicklung und -bindung wichtig. Fluktuation wird so vermieden, sodass Kompetenzen und Netzwerke langfristig aufgebaut werden. Dabei sollten verstärkt Community-basierte Beratungseinrichtungen gefördert werden.
- Nachhaltige Finanzierung gewährleisten: Rund die Hälfte der Beratungsstellen, insbesondere die zivilgesellschaftlichen, ist kurzfristig finanziert. Beratungsangebote müssen langfristig finanziert werden. Dies ermöglicht, Personal dauerhaft zu binden, was wichtig für qualitativ hochwertige Beratung und nachhaltige Netzwerkbildung ist. Vor dem Hintergrund der Komplexität der Beratungsarbeit ist dies geraten. Auch sollte sichergestellt werden, dass die Beratungsstellen juristische Expertise hinzuziehen können.
 - Antidiskriminierung an Hochschulen ausbauen: Hochschulen sind stark durch Abhängigkeitsverhältnisse geprägt. Diskriminierungsschutz ist hier umso wichtiger. Dies haben einige Hochschulen erkannt und – Engagement der Studierendenschaft aufgreifend – hauptberufliche Antidiskriminierungsstellen eingerichtet. Das Land Schleswig-Holstein hat Beauftragte für Diversität im Hochschulgesetz verankert. Diese wirken auf die "Beseitigung bestehender Nachteile hin" und agieren "fachlich weisungsfrei". Die Länder sollen unabhängige Antidiskriminierung im Hochschulgesetz verankern. Auch in Schulen und außeruniversitärer Erwachsenenbildung sind Maßnahmen gegen Antimuslimischen Rassismus wichtig. Wir verweisen hier auf dazu vorliegende Expertisen, die diese Thematik vertieft behandeln
- Sicherheit der Beratungsstellen gewährleisten: Beratungsstellen sehen sich zunehmend Drohungen und Angriffen ausgesetzt. Sicherheitskonzepte sind wichtig für die Mitarbeitenden. Die Sicherheitsbehörden sollten Bedarfe bei Beratungsstellen erfragen und sie bedarfsorientiert unterstützen. Mit Beratungsstellen zusammenarbeiten: Beratungsstellen, insbesondere Opferberatungsstellen, brauchen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit Sicherheitsbehörden. Rund die Hälfte der Beratungsstellen gibt in der Studie an, (eher) keine gute Zusammenarbeit mit der Polizei zu haben. Die Polizei sollte die Zusammenarbeit weiterentwickeln und geschulte Ansprechpersonen für die Beratungsstellen benennen. Dies setzt die Sensibilisierung von Sicherheitsbehörden voraus".⁶⁷

3. DAS JAHR 2021 IST WEITERHIN VON ANGRIFFEN AUF RELIGIÖSE EINRICHTUNGEN GEPRÄGT

Moscheen sind sichtbare religiöse Einrichtungen, die in den letzten Jahren immer wieder zur Zielscheibe von Angriffen, Brandanschlägen und Beschädigungen ge-

⁶⁷ Winterhagen, D. J., Ceyhan, G., & Tisch, D. (2020). Beratungsangebote für Betroffene von antimuslimischem Rassismus. (https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2021/03/210105_knw_kurzstudie_digital.pdf?x54225)

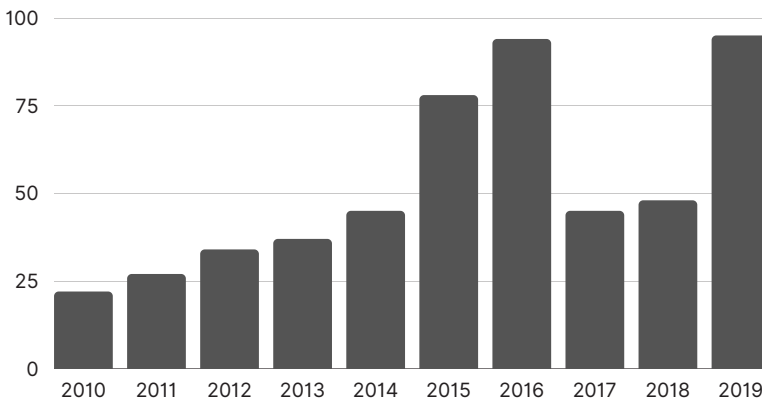
worden sind. Angriffe auf Moscheen und islamische Einrichtungen werden unter der Kategorie der "politisch motivierten Kriminalität" erfasst.

Es zeigt sich, dass die Sicherheitsbehörden die Angriffe auf Moscheen nicht konsequent genug verfolgen und dass es einer Erhöhung der staatlichen Sicherheitsmaßnahmen für Moscheen und islamische Einrichtungen bedarf. Die Thematisierung dieses Problems von Muslim:innen - sowohl innerhalb der muslimischen Communities als auch gegenüber den Behörden und den Politiker:innen – führt dazu, dass die Sichtbarkeit des Problems und damit verbunden auch der zivilgesellschaftliche Druck auf die zuständigen Kräften wachsen.⁶⁸

Die DITIB hat eine Antidiskriminierungsstelle ins Leben gerufen, welche die Angriffe auf Moscheen zwischen den Jahren 2014 und 2020 erfasst hat. Dem Bericht der DITIB zufolge, wurden im Jahr 2021 44 Moscheen zum Ziel von rassistischen Angriffen.

Im letzten Quartal des Jahres 2021 wurden 171 Fälle gemeldet, die der Kategorie der "Islamfeindlichkeit" fallen, während 15 Angriffe auf Moscheen und islamisch-religiöse Einrichtungen erfasst wurden.⁶⁹

Die Initiative #brandeilig, welche Angriffe auf Moscheen erfasst, meldete 148 Fälle von Angriffen auf Moscheen im Jahr 2020 und 63 Angriffe im Jahr 2021.⁷⁰



Quelle: Mediendienst Integration 2021

68 Küpper, M. (2020), *Islamfeindlichkeit in Deutschland, Die Ängste der Muslime endlich ernst nehmen*, <https://www.deutschlandfunkkultur.de/islamfeindlichkeit-in-deutschland-die-aengste-der-muslimen-100.html>

69 DITIB Antidiskriminierungsstelle (2022), *Moschee bergriffe – das Jahr 2021* ([https://www.ditib-ads.de/Assets/document/upload/08e219e6-3ad8-46d1-a5fb-7cc242395383pdfresizer.com-pdf-resize%20\(1\)_compressed.pdf](https://www.ditib-ads.de/Assets/document/upload/08e219e6-3ad8-46d1-a5fb-7cc242395383pdfresizer.com-pdf-resize%20(1)_compressed.pdf))

70 Brandeilig (2021), *Moscheeangriffe im 2021*, (<https://brandeilig.org/>)

Das Bundesinnenministerium teilte mit, dass im ersten Halbjahr des Jahres 2021 wöchentlich Angriffe auf Unterkünfte von Geflüchteten erfasst wurden, die Zahl von Angriffen jedoch im Vergleich zum Vorjahr gesunken sei.⁷¹

Die Antidiskriminierungsstelle der DITIB meldete im Jahr 2020 111 Angriffe auf Moscheen und religiöse Einrichtungen, sodass gesagt werden kann, dass die Zahl der Angriffe im Jahr 2021 gesunken ist. Auch wenn dieser Rückgang positiv zu bewerten ist, ist jeder Angriff besorgniserregend und bedarf konsequenter Maßnahmen.

Dass die gemeldeten Fälle gesunken sind, erklärt Stefan Rochow wie folgt:

"Das vergangene Jahr hat für die marginalisierten Gruppen in Deutschland keine Verbesserungen gebracht.

Die Corona-Pandemie stellte diese Gruppen aber nach meiner Einschätzung vor große Herausforderungen. Erlebte man gerade 2020 im Rahmen der Pandemie eine Anhäufung von rassistisch-motivierten Angriffe auf asiatisch aussehende Menschen, sind diese 2021 zurückgegangen."⁷²

Im DITIB-Bericht wird auch darauf eingegangen, in welcher Form die Anschläge auf Moscheen verübt werden, hierzu zählen Delikte wie Drohbriefe, Brandstiftung, Vandalismus (z.B. Beschmierungen, Einschlagen von Fenstern) Bombendrohungen.

16 von 18 Drohbriefen richteten sich gegen religiöse Einrichtungen. Es lässt sich vermuten, dass die Dunkelziffer bei den Anschlägen (die gemeldete Zahl beträgt 28) viel höher ist und dass etwa ein Drittel dieser Angriffe, d. h. neun Fälle, auf antimuslimischen Rassismus zurückgeführt werden können. Sieben der gemeldeten Fälle haben einen antitürkischen und rechtsextremen Charakter, wobei vier Fälle auf Antisemitismus zurückzuführen sind.⁷³

Ein weiterer Aspekt, der in diesem Zusammenhang berücksichtigt werden muss, ist, dass sich der Begriff "religiöse Stätte" nur auf Moscheen und Gebetsstätte bezieht und nicht Moscheevereine und andere islamische/muslimische Einrichtungen umfasst. Dies lässt sich aus der Antwort auf die parlamentarische Anfrage der Abgeordneten Pau, Gohlke und Bünger verstehen.⁷⁴ Dies ist ein Indiz

71 Deutschland Menschenrechtslage 2021. *Human Rights Watch*. (<https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518>)

72 Stefan Rochow wurde im Rahmen dieses Berichts interviewt. Er bezeichnet sich nach eigenen Angaben als "Ex-Nationalsozialist".

73 DITIB Antidiskriminierungsstelle (2022), *Moschee Übergriffe – das Jahr 2021* ([https://www.ditib-ads.de/Assets/document/upload/08e219e6-3ad8-46d1-a5fb-7cc242395383pdf-resizer.com-pdf-resize%20\(1\)_compressed.pdf](https://www.ditib-ads.de/Assets/document/upload/08e219e6-3ad8-46d1-a5fb-7cc242395383pdf-resizer.com-pdf-resize%20(1)_compressed.pdf))

74 Deutscher Bundestag. (2022). *Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im vierten Quartal 2021*. Drucksache 20/716. Berlin: Deutscher Bundestag. (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>)

dafür, dass die o.g. Einrichtungen auch zum Ziel von antimuslimischen Angriffen werden, jedoch nicht unter der Kategorie "antimuslimischer Rassismus" erfasst werden.

Im vierten Quartal von 2021 wurden zwei Personen (Berlin und Brandenburg) aus islamophoben Motiven verletzt, wobei beide Fälle als "politisch motivierte Straftat" erfasst wurden. Die Regierung teilte mit, dass ihr keine Statistiken über materielle Schäden aus antimuslimischen und/oder islamfeindlichen Motiven vorliegen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die Bundesländer nicht verpflichtet sind, Sachbeschädigungen zu melden. Zudem wird die Höhe des Schadens weder von der Polizei noch im Rahmen der politisch motivierten Kriminalität erfasst.

Im vierten Quartal 2021 wurden im Bundesgerichtshof keine Ermittlungen wegen des Verdachts islamfeindlicher und antimuslimischer Straftaten eingeleitet, sodass keine Gerichtsprozesse aufgrund solcher Straftaten vorliegen. Auch hat die Regierung keine Informationen über gezielte bundesweite Einsätze von Bundespolizeibehörden in Bezug auf antimuslimische Straftaten, sodass sie keine Angaben zu Einsätzen der Landespolizeibehörden macht.

Im dritten Quartal von 2021 sollen insgesamt sechs Personen bei islam-/muslimfeindlichen Straftaten verletzt worden sein. Zudem wurden Fälle in Berlin, Bayern, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein und zwei in Baden-Württemberg erfasst.

Auch ist es bekannt geworden, dass eine Person bei "islamfeindlichen" Straftaten schwer verletzt wurde, wobei die Tat als rechtsextremistische und politisch motivierte Straftat registriert wurde. Für das dritte Quartal 2021 meldete das KPMD- PMK keine Todesfälle wegen aus islamfeindlichen Motiven.⁷⁵

4. ISLAMISCHE GEMEINDEN RELIGIONSUNTERRICHT UND STAATLICHE EINGRIFFE

Die Imam-Ausbildung wird vor allem im Rahmen des Islamkolleg-Projekts thematisiert. So wird für die Zukunft geplant, dass lediglich Imame "Made in Germany" eingesetzt werden sollen, wobei beispielsweise die aus der Türkei entsandten Imame an Relevanz verlieren und abgesetzt werden sollen.

⁷⁵ Deutscher Bundestag. (2022). *Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im vierten Quartal 2021*. Drucksache 20/716. Berlin: Deutscher Bundestag.(<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>)

Die DITIB erzielt, dass in Deutschland sozialisierte Menschen nach ihrer Ausbildung an türkischen Universitäten als Imame in Deutschland eingesetzt werden. Doch im Rahmen des Projekts wurde ein solches Interesse nicht kommuniziert.⁷⁶

HINTERGRUNDINFORMATIONEN

Von 2006 bis heute: Deutsche Islam Konferenz (DIK) und Koordinationsrat der Muslime (KRM)

Die DIK wurde im Jahr 2006 von dem ehemaligen Bundestagspräsidenten und Innenminister Wolfgang Schäuble initiiert und löste kontroverse Reaktionen in der medialen und politischen Öffentlichkeit aus. Schäubles Ansprache mit dem Titel "Perspektiven für eine gemeinsame Zukunft suchen" machte Hoffnung für deutsche Muslim:innen. Wichtige Themen wie z.B. Grundrechte, islamischer Religionsunterricht, Koranunterricht und die Probleme von Muslim:innen sollten thematisiert werden, was ein wichtiger Schritt für die in Deutschland lebenden Muslim:innen war und als ein positives Zeichen empfunden wurde.

9/11 kann als ein Wendepunkt für den Alltag und die Wahrnehmung der Muslim:innen festgehalten werden. Als zunehmend marginalisierte Gruppe wurden Muslim:innen im Rahmen der inneren Sicherheit thematisiert und unter Generalverdacht gestellt. Somit wurde die DIK als ein wichtiges politisches Zeichen von der muslimischen Minorität Deutschlands wahrgenommen.⁷⁷

Der Koordinationsrat der Muslime (KRM) wurde mit dem Ziel gegründet, muslimische Gemeinden in Deutschland unter einem Dachverband zu vereinen und diesen eine bessere Organisationsstruktur zu geben. 85% der muslimischen Einrichtungen der KRM sind den türkischen Gemeinden zuzuordnen.⁷⁸

Nach der DIK 2019 wurde der Status der Konferenz geändert und beschlossen, dass sie weiterhin bestehen soll. Im Jahr 2021 wurde eine Imam-Ausbildung unter dem Namen "Islamkolleg e.V." initiiert, die an die Universität Osnabrück gebunden ist.

Das Islamkolleg wird u.a. von der Maliki Union Deutschland, der Islamischen Gemeinschaft der Bosniaken in Deutschland, die Muslime Niedersachsens, der Zentralrat der Muslime und der Rat der marokkanischen Muslime in Deutschland unterstützt, wohingegen die DITIB und die IGMG im Islamkolleg nicht teilnehmen.

Ein weiteres wichtiges Thema neben der Imam-Ausbildung ist der islamische Religionsunterricht in Schulen. Die Vorwürfe gegen die DITIB-Moscheen führten seit 2017 dazu, dass der Status von DITIB in Deutschland in Frage gestellt wurde und die Kooperation in vielen Bereichen unterbunden wurde. Die Ermittlungen wurden jedoch eingestellt, da keine Beweise zur Untermauerung der Vorwürfe gegen die DITIB vorlagen.

76 Dilbirligi, M. (2020a) Almanya İslam Konferansı: Diyalog değil Siyasi Baskı, içinde:Avrupa'nın Kimlik Krizi Analizler Serisi - 4, Hayri Çetinkuş - Göksel Ulutabak, Editör, Anadolu Ajansı, Ankara, ss.64-73

77 Dilbirligi, M. (2020a) Almanya İslam Konferansı: Diyalog değil Siyasi Baskı, içinde: Avrupa'nın Kimlik Krizi Analizler Serisi - 4, Hayri Çetinkuş - Göksel Ulutabak, Editör, Anadolu Ajansı, Ankara, ss.64-73.

78 Olgun, U. (2015), *Islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure in Deutschland*, Wiesbaden. s.172.

Dennoch kündigten mehrere Bundesländer ihre Kooperationsprojekte mit der DITIB, insbesondere in puncto des islamischen Religionsunterrichts in den Schulen. Inzwischen werden die die Beziehungen mit der DITIB immer weiter "normalisiert".

Laut den aktuellen Statistiken gibt es in NRW etwa 436.500 muslimische Schüler:innen, sodass das Thema islamischer Religionsunterricht weiter an Relevanz gewinnt. Obwohl der Staat qua Gesetz verpflichtet ist, diesen Bedarf zu decken, zeigt sich, dass vor allem der islamische Religionsunterricht ein Gegenstand ständiger Diskussionen ist.⁷⁹

Inzwischen gibt es in NRW seit 2019/2020 21.634 Schüler:innen, die am islamischen Religionsunterricht teilnehmen, im Jahr 2012 waren es noch 1.800 Schüler:innen.⁸⁰

Im Jahr 2020 beendete das Land Hessen die Zusammenarbeit mit der DITIB. Die Zweifel an der Unabhängigkeit der DITIB als Religionsgemeinschaft spielten eine wichtige Rolle bei dieser Entscheidung. Seitdem wird der islamische Religionsunterricht vom Land Hessen organisiert.⁸¹

Der DITIB-Landesverband Hessen hat gegen dieses Vorgehen des Landes vor dem Verwaltungsgericht und dem Hessischen Verfassungsgerichtshof geklagt, doch wurde diese Klage aus verfahrensrechtlichen Gründen abgewiesen. Der Antrag von DITIB Hessen beim Bundesverfassungsgericht wurde angenommen und das Bundesverfassungsgericht entschied, dass die verfahrensrechtliche Ablehnung der Anträge des Landes Hessen nicht gerechtfertigt war.⁸²

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hat das Verwaltungsgericht Wiesbaden den Fall erneut aufgenommen und entschieden, dass der hessische Landesverband von DITIB laut Artikel 7 die befugte Religionsgemeinschaft ist, die den islamischen Religionsunterricht erteilen darf. Gegen dieses Urteil des Verwaltungsgerichts hat das Hessische Kultusministerium Berufung eingelegt, wobei das Gerichtsverfahren noch nicht abgeschlossen ist.

79 Dilbirliđi, M. (2015), *Alman Anayasası'nda Din Özgürlüğü ve Din Eđitimi*, *Liberal Düşünce Yıl* 20, Sayı 78, Bahar 2015, s. 75 – 104.

80 Ullrich, C. (2021), "Neue Kommission für den Islamunterricht in NRW" <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/sachstand-islamunterricht-nrw-gebauer-100.html>

81 Islamischer Religionsunterricht in Hessen – eine Chronologie, (2021) [islamiq.de](https://www.islamiq.de) HESSEN, <https://www.islamiq.de/2021/07/04/islamischer-religionsunterricht-in-hessen-eine-chronologie/>

82 Bundesverfassungsgericht (2021), DITIB, https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/01/rk20210119_1bvr267120.html

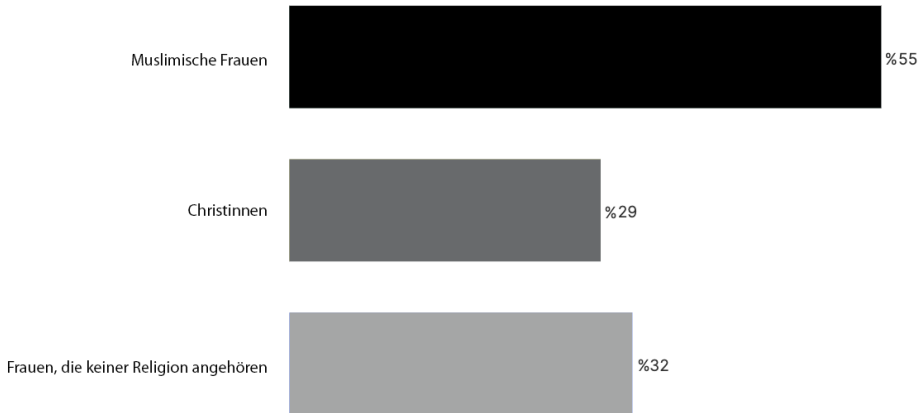
5. ENTSCHEIDUNGEN BEZÜGLICH DER RELIGIONSFREIHEIT

Der wachsende antimuslimische Rassismus und die muslimfeindliche Haltung zeigen sich nicht nur in den politischen Debatten und in der Gesellschaft, sondern auch in den juristischen Beschlüssen.

Die Ergebnisse einer Studie des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration aus dem Jahr 2018 zeigen, dass vor allem Frauen mit Migrationsgeschichte zur Zielscheibe von rassistischen Übergriffen werden.

Während sich 55% der muslimischen Frauen diskriminiert fühlen, liegt dieser Anteil bei christlichen Frauen mit Migrationshintergrund bei 29% und bei Frauen ohne Religionszugehörigkeit bei 32%.⁸³

Der Anteil der Frauen, die sich diskriminiert fühlen



Quelle: Deutscher Verein für Integration und Migration 2018

Muslimische Frauen, die ein Kopftuch tragen, sind besonders von rassistischen Diskriminierungen betroffen, so z.B. auf dem Arbeitsmarkt oder in ihrem Alltagsleben.

Beigang stellt fest, dass sich Frauen mit türkischem Namen und Kopftuch viermal mehr bewerben müssen, um zu Vorstellungsgesprächen eingeladen zu wer-

⁸³ Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018), *Zuwanderung und Diskriminierung: Wer anders aussieht, fühlt sich stärker benachteiligt* <https://www.svr-migration.de/presse/presse-forschung/diskriminierungserfahrungen/>

den als gleich qualifizierte Bewerberinnen, die kein Kopftuch tragen und einen deutschen Namen haben.⁸⁴

Eine Studie des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge kommt zu einem ähnlichen Ergebnis, nämlich, dass sich Frauen mit Kopftuch stärker benachteiligt fühlen als muslimische Frauen ohne Kopftuch und muslimische Männer.⁸⁵

Am 4. März 2021 verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag einen Beschluss, der Richter:innen, Staatsanwälten und Justizangestellten das Tragen von religiösen Symbolen wie Kopftüchern oder Kreuzen untersagt. Mit dem Argument der Neutralität werden religiöse Kleidung oder Symbole wie z.B. das Kopftuch verboten und somit diskriminiert.⁸⁶

84 Beigang, S., Fetz, K., Kalkum, D., Otto, M., (2017), Diskriminierungserfahrungen in Deutschland, Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung. Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden, s.167, Nomos Verlag.

85 Schührer, S. (2018), Türkeistämmige Personen in Deutschland, Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung, BAMF, Nürnberg.

86 Der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen (2021), *Gesetz zur Stärkung religiöser, weltanschaulicher und politischer Neutralität* (https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?print=1&anw_nr=6&val=&ver=0&sg=0&menu=1&vd_id=19267&keyword=)

Das Spannungsfeld zwischen antimuslimischen Ressentiments, Religionsfreiheit und Kopftuch-Urteilen

Der Fall der muslimischen Lehrerin Fereshta Ludin in Baden-Württemberg kann als der Anfang der Kopftuchdebatte in Deutschland festgehalten werden. Ihr wurde im Jahr 1998 untersagt, das Referendariat mit Kopftuch anzutreten. Im Jahr 2003 entschied das Bundesverfassungsgericht, dass das Recht der Lehrerin ohne gesetzliche Grundlage nicht eingeschränkt werden könne.⁸⁷

Im Jahr 2015 erließ das Bundesverfassungsgericht ein neues Urteil mit einer anderen Begründung als im Jahr 2003.

Es wurde beschlossen, dass ein Kopftuchverbot nur schulspezifisch und nur bei konkreter Gefährdung des Schulfriedens durch die Lehrerin verboten werden kann und ein pauschales Kopftuchverbot verfassungswidrig wäre.⁸⁸

In den darauffolgenden Jahren wurde das Kopftuch immer wieder im Rahmen des Neutralitätsgesetzes in Berlin thematisiert. Eine Lehrerin, deren Arbeitsvertrag wegen ihres Kopftuchs gekündigt wurde, klagte gegen diese Kündigung und dies wurde vom Bundesarbeitsgericht rechtskräftig entschieden. Das Bundesarbeitsgericht entschied, dass das Tragen eines Kopftuchs ein religiöses Gebot sei, welches vom Grundgesetz geschützt ist und daher nicht verboten werden kann, sobald der Schulfrieden dadurch nicht gestört wird.⁸⁹

Die Bestimmungen der Europäischen Menschenrechtskonvention zur Religions- und Gewissensfreiheit werden in Bezug auf Muslim:innen nicht immer adäquat umgesetzt. So wird das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall Leyla-Şahin aus dem Jahr 2004 häufig kritisiert.

Ein weiteres kontroverses Urteil des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) ist das Urteil vom 25. Februar 2021, welches den Arbeitgeber:innen qua Gesetz erlaubt, Kopftücher am Arbeitsplatz zu verbieten.

Einige Jahre zuvor, im Jahr 2017 entschied der EuGH auch, dass religiöse Symbole wie das Kopftuch am Arbeitsplatz verboten werden können, wenn ein "konkretes wirtschaftliches Risiko für den Arbeitgeber oder den betroffenen Dritten" besteht.

Solche Urteile können auf dem Arbeitsmarkt zum Anlass genommen werden, die Religionsfreiheit von Bürger:innen einzuschränken und eine Rechtsgrundlage für ihre Diskriminierung darstellen.⁹⁰

87 Bundesverfassungsgericht (2003), *zum Urteil des Zweiten Senats vom 24. September 2003- 2 BvR 1436/02* –(https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2003/09/rs20030924_2bvr143602.html)

88 Bundesverfassungsgericht (2015), *Ein pauschales Kopftuchverbot für Lehrkräfte in öffentlichen Schulen ist mit der Verfassung nicht vereinbar* <https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/2015/bvg15-014.html>

89 Bundesarbeitsgericht (2020), *Kopftuchverbot - Benachteiligung wegen der Religion* <https://www.bundesarbeitsgericht.de/entscheidung/8-azr-62-19/>

90 Court of Justice of the European Union (2021), *PRESS RELEASE No 128/21 Luxembourg, 15 July 2021*(<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07/cp210128en.pdf>)

Auch der Bundestag erließ eine neue Regelung zum “Erscheinungsbild von Beamten und Polizisten”. Während der Anlass hierfür die verfassungswidrige Tätowierung eines Polizeibeamten in Berlin war, sollen neben Tätowierungen auch Piercings, Bärte, Körperschmuck für Beamt:innen auch religiöse Symbole wie z.B. Kopftücher verboten werden.⁹¹

Kopftuchtragende Musliminnen sind zweifelsohne die Gruppe, die rassistischen Diskriminierungen am stärksten ausgesetzt ist. Sie sind häufig Objekte von rassistischen Ressentiments und politisch-medialen Diskursen. Auch ihr Alltagsleben ist von dieser negativen Rhetorik geprägt. So wurde beispielsweise eine kopftuchtragende Studentin aus dem Marienkrankenhaus, in dem sie ihr Praktikum absolvierte, nach Hause geschickt, weil sie ein Kopftuch trug.⁹²

Die Begründung der Geschäftsleitung war, dass das Krankenhaus von den Mitarbeiter:innen “ein neutrales Erscheinungsbild” erwarte.

Der Rektor der Ruhr-Universität Bochum kritisierte die Entscheidung zwar, doch sind solche Eklats keine Einzelfälle.

Die Annahme, dass das Kopftuch nicht “unparteiisch” oder “neutral” sein könne, reduziert vor allem kopftuchtragende muslimische Frauen auf ihr Erscheinungsbild und stellt ihre Qualifikationen und Kompetenzen in Frage. Die Dichotomisierung der muslimischen Lebensweise mit den Werten der Mehrheitsgesellschaft ist als eine Gefahr für die pluralistische postmigrantische Gesellschaft zu sehen.

6. KENNEN DIE MENSCHENRECHTSORGANISATIONEN DIE WAHRE DIMENSION DES PROBLEMS?

Eine wichtige Frage ist, ob der antimuslimische Rassismus einen wichtigen Bestandteil der Arbeit von Menschenrechtsorganisationen ausmacht.

Zwar werden der steigende antimuslimische Rassismus, Islamfeindlichkeit und Diskriminierungen gegenüber muslimisch gelesenen Menschen thematisiert, doch das Ausmaß des Problems kommt oft zu kurz.

Im Bericht aus dem Jahr 2021 von Freedom House heißt es: “Auch die Islamophobie gibt weiterhin Anlass zur Sorge: Die deutsche Polizei registrierte im Jahr 2021 662 politisch motivierte Angriffe gegen muslimische Personen und Einrich-

91 Neue Regeln für Beamtinnen: Kein Tattoo, kein Kopftuch (2021), *Taz* („<https://taz.de/Neue-Regeln-fuer-Beamtinnen/!5766123/>)

92 Medizin-Studierende beklagen Diskriminierung an Uni-Klinik (2022), *Süddeutsche Zeitung* (<https://www.sueddeutsche.de/leben/gesellschaft-herne-medi-zin-studierende-beklagen-diskriminierung-an-uni-klinik-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220313-99-499641>)

tungen". Des Weiteren wird festgehalten, dass "Deutschland eine repräsentative Demokratie mit einer lebendigen politischen Kultur und Zivilgesellschaft ist. Die politischen Rechte und die bürgerlichen Freiheiten sind in Gesetz und Praxis weitgehend gewährleistet".

Eine Kritik an den NSU-Prozess, die Kopftuch-Urteile, das Problem der Anschläge auf Moscheen und Angriffe auf muslimisch gelesene Menschen finden im Bericht keine Erwähnung.⁹³

Auch im Amnesty International Bericht von 2021 wird nicht auf die Menschenrechtsverletzungen gegen Muslim:innen eingegangen. Die Unterpunkte, auf die Analysen basieren, lauten: "Diskriminierung, LGBTI-Personen, Recht auf Versammlung, Recht auf Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung, Rechte von Asylbewerbern und Migrant:innen, Recht auf Gesundheit, Unternehmensverantwortung, unverantwortliche Waffentransfers, Versagen bei der Bekämpfung der Klimakrise und Recht auf Privatsphäre".⁹⁴

Ein ähnliches Ergebnis ist in dem Bericht von Human Rights aus dem Jahr 2021 vorzufinden, worin die Diskriminierungen von Muslim:innen nicht thematisiert werden.

"Diskriminierung und Intoleranz, Internationale Justiz, Arbeit und Menschenrechte, Migrant:innen und Asylbewerber, Überwachung und Medienfreiheit, Frauenrechte, Politik und Auswirkungen des Klimawandels und Außenpolitik" sind die Rubriken des Berichts.

Im Bericht wird unter der Überschrift "Diskriminierung und Intoleranz" über die Zunahme migrant:innenfeindlicher und antisemitischer Straftaten berichtet und auf die Zunahme antisemitischer Äußerungen hingewiesen, ohne auf die Diskriminierung von Muslim:innen mit einer Kategorie wie "Islamophobie" oder "antimuslimischer Rassismus" einzugehen.

Unter den Rubriken "Diskriminierung und Intoleranz", "Frauenrechte" und "Arbeit und Menschenrechte" hätten sehr wohl die Diskriminierungen von kopftuchtragenden Muslim:innen im Arbeitsleben thematisiert werden können.

Es ist äußerst auffällig, dass der Rassismus gegenüber Muslim:innen in einem solchen Bericht nicht thematisiert wird, während jedoch auf dem Titelbild des Berichts eine Demonstration im Rahmen des NSU-Prozesses abgebildet ist. Auch

93 Freedomhouse (2022), *Freedom in the World 2022/ Germany*, (<https://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2022>)

94 Amnesty International Report 2021/22: The State of The World's Human Rights, 2022, <https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/4870/2022/en/> ve <https://www.amnesty.org/en/location/europe-and-central-asia/germany/report-germany/>

die Titelunterschrift “Demonstranten, die bei einer Veranstaltung in München die Auflösung rechtsextremer Gruppen fordern“, gibt keine Auskunft über die Identität der Betroffenen, die nämlich türkeistämmig/muslimisch waren.⁹⁵

Die Rolle der Gesellschaft und der Demokratie

Die Analyse der Berichte Menschenrechtsorganisationen zeigt, dass Übergriffe gegen Muslim:innen nicht akkurat thematisiert werden und dass das Problem des antimuslimischen Rassismus und der Islamfeindlichkeit kaum eine Erwähnung findet. Aus diesem Grund bleibt auch eine Kritik an die Staaten bezüglich ihrer Verpflichtungen zur Bekämpfung von Diskriminierung und zum Schutz der Rechte von Minoritäten aus.

Verstöße, die in einem autoritären System leicht sichtbar sind, werden in einem demokratischen System nicht so leicht erkannt, da demokratische Staaten per se als diskriminierungsfreie Orte angenommen werden.

Dass auch in westlichen Demokratien Menschenrechtsverletzungen, Einschränkung der Religionsfreiheit und Rassismus existieren, wird häufig nicht thematisiert, da davon ausgegangen wird, dass die Rechte aller Bürger:innen gleich geschützt sind.⁹⁶

95 Deutschland Menschenrechtslage 2021. *Human Rights Watch*. (<https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518>)

96 Özipek, Bekir Berat (2018), *Yanlış Sorulara Doğru Cevaplar Ayrımcılık, İslamofobi, Entegrasyon ve Ötesi*, Liberte Yayınları, Ankara, s. 155.

Zukunftsperspektiven: Ergebnisse und Empfehlungen

ES ZEIGT SICH, DASS DER WACHSENDE RECHTSEXTREMISMUS, RASSISMUS und Diskriminierung in Deutschland nach wie vor ein großes Problem sind und eine Bedrohung für die freiheitlich-demokratische Grundordnung darstellen.

Martin Schulz fasst die Situation folgendermaßen zusammen; “Die Rückkehr des wiederkehrenden Übels, nämlich der Aufstieg von Rechtsextremismus und Rassismus, ermöglicht es einer Mentalität und Praxis, die Menschenrechtsverletzungen hervorbringt, in allen Bereichen der Gesellschaft Fuß zu fassen”⁹⁷

Der wachsende Rassismus und Populismus in Europa haben gravierende Auswirkungen auf die Migrations- und Asylpolitik, sodass die “westlichen Werte“ immer mehr in Frage gestellt werden.

Um die gesellschaftlichen und politischen Probleme anzugehen, ist der wichtigste Schritt die Erkenntnis über das Ausmaß der Probleme. Die Zahlen und Ereignisse über muslimfeindliche und rassistische Übergriffe sind inzwischen so auffällig, dass unverzüglich Maßnahmen ergriffen werden müssen.

Im nächsten Schritt muss der Staat die notwendigen Maßnahmen ergreifen, um den besorgniserregenden Zustand zu bessern. Stefan Rochow sagt in diesem Zusammenhang *“Vieles in der Bekämpfung des Rechtsextremismus in unserem Land wirkt auf mich wie Symbolpolitik und Absichtserklärung. Ohne Zweifel gut gemeint,*

97 Schulz, M. (2013) “Ein gemeinsames Europa der Vielfalt gegen Rechtsextremismus und Rechtspopulismus”, içinde: (Hrsg) Ralf Melzer-Sebastian Serafin, Rechtsextremismus in Europa, Berlin. Ss.377-398

aber wirkungslos. Wenn wir Rechtsextremisten bekämpfen wollen, dann müssen wir uns von der Schlagwortebene auf die analytische Ebene begeben. Diese Bereitschaft kann ich bis heute nicht erkennen.

Was wir heute als Spaltung unserer Gesellschaft erleben, ist eine Spaltung im Identitätsbewusstsein. Der eine Teil will in einer multikulturellen Gesellschaft leben und der andere Teil möchte sich völkisch verriegeln. Diese Auseinandersetzung findet nicht nur in Deutschland statt, sondern ist ein europaweites, aber auch internationales Phänomen.“

"Wie die Radikalisierung ist auch die De-Radikalisierung ein sehr individueller Prozess"

"Wie die Radikalisierung ist auch die Deradikalisierung ein sehr individueller Prozess: Sie ist stark von persönlichen Umständen abhängig. Während des Deradikalisierungsprozesses gibt die radikalisierte Person nicht nur ihr Bekenntnis zu und ihr Engagement für extremistische Positionen auf, sondern oft auch das bisherige soziale Umfeld innerhalb der extremistischen Szene. Im Unterschied zu Prävention im Allgemeinen bezieht sich Deradikalisierung auf bereits radikalisierte Personen, die zumindest teilweise ein extremistisches Weltbild" angenommen haben. – Stefan Rochow

Während antisemitische Übergriffe in den Medien und in der Politik richtigerweise thematisiert werden, finden Angriffe gegen Muslim:innen im dominanten Mediendiskurs kaum Erwähnung. Auch findet keine akkurate Erfassung der antimuslimischen Übergriffe statt, d.h. die Kategorie antimuslimischer Rassismus existiert beispielsweise nicht. Dies führt dazu, dass Straftaten gegenüber Muslim:innen unter der allgemeinen Kategorie des Rassismus erfasst werden, was zur Unsichtbarmachung des Problems führt.

Eine Kritik gilt an dieser Stelle auch an die muslimische Community Deutschlands, in der es keine einheitliche Mobilisierung gegen diese Probleme festzustellen ist. Yahya Martin vertritt in diesem Zusammenhang eine ähnliche Auffassung:

"Da die Muslime in der deutschen Gesellschaft keine Einheit bilden, weil jede Gruppierung ihr "eigenes Süppchen" kocht, sehe ich zum jetzigen Zeitpunkt keine Möglichkeit der Tendenz der zunehmenden Entmündigung der Muslime in der deutschen Gesellschaft entgegen zu wirken.“⁹⁸

⁹⁸ Aus dem Interview mit dem Rechtsanwalt Yahya Martin Hiesing

"Demokratische Politiker:innen müssen gegen die Ängste bezüglich gesellschaftlicher Veränderungen aktiv werden"

"Die Akzeptanz einer vielfältigen Gesellschaft, ein klares Verständnis darüber was uns als Gesellschaft vereint und was die Trennlinien sind – dieses Bewusstsein zu schärfen muss viel stärker im Fokus von Politik genommen werden. Auch hier sollte man nicht in Phrasen abgleiten, wie es oft in Debatten der Fall sein. Trennlinie in unserer Gesellschaft ist aus meiner Sicht nicht Herkunft und Hautfarbe, sondern unsere Einstellung zu Demokratie und Menschenrechten. Das ernstgemeint und glaubwürdig vorzuleben, ist das beste Mittel gegen Rassismus in der Gesellschaft." – Stefan Rochow

Die Ziele der neuen Regierung bezüglich der Bürger:innen mit Migrationsgeschichte machen zwar Hoffnung, doch das Rassismusproblem ist tief verankert, sodass die Zukunft mit vielen Herausforderungen verbunden ist.

Paternalistische und intervenierende Haltungen gegenüber den Muslim:innen sind in diesem Zusammenhang zu meiden, da die Akzeptanz von Vielfalt und pluralistischen Lebensweisen der erste richtige Schritt für ein friedliches Miteinander ist.

"Es gibt gesellschaftliche Bemühungen, um die Sichtbarkeit des antimuslimischen Rassismus zu stärken"

"Was positiv zu bewerten ist, innerhalb der islamischen Community gibt es seit mehreren Jahren Bestrebungen, dass Thema Antimuslimischer Rassismus öffentlich sichtbar zu machen. Neben eigenen Medienorganen, gibt es auch Vereine und Projekte, die sich dem Thema widmen. Diese liefern regionale wie überregionale Daten. Neben dem Online-Magazin IslamiQ von der IGMG, wären regionale islamische Vereine und Stellen wie Inssan e. V. in Berlin oder die Meldestelle Marwa der Schura Hamburg nennenswert. Letztere ist erst 2021 gegründet worden. Es existieren auch regionale nicht-islamische Vereine und Projekte wie Empower und Amira in Hamburg. Hier kann man Diskriminierungsvorfälle melden und sich auch rechtlich beraten lassen. Überregional wäre Claim Allianz von Relevanz. Das ist ein Bündnis von 47 Organisationen gegen Islamfeindlichkeit und Antimuslimischem Rassismus, unter anderem mit einem Policy Paper zur Erfassung aller islamfeindlichen Vorfälle. Die Neue Medienmacher bemühen sich um kritischen Journalismus und versuchen die Diskriminierung von Muslimen stärker in den Medien sichtbar zu machen."⁹⁹

Türkischstämmige Muslim:innen hingegen sind aufgrund der angespannten politischen Beziehungen zwischen Deutschland und der Türkei zusätzlichem Druck ausgesetzt.

Der Kampf gegen den antimuslimischen Rassismus und muslimfeindliche Ressentiments bedarf einer Auseinandersetzung mit dem Problem, ohne die Betroffene dieses Problems unter dem Aspekt der inneren Sicherheit zu betrachten und den Generalverdacht gegenüber Muslim:innen abzubauen.

99 Dr. Ali Özgür Özdil – Leiter des Islamischen Instituts Hamburg

Aus diesem Grund hat die Bundesregierung Maßnahmen zur Bekämpfung von Rassismus und Rechtsextremismus beschlossen, die im Jahr 2021 beginnen und bis Ende 2024 dauern sollen.

"Die wirksamste Methode zur Verhinderung der Diskriminierungen ist es, den Menschen die Vorteile einer Welt und Gesellschaft ohne Diskriminierung zu erklären", sagt Salim Özdemir. "In diesem Prozess sollte neben freiwilligen Aktivitäten auch das Antidiskriminierungsgesetz aktualisiert und effektiver gestaltet werden, insbesondere sollten die einzelnen Paragraphen dieses Gesetzes den Betroffenen von Rassismus, besser erklärt werden."

In diesem Zusammenhang können die Schritte, die unternommen werden müssen, wie folgt aufgelistet werden:

- Bekämpfung von Vorurteilen und Stereotypen über Muslim:innen
- Anerkennung des antimuslimischen Rassismus und Menschenrechtsverletzungen von Muslim:innen
- Verbesserung des Schutzes der Religions- und Gewissensfreiheit der Muslim:innen
- Antimuslimisch motivierte Diskriminierungen sollten separat erfasst werden, anstelle einer Kategorisierung unter dem Sammelbegriff Rassismus
- Der Ansatz, der traditionelle Muslim:innen radikalisiert, sollte bekämpft werden
- Staatliche Eingriffe in den Bereich der Religion sowie paternalistische Praktiken sollten überdacht werden
- Die politische Partizipation von Bürger:innen mit Migrationsgeschichte und ihre Repräsentation sollten auf der Grundlage von Vielfalt und Pluralismus unterstützt werden
- Der Schutz gegen Übergriffe auf muslimische Personen und Einrichtungen sollte erhöht werden

Überblick: Muslim:innen in Deutschland im Jahr 2021

Eine allgemeine Analyse zur Situation von Muslim:innen in Deutschland basiert hauptsächlich auf den Entwicklungen in der Gesetzgebung und der Rechtsprechung im Jahr 2021, die direkt oder indirekt Muslim:innen betreffen.

Obwohl es positive Entwicklungen gibt, die auf dem ersten Blick beruhigend und vielversprechend erscheinen, ist eine anhaltende negative Tendenz festzustellen. Wie im Falle des Kopftuchverbots sorgen manche Urteile dafür, die rechtliche Grundlage für diskriminierende Vorgehensweisen zu begünstigen.

Während die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden, den islamischen Religionsunterricht mit der DITIB fortzuführen positiv ist, weist das Gesetz des Bundestages vom April 2021 zum "Erscheinungsbild von Beamten und Polizeibeamten" auf eine negative Entwicklung hin, da es de jure das Kopftuchtragen verbietet.

Die im Folgenden aufgeführte Tabelle ist eine Sammlung von diesen positiven und negativen Entwicklungen.

Überblick: Muslim:innen in Deutschland im Jahr 2021

1. ENTWICKLUNGEN BEZUGLICH GERICHTSURTEILE UND ANWENDUNGEN

Dieses Kapitel beschäftigt sich mit den Informationen bezüglich der Entwicklungen in der Legislative, Exekutive und Judikative im Jahr 2021, die direkt oder indirekt Muslim:innen betreffen. Statistisch gesehen sind 22 dieser Entwicklungen positiv, während 13 als „negativ“ identifiziert werden konnten. Trotz der Tatsache, dass es zahlenmäßig mehr positive Entwicklungen gibt, ist die Situation und die Schwere der Ressentiments gegenüber Muslim:innen in Deutschland ernstzunehmen. So gibt es mehrere Urteile über das Tragen von Kopftüchern, welche die Religionsfreiheit von muslimischen Frauen massiv einschränken und somit die Situation von Muslim:innen in Deutschland negativ prägen.

Die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Wiesbaden bezüglich der Zusammenarbeit mit der DİTİB positiv zu werten ist, weist das neue Gesetz des Bundestages vom April 2021 zum "Erscheinungsbild von Beamten und Polizeibeamten" auf eine negative Entwicklung hin, da es de facto das Tragen des Kopftuchs verbietet und somit ein Grundrecht von Musliminnen einschränkt. Die unten angeführte Tabelle und die darin enthaltenen Entscheidungen konnten weder als positiv noch als negativ eingestuft werden. Dies ist beispielsweise bei dem Fall der Freilassung eines 23-jährigen Mannes aus Hildesheim, der wegen der Planung eines terroristischen Anschlags gegen Muslime angeklagt war. Nach dem Urteil des Bundesgerichtshofs konnte nicht bewiesen werden, ob er tatsächlich einen solchen Anschlag geplant hatte. Dieser Fall wurde nicht von vornherein als negative Entwicklung eingestuft, da im Rahmen der Gerichtsverhandlungen die Möglichkeit bestand, dass der Betroffene hätte unschuldig sein können.

NO	BUNDES- LAND	STADT	DATUM	ENTWICK- LUNG	ASYL- RECHT	VERURSA- CHER	MAĞDUR (KIŞI/ GRUP)	BESCHREIBUNG	QUELLENLINK
1	Landes- weit	Landesweit	26.05.2021	NEGATIV	Rassis- mus/ Diskrimi- nierungs Verbot	Deutscher Gesundheits- minister	Türk:in	Der deutsche Gesundheits- minister Jens Spahn nannte Türken, die in ihre Heimat- länder reisen, als Grund für die steigende Zahl der Fälle der COVID-19-Pandemie.	https://www.migazin.de/2021/05/26/spahn-logik-familienbesuche-heimat-corona/
2	Hessen	Wiesbaden	05.07.2021	POSITIV	Bildungs- recht	Amtsgericht Wiesbaden	Muslim:in	Das Land Hessen hat den islamischen Religionsunter- richt in Zusammenarbeit mit der DITIB ausgesetzt. Das Verwaltungsgericht Wiesbaden entschied, dass die Suspendierung nicht rechtskonform war.	https://www.trtdeutsch.com/gesellschaft/urteil-aussetzung-von-ditib-islamunterricht-nicht-rechtskonform-5956598
3	Bayern	Bundesweit	07.07.2021	POSITIV	Bildungs- recht	Landesweit	Muslim:in	Der islamische Religionsun- terricht wird an 350 Schulen in Bayern als Wahlfach an- geboten.	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/Bayern-islamunterricht-als-wahlpflichtfach-eingefuehrt-5977247
4	Landes- weit	Landesweit	23.07.2021	POSITIV	Frei- heit und Sicherheit des Indi- viduums	Bundesstag	Muslim:in	In einem Antrag forderte die Partei Die Linke auf, die Angriffe auf Muslime im zweiten Quartal 2021 zu untersuchen. Die Regie- rung antwortete auf den angenommenen Antrag am 02.08.2021. Nach den Ergeb- nissen der Untersuchung wurden im zweiten Quartal 99 "islamfeindliche" Vorfälle gemeldet.	https://www.bundestag.de/presse/hfb/852936-852936

5	Baden-Württemberg	Stuttgart	27.07.2021	-	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Oberlandes- gericht Stutt- gart	Muslim:in	Das Gericht sprach einzelne Mitglieder der terroristischen Vereinigung frei. Die rechtsgerichtete Gruppe S hatte angeblich Anschläge auf Moscheen geplant. Einige der mutmaßlichen Mitglieder wurden vom Gericht freigelassen.	https://blog.zeit.de/stoerungsmelder/2021/07/27/gericht-entlastet-einzelne-mitglieder-von-terrorgruppe_30901
6	Bayern	München	30.07.2021	POSITIV	Delikt und Bestrafung (Rechtmäßigkeit der Strafe)	Oberlandes- gericht Mün- chen	Muslim:in	Ein Rechtsextremist aus Franken ist vom Oberlandesgericht München wegen "Vorbereitung staatsgefährdender Gewalttaten" zu sechs Jahren Haft verurteilt worden. Die Beschuldigten hatten Drohbriefe an Politiker, Moscheen und Flüchtlingsorganisationen geschickt.	https://www.sueddeutsche.de/politik/terror-prozess-muenchen-olg-urteil-susanne-g-1.5368028
7	Bayern	Bundesweit	06.08.2021	NEGATIV	Bildungsrecht	Alternative für Deutschland (AfD)	Muslim:in	Einige AfD-Landtagsabgeordnete haben Beschwerde gegen den geplanten islamischen Religionsunterricht an Schulen eingelegt. Begründet wurde dieser Einwand damit, dass der Islamunterricht gegenüber anderen Religionsklassen bevorzugt wird.	https://www.trtdeutsch.com/politik-inland/Bayern-afd-abgeordnete-gehen-gegen-islamunterricht-vor-6247413

8	Landesweit	Landesweit	06.08.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Landesweit	Muslimin	Im zweiten Quartal 2021 war die Zahl der Angriffe auf Muslime so niedrig wie seit 2017 nicht mehr. In diesem Zeitraum wurden 99 islamfeindliche Straftaten registriert. Trotz der sinkenden Zahlen warnt die Linkspartei davor, von einem "Trend" auszugehen.	https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2021-08/bundesinnenministerium-islamfeindlichkeit-rechtsextremismus-straftaten-rueckgang
9	Bayern	Neustadt an der Eisch	06.09.2021	NEGATIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Präsident des Deutschen Bundestages, Dr. Wolfgang Schäuble	Muslimin	Dr. Wolfgang Schäuble, Präsident des Deutschen Bundestages, sprach auf dem von der Deutschen Atlantischen Gesellschaft e.V. am 6. September 2021 veranstalteten Symposium "Die euro-atlantische Perspektive Bosniens und Herzegowinas" davon, dass "der Zerfall des Staates Bosnien und Herzegowina eine muslimische Insel mit erheblichem Konfliktpotenzial und ständigem Unruheherd schaffen würde".	https://pangea-netzwerk.de/oeffentliche-stellungnahme-des-netzwerks-bzgl-des-symposiums-die-euroatlantische-perspektive-bosnien-und-herzegowinas
10	Landesweit	Landesweit	22.09.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bundestag	Muslimin	Strengere Vorschriften gegen Extremismus und Missbrauch: Die Bundesregierung will Extremismus und Missbrauchsdelikte in Zukunft abschaffen. Werden so genannte "Feindeslisten" veröffentlicht, können in Zukunft Haftstrafen von bis zu drei Jahren verhängt werden. Die Beleidigung von Juden und Muslimen würde härter bestraft werden.	https://www.trtdeutsch.com/politik-inland/bundestag-strengere-regeln-gegen-extremismus-und-missbrauch-6669229

11	Berlin	Berlin	24.09.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Berliner Polizei	Göçmen- ler	<p>Ein Mann, der eine Beschwerde gegen die Polizei eingereicht hatte, hat Recht bekommen. Die Berliner Polizeibehörde entschuldigte sich offiziell für ihr Verhalten gegenüber Syed N. Zum ersten Mal hat die Berliner Polizei zugegeben, dass ihre Beamten einen Bürger rassistisch diskriminiert haben. Die Behörden entschuldigten sich daher schriftlich bei dem jungen Mann afghanischer Herkunft.</p>	<p>https://www.welt.de/politik/deutschland/article233996350/Eska-lierte-Kontrolle-Berliner-Polizei-gibt-erstmal-Racial-Profilng-zu-und-entschuldigt-sich.html</p>
12	Nord- rhein- Westfalen	Bergheim	26.09.2021	NEGATIV	Wahlrecht	Wahllokal	Muslimin	<p>Mindestens zwei Frauen wurden angeblich von Wahlbeamten daran gehindert, in einem Wahllokal in Bergheim zu wählen, weil sie ein Kopftuch trugen. Dies kam ans Licht, als eine der Frauen, die nicht wählen durften, den Vorfall in den sozialen Medien publik machte. Der Wahlausschuss erklärte, dies sei ein "Missverständnis". Es hieß, sie sei wegen ihres Kopftuches "nicht identifiziert" worden. Der Staat bestreitet eine rassistische Motivation.</p>	<p>https://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl/als-missverstaendnis-abgetan-frauen-mit-kopftuch-wurde-in-bergheim-das-waehlen-verwehrt-wahlvorstand-redet-sich-mit-burka-verwechslung-heraus-id_24286375.html</p>

13	Hessen	Hanau	07.10.2021	-	Gerechte Beurteilung	Staatsanwaltschaft	Muslimin	Der Vater des Hanauer Attentäters bezeichnete die Teilnehmer an einer antirassistischen Demonstration als "wilde Ausländer". Er wurde zu einer Geldstrafe von 5400 Euro verurteilt, obwohl der Staatsanwalt eine höhere Strafe gefordert hatte.	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/beleidigung-in-drei-fallen-geldstrafe-fur-vater-des-hanau-attentaters-6799932
14	Nordrhein-Westfalen	Köln	08.10.2021	POSITIV	Religionsfreiheit	Stadtverwaltung Köln	Muslimin	Dank eines Modellprojekts in Köln können Muezzine künftig den Gebetsruf zum Freitagsgebet rufen. Oberbürgermeisterin Henriette Reker sagte, die Muslime seien "ein fester Bestandteil der Kölner Gesellschaft".	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/gebetsruf-koeln-startet-modellprojekt-6808179
15	Nordrhein-Westfalen	Köln	16.10.2021	NEGATIV	Religionsfreiheit	Zentralrat der Ex-muslime	Muslimin	Eine Gruppe von Demonstranten protestierte auf Aufruf des Zentralrats der Ex-Muslime gegen den Gebetsruf des Muezzins vor der DITIB-Zentralmoschee in Köln. Ein Mitglied der von einer iranischen Frau gegründeten Organisation behauptete, dies falle nicht in den Bereich der Religionsfreiheit.	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/kein-muezzin-ruf-in-koeln-ex-muslime-demonstrieren-vor-moschee-6876635

16	Berlin	Berlin	18.10.2021	NEGATIV	Arbeitsrecht	Berliner Gesamtschule	Muslimin	<p>In einem Interview mit der Webseite IslamiQ erklärte eine Berliner Muslimin, dass sie ihren Bundesfreiwilligendienst an der Fritz-Karsen-Schule nicht fortsetzen dürfte. Sie gab an, dass sie nicht als Freiwillige zugelassen wurde, weil sie ein Kopftuch trug. Sie berichtete, dass sie nach drei monatiger Dienstzeit von der Schulleitung vorgeladen wurde und ihr mitgeteilt wurde, dass sie während ihres Bundesfreiwilligendienstes ihr Kopftuch ablegen oder sich eine andere Stelle suchen müsse. Sie sagte, dass die Schule die Rassismusbewertung bestreite und behauptete sie sich an das Neutralitätsgesetz zu halten.</p>	<p>https://www.islamiq.de/2021/10/28/berliner-schule-stellt-muslimin-vor-die-wahlkopftuch-oder-be-ruf/?fbclid=IwAR1eL-CohishR_zpC7UzzxWPDX3dr2mJy2C5BMAdeJdAHWOi4blCfsdo52AG</p>
----	--------	--------	------------	---------	--------------	-----------------------	----------	---	--

17	Berlin	Berlin	30.11.2021	POSITIV	Arbeitsrecht	Deutsche Regierung	Muslim:in	<p>Das "Neutralitätsgesetz" des Berliner Arbeitsgerichts aus dem Jahr 2005 bereitet vielen kopftuchtragenden Lehrerinnen, Juristinnen und Angestellten Probleme am Arbeitsplatz. SPD, Linke und Grüne erklärten, wenn das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das allgemeine Kopftuchverbot aufhebe, werde auch das Neutralitätsgesetz aktualisiert. Während die SPD seit Jahren versucht, das Neutralitätsgesetz aufrechtzuerhalten, wollen vor allem die Grünen dieses Gesetz, das zu einer rassistischen Diskriminierung muslimischer Frauen führt, abschaffen.</p>	<p>https://www.migazin.de/2021/11/30/berliner-neutralitaetsgesetz-koalition-aere-kopftuchurteil/?utm_source=dvr.it&utm_medium=facebook&fbclid=IwAR2MD-JyoPTz9zxCKrYAno-3pa7EK6YcNaVdye0_c50b5iYvKHsIL0bJBlueg</p>
----	--------	--------	------------	---------	--------------	--------------------	-----------	--	--

18	Baden-Württemberg	Rastatt	06.12.2021	NEGATIV	Recht auf Einbürgerung	Stadtverwaltung Rastatt	Muslimin	<p>In Rastatt, Deutschland, wurde der Antrag einer Muslima auf Einbürgerung abgelehnt. Am 5. September 2019 wurde einer Frau, die die deutsche Staatsbürgerschaft beantragt hatte, die Einbürgerung verweigert. Der Antrag der Muslimin auf Staatsbürgerschaft wurde abgelehnt, weil sie bei der Einreichung ihrer Antragsunterlagen einem männlichen Beamten nicht die Hand gegeben hatte. Das Amt für Zuwanderung, Integration und Recht der Stadt Rastatt erklärte am 21. November 2021, dass die Weigerung, einem Mann die Hand zu geben, mit der deutschen Lebensart und den deutschen Werten unvereinbar sei. Nach dem Urteil des Verwaltungsgerichts Baden-Württemberg aus dem Jahr 2020 wurde das Nichtschütteln der Hände von Beamten als gültiger Grund für die Verweigerung der Staatsbürgerschaft angeführt.</p>	<p>https://www.islamiq.de/2021/12/06/rastatt-muslimin-wird-einbuergung-verweigert/</p>
----	-------------------	---------	------------	---------	------------------------	-------------------------	----------	--	--

19	Nieder- sachsen	Bersen- brück	06.12.2021	POSITIV	Rassis- mus/ Diskrimi- nierungs Verbot	Landgericht Bersenbrück	Muslim:in	Das Amtsgericht Bersenbrück hat einen 70-jährigen Arzt aus Bramsche wegen Volksverhetzung zu einer Geldstrafe von 15.000 Euro verurteilt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft hatte der Mann in einer Gruppe des sozialen Netzwerks Facebook anti-islamische und anti-muslimische Beiträge veröffentlicht.	https://www.noz.de/lokales/samtgemeinde-bersenbrueck/artikel/2499631/bramscher-arzt-und-afd-mitglied-wegen-volksverhetzung-verurteilt
20	Nieder- sachsen	Hildesheim	08.12.2021	-	Frei- heit und Sicherheit des Indi- viduums	Hildesheimer Gericht	Muslim:in	Ein 23-jähriger Einwohner von Hildesheim in Deutsch- land wurde angeklagt, einen Terroranschlag gegen Muslime geplant zu haben. Nach der Entscheidung des Bundesgerichtshofs (BGH) wurde der Angeklag- te freigelassen, weil nicht bewiesen werden konnte, ob er tatsächlich einen solchen Anschlag versucht hatte.	https://www.wolfsburger-nachrichten.de/niedersachsen/article234043563/Terror-Freispruch-von-Hildesheim-rechtskraefig.html?fbclid=IwAR2tZ4c-6mKxn3km_niK8GXBJ-hebBsOxdXjiA8GVtP-CUSuG9ka_jpwBDbbw

24	Bayern	Bundesweit	05.12.2021	NEGATIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bayrischer Landtag	Muslimin	<p>In Bayern sind anti-islamische und anti-muslimische Nachrichten von Mitgliedern der AfD bekannt geworden. In der fraglichen Chatgruppe sind elf der zwölf Abgeordneten der AfD sowie zahlreiche Mitglieder der Landespartei vertreten. Während die Sozialdemokraten (SPD) Ermittlungen gegen die Personen in der Chatgruppe fordern, in der es unter anderem heißt "Lasst Schweineköpfe vor Moscheen", spricht sich CSU-Innenminister Joachim Herrmann dafür aus, nur gegen einige Abgeordnete zu ermitteln.</p>	<p>https://www.islamiq.de/2021/12/05/bayerische-afd-wegen-rassistischer-chat-inhalte-und-ter-druck/?fbclid=IwAR2ADJkijWuAq3PFD_aTQ1Sksv1HN67NA8A-mygrDs6eFSDes-V8d01bvkt0U</p>
25	Niedersachsen	Bersenbrück/ Bramsche	06.12.2021	POSITIV	Hate-speech/ Drohung	Landgericht Bersenbrück	Muslimin	<p>Ein 70-jähriger Arzt aus Bramsche, Deutschland, der Mitglied der AfD ist, wurde wegen Beschimpfung der muslimischen Gemeinschaft verurteilt. In einer Facebook-Gruppe machte er ähnliche Aussagen, dass Muslime und der Islam nicht zu Deutschland gehören. Der Arzt, der wegen Beleidigung der Öffentlichkeit angeklagt war, wurde zu einer Geldstrafe von 15 000 Euro verurteilt.</p>	<p>https://www.noz.de/lokales/samtgemeinde-bersenbrueck/article/2499631/bramscher-arzt-und-afd-mitglied-wegen-volksverhetzung-verurteilt?fbclid=IwAR2z8k5GQVF3nmHNMsfY987haowEriN_F96e8GGPvP4zeczRpWINfF5wnRbl</p>

26	Bundesweit	Bundesweit	18.06.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bundesregierung	Muslim:in	<p>Nach dem Hanauer Anschlag im Februar 2020 wurde am 1. Juli 2021 auf Vorschlag des CDU-Politikers Walter Lübcke das "Gesetz zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Hasskriminalität" erlassen. Die Strafen, insbesondere bei Fahrlässigkeit der verantwortlichen Behörden wurden verschärft. Zuvor hatte die Bundesregierung einen umfassenden Maßnahmenkatalog mit 89 Maßnahmen zur Bekämpfung von Rechtsextremismus und Rassismus beschlossen. Ziel des Kataloges war es, das Bewusstsein für Rassismus und Antisemitismus zu stärken sowie die Optimierung der Zusammenarbeit zwischen der Polizei, der Justiz und der Zivilgesellschaft sowie den Opferschutz zu verbessern.</p>	<p>https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw25-de-rechtsextremismus-701104</p>
----	------------	------------	------------	---------	--	-----------------	-----------	--	--

27	Nord- rhein- west- fälischer Landtag	Nordrhein- west- fälischer Landtag	04.02.2021	NEGATIV	Arbeits- recht	Kuzey Ren- vestfalya Eyalet Parla- mentosu	Muslimin	Am 4. März 2021 verabschiedete der nordrhein-westfälische Landtag einen Beschluss, der das Tragen von religiösen Symbolen wie Kopftüchern oder Kreuzen für Richter:innen, Staatsanwältinnen und Justizangestellte verbietet. Die Entscheidung, Kopftücher und andere religiöse Symbole unter Berufung auf den Grundsatz der Neutralität zu verbieten, lässt den vermuten, dass dieser Beschluss vor allem kopftuchtragende Musliminnen betreffen wird.	https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07_cp210128en.pdf
28	Bundes- weit	Bundesweit	09.05.2021	NEGATIV	Arbeits- recht	Bundesregie- rung	Muslimin	Im April 2021 verabschiedete der Bundestag ein neues Gesetz zum "Erscheinungsbild von Beamten und Polizisten". Anlass hierfür war ein verfassungswidriges Tattoo eines Berliner Polizeibeamten. Das neue Gesetz wurde jedoch um folgende Verbote erweitert: Neben Tattoos, Piercings, Bärten und Körperschmuck für Beamten:innen wurden auch „sichtbare“ religiöse Symbole wie z.B. das muslimische Kopftuch genannt.	https://taz.de/Neue-Regeln-fuer-Beamten-15766123/

29	Berlin	Berlin	19.02.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Berlin Eyaleti	Muslimin	<p>Als eine weitere positive Entwicklung kann die Einsetzung einer Expertinnenkommission für anti-muslimischen Rassismus durch das Land Berlin am 19. Februar 2021 vermerkt werden. Berlin hat als erstes Bundesland eine Expertinnenkommission für anti-muslimischen Rassismus eingesetzt. Die Einsetzung einer solchen Kommission zum Jahrestag des rassistisch motivierten Terroranschlags im hessischen Hanau am 19. Februar 2020 kann daher als eine wichtige und positive Entwicklung gewertet werden.</p>	<p>https://www.tagesspiegel.de/berlin/reaktion-auf-anschlag-in-hanau-berlin-gruendet-expertenkommission-gegen-anti-muslimischen-rassismus/26930256.html</p>
30	Bundesweit	Bundesweit	11.03.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bundesregierung	Muslimin	<p>Eine weitere positive Entwicklung war die Ankündigung der Bundesinnenministerin Nancy Faeser, die den 11. März als "nationalen Gedenktag für die Opfer terroristischer Gewalt" ausgerufen hat. "Der Staat schuldet den Angehörigen der Hanauer Opfer eine transparente und gründliche Aufklärung der Hintergründe des Anschlags", sagte Faeser und gab damit einen Hoffnungsschimmer für die Wiederherstellung des im öffentlichen Bewusstsein verletzten Gerechtigkeitsgefühls.</p>	<p>https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw07-de-aktuelle-stunde-hanau-881036</p>

31	Bundesweit	Bundesweit	19.01.2022	POSITV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bundesregierung	Muslim:in	<p>In einem Interview mit der Süddeutschen Zeitung positionierte die Bundesinnenministerin Faeser zum Islam: „Der Islam gehört selbstverständlich zu Deutschland, er ist seit Jahrzehnten Teil des kulturellen Lebens“. Mit ihrer neuen Einwanderungspolitik wolle sie Deutschland zu einem "Land der guten Integration" machen, so Faeser.</p>	<p>https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/nachy-faeser-islam-migrationspolitik-islamismus-einwanderung-integration</p>
----	------------	------------	------------	--------	--	-----------------	-----------	---	--

32	Bundesweit	Bundesweit	03.05.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bundesregierung	Muslimin	<p>Die wachsende Zahl rechtsextremer Vorfälle innerhalb der „Kommando Spezialkräfte“ und die Entdeckung eines geheimen Waffenlagers innerhalb dieser vergrößerte die Sorgen der Öffentlichkeit. Die damalige Verteidigungsministerin Kramp-Karrenbauer hatte zum Ziel, die Einheiten unter Kontrolle zu bekommen. Ein Sprecher des Verteidigungsministers kündigte an, er werde konkrete strukturelle Maßnahmen entwickeln, um "schneller, stärker und vor allem nachhaltiger gegen Extremismus im Kommando Spezialkräfte vorzugehen". Das Ministerium kündigte außerdem an, dass das Gesetz geändert werden müsse, um die Beschäftigung von Soldaten bei Vorliegen konkreter Beweise schnell beenden zu können. Zudem wurde im Jahr 2020 ein Teil der umstrittenen KSK-Einheit wegen Rechts-Extremismus vom Ministerium aufgelöst.</p>	<ul style="list-style-type: none"> • https://www.tagesschau.de/inland/ksk-pruefung-rechtsextremismus-101.html
----	------------	------------	------------	---------	--	-----------------	----------	---	---

33	Bundesweit	Bundesweit	01.06.2021	POSITV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Frankfur Polisi	Muslim:in	<p>Als Ergebnis einer Untersuchung im Juni 2021 wurde gegen 49 Polizist:innen in der Polizeidirektion Frankfurt eine Verwaltungsuntersuchung wegen rassistischer Äußerungen eingeleitet und sie vom Dienst suspendiert. Es stellte sich heraus, dass 16 von ihnen Polizeibeamt:innen waren, die während des Hanauer Anschlags im Dienst waren. In einem anderen Beispiel beschloss die Bundesregierung, vier deutsche Soldaten von einem NATO-Einsatz in Litauen abzuziehen, nachdem sie antisemitische und rechtsextreme Hassreden gehalten hatten.</p>	https://www.ft.com/content/13d40fe5-91b5-488c-804f-bd154c2be279
----	------------	------------	------------	--------	--	-----------------	-----------	--	---

34	Bundesweit	Bundesweit	23.09.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Bundesregierung	Muslim:in	<p>Hatespeech auf sozialen Medien und im Internet ist nach wie vor ein großes Problem. Diesbezüglich wurde am 22. September 2021 ein Gesetz erlassen, welches als ein positiver Schritt zu bewerten ist. Mit der Änderung des Strafgesetzes wurden die Strafen und der Anwendungsbereich der "Beleidigung und Volksverhetzung (§ 192a StGB) und der Hassrede gegen die Religion, ethnische Herkunft oder weltanschauliche Ausrichtung erweitert. Nach geltendem Recht waren Beleidigung und Verleumdung bereits strafbar, aber der Umfang der Straftat in Bezug auf Äußerungen, die die Würde Anderer angreifen, war im Gesetz nicht klar.</p>	<p>https://www.bmj.de/SharedDocs/Artikel/DE/2021/0921_Neue_Strafvorschriften.html</p>
----	------------	------------	------------	---------	--	-----------------	-----------	--	--

35	Bundesweit	Bundesweit	08.05.2021	POSITV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Federal Meclis	Muslim:in	<p>Mai 2021 hat der Bundestag das umstrittene Netzwerkdurchsetzungsgesetz (NetzDG) geändert, um Fälle von Hatespeech im Internet besser zu bekämpfen. So wurde das umstrittene NetzDG, das die Rechte der Nutzer:innen stärken und das Vorgehen gegen Hatespeech im Internet verbessern soll, überarbeitet. Obwohl einige Parteien und zivilgesellschaftliche Organisationen das Gesetz als Einschränkung der Meinungsfreiheit kritisiert haben, soll das Gesetz Hassreden regulieren. Sie fordert Online-Plattformen mit mehr als zwei Millionen registrierten Nutzern, wie Facebook, Twitter oder YouTube auf, ihre sozialen Netzwerke auf Hass-Beiträge zu prüfen und diese gegebenenfalls zu löschen.</p>	<p>https://www.euractiv.de/section/innovation/news/bundestag-verabschiedet-gesetzesnovelle-zu-hate-speech-im-internet/?_ga=2.250568518.1134324484.1630074328-860849585.1618486950</p>
----	------------	------------	------------	--------	--	----------------	-----------	---	--

36	Bundesweit	Bundesweit	26.11.2021	POSITIV	Rassismus/ Diskriminierungs Verbot	Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma	Muslim:in	<p>Eine weitere positive Entwicklung ist, die Ankündigung der Bundesregierung neben der Anlaufstelle gegen Antisemitismus auch Anlaufstellen zur Bekämpfung des Rassismus gegen Sinti:zze und Rom:nja einzurichten. "Der Rat begrüßt, dass der Entwurf des Koalitionsvertrages zwischen SPD, Grünen und FDP den Antiziganismus als gesamtgesellschaftliches Anliegen in den Mittelpunkt stellt", so der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma zur Erwähnung des Antiziganismus im Koalitionsvertrag. Es ist jedoch bemerkenswert, dass keine Meldestelle für antimuslimischen Rassismus gegründet wird. Das Fehlen einer Anlaufstelle für antimuslimischen Rassismus kann als Hinweis dafür gewertet werden, dass sich die neue Regierung noch nicht ausreichend mit den wachsenden antimuslimischen Ressentiments und Gewalt auseinandergesetzt hat.</p>	<p>https://zentralrat.sinti-undroma.de/koalitionsvertrag-nimmt-antiziganismus-in-den-blick/</p>
----	------------	------------	------------	---------	--	---	-----------	---	--

2. CHRONOLOGISCHE ANORNUNG DER GEMELDETEN FÄLLE

Die in der folgenden Tabelle aufgeführten Vorfälle von Rechtsverletzungen basieren auf Medienrecherchen und erheben nicht den Anspruch, alle Angriffe, Gewalttaten und sonstige Menschenrechtsverletzungen zu beinhalten. Dennoch ermöglicht die Tabelle zusammenfassend einen allgemeinen Überblick über die Arten von Übergriffen, denen Muslim:innen in ihrem Alltag in Deutschland ausgesetzt sind.

Diese Tabelle und das allgemeine Monitoring sowie die Dokumentation von Rechtsverletzungen sind von großer Bedeutung, um das Bewusstsein für Rechte von Minoritäten zu stärken und um auf die Herausforderungen innerhalb der Gesellschaft aufmerksam zu machen.

	BUNDES- LAND	STADT	DATUM	MOTIV	ANGRIFF	ZIELGRUPPE	BESCHREIBUNG DES VORFALLS	QUELLENLINK
1	Bayern	Sont- heim	01.01.2021	Religion	Angriff auf religiöse Ein- richtungen	Muslim:in	Die Fenster der DITIB-Fatih-Moschee in Sontheim, Deutschland, wurden von unbekanntem Tätern eingeschlagen.	https://brandeilig.org/scheiben-einer-moschee-in-sontheimer-eingeschlagen/
2	Nieder- sachsen	Vechta	03.01.2021	Religion	Hassverbre- chen	Muslim:in	In der Bait-ul-Qaadir-Moschee in Vechta, Deutschland, wurde ein Schweinekopf abgelegt.	https://brandeilig.org/totes-schwein-vor-moschee-in-vechta-abgelegt/
3	Hessen	Wäch- tersbach	04.01.2021	Religion	Hassverbre- chen	Muslim:in	Die DITIB-Zentralmoschee in Wächtersbach erhielt von einem unbekanntem Absender einen Drohbrief mit rechtsradikalen Äußerungen und Symbolen wie Hakenkreuzen. Die Polizei leitete eine Ermittlung ein.	https://www.gnz.de/region/waechtersbach/es-ist-ein-angriff-auf-unser-friedliches-zusammenleben-NE1420618
5	Nieder- sachsen	Hanno- ver	22.01.2021	Religion	Hassverbre- chen	Muslim:in	In der DITIB-Moschee in Hannover, Deutschland, wurde ein Drohbrief mit rassistischen Äußerungen hinterlassen.	https://brandeilig.org/rassistischer-brief-an-moschee-in-hannover/
6	Rheinland- Pfalz	Neuwied	25.01.2021	Religion	Hassverbre- chen	Muslim:in	Laut Bundestagsdrucksache Nr. 19/29988 wurde am 25. Januar 2021 eine islamophobe Straftat gegen eine Moschee/Religionsstätte in Neuwied begangen. An die Moschee wurde ein Drohbrief gesandt. Der Fall wurde gemäß Artikel 126 des Strafgesetzbuches "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten" registriert. Dementsprechend kann eine Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden.	https://brandeilig.org/stoerung-des-oeffentl-friedens-durch-androhung-von-straftaten-in-neuwied/

7	Hessen	Frankfurt	27.01.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	Am 27. Januar 2021 gegen 05:20 Uhr wurde ein Brandanschlag auf eine Moschee der IGMG/Islamrat im Stadtteil Frankfurt-Höchst verübt. Der Angreifer versuchte die Moschee von innen in Brand zu setzen. Das Feuer konnte eingedämmt werden bevor es auf andere Gebiete übergreifen konnte. Die Polizei wurde informiert.	https://brandellig.org/brandanschlag-auf-moschee-in-frankfurt/
8	Nordrhein-Westfalen	Ennepetal	08.02.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Turkin	Ein türkischstämmiger Vater und seine Tochter wurden in Ennepetal physisch angegriffen. Die junge Frau hatte nach einem Streit mit ihren Freunden die Polizei gerufen und wurde von der Polizei gewaltsam angegriffen und schwer verletzt. Die betroffenen Personen wurden Berichten zufolge auch von der Polizei bedroht.	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/nrw-minderjahrig-turkin-vater-von-polizei-verprugelt-4387853
9	Nordrhein-Westfalen	Herford	15.02.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Laut Bundestagsdrucksache Nr. 19/31846 wurde am 15. Februar 2021 eine islamfeindliche Straftat gegen eine Moschee/Religionsstätte in Herford begangen (dem Bericht zufolge handelt es sich um eine Beleidigung). Der Fall wurde gemäß Artikel 185 des Strafgesetzbuches unter der Kategorie "Beleidigung" registriert. Dementsprechend kann eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr oder eine Geldstrafe verhängt werden.	https://brandellig.org/moscheeangriff-in-herford-2/

10	Hamburg	Hamburg	19.02.2021	Religion	Angriff auf Person	Muslimin	In Hamburg, Deutschland, bespuckte eine 51-jährige Frau eine junge Muslimin mit Kopftuch, machte rassistische Bemerkungen und zog gleichzeitig an ihrem Kopftuch. Der Vorfall wurde vor Gericht gebracht. Die Täterin wird wegen Volksverhetzung angeklagt.	https://www.24hamburg.de/hamburg/rassismus-attacke-an-griff-hamburg-muslima-schleier-nigab-islam-islamismus-prozess-rassism-glockengieserwall-an-klage-gericht-polizei-muslimin-90198107.html
11	Hessen	Frankfurt	03.03.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	Es fand ein Angriff auf die Ehl-i Bayt-Moschee (IGMG) in Frankfurt statt. Die Moschee wurde von Unbekannten mit zwei etwa 30 cm großen Hakenkreuzen beschmiert. Die Polizei ermittelt wegen des Verdachts der Verwendung von Symbolen verfassungswidriger Organisationen.	https://brandeilig.org/erneut-hakenkreuzschmiererei-an-moschee-in-frankfurt/
12	Hessen	Frankfurt	15.03.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	Es gab einen Anschlag auf die DITIB-Zentralmoschee in Frankfurt. Unbekannte beschädigten das Dach vor dem Eingang der Moschee mit Glasflaschen. Es entstand ein materieller Schaden.	https://brandeilig.org/schmiererei-an-moschee-in-stuttgart/
13	Baden-Württemberg	Stuttgart	19.03.2021	PKK-Terror	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	In Stuttgart wurde die Masjid al-Aqsa Moschee (DITIB) angegriffen. Unbekannte Täter beschriebenen die Fenster der Moschee mit "PKK". Die Polizei wurde verständigt. Eine Ermittlung zu diesem Vorfall wurde eingeleitet.	https://brandeilig.org/schmiererei-an-moschee-in-stuttgart/

14	Hessen	Kassel	27.03.2021	PKK-Terror	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	Auf die Außenfassade der Yunus-Emre-Moschee (Muhsin-Yazicioglu-Kulturzentrum) wurden Schriftzüge mit Malerfarben geschrieben. Unbekannte Täter beschreiben die Wand mit "PKK", "YPG" und "ANTIFA".	https://brandeilig.org/schmiererei-an-moschee-in-kassel-3/
15	Hamburg	Hamburg	01.04.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Nicht-Türkisch	In einem Interview mit der Zeitung TAZ berichtete der 17-jährige Musa Farhan, dass er im April auf der Straße unterwegs war und auf die andere Straßenseite wechselte, als er die Polizei sah. Daraufhin griff die Polizei den 17-jährigen Jugendlichen an. Farhan erzählte im Interview über den Vorfall: "Abends bin ich wieder rausgegangen, ich wollte in den Supermarkt, ich hatte Flip Flops, Shorts und Kopfhörer in den Ohren. Zwei Polizisten kamen auf mich zu. Ich habe das getan, was ich immer tue: Ich bin ihnen aus dem Weg gegangen, sie kamen mir hinterher und hielten mich auf. Sie sagten, ich hätte die Straße in auffälliger Weise überquert. Sie fragten mich nach meinen persönlichen Daten, ich musste meine Taschen ausleeren, sie sagten, sie suchten nach Leuten, die nicht von hier sind, sie überprüften, wo ich mich aufhielt, fragten wo ich wohnte und wo ich geboren wurde". Farhan erklärte, dass die Beamten aus rassistischen Motiven gehandelt hätten.	https://taz.de/17-jaehriger-ueber-Rassismus/!5804207/

16	Niedersachsen	Hildesheim	03.04.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	Die Fenster der DITIB-Selimiye-Moschee wurden eingeschlagen. Ein Angreifer warf einen Stein gegen das Fenster der Moschee. Der Angriff wurde von der Überwachungskamera der Moschee aufgezeichnet. Es ist ein Sachschaden entstanden. Die Polizei nahm daraufhin eine Ermittlung auf.	https://www.welt.de/politik/deutschland/article229783243/Hildesheim-Unbekannter-wirft-mit-Stein-Fenster-von-Ditib-Moschee-ein.html
17	Nordrhein-Westfalen	Düsseldorf	21.04.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	Die DITIB-Zentralmoschee in Düsseldorf wurde mit Graffiti beschriftet. Die Täter beschrifteten alle Außentüren der Moschee mit schwarzer Sprühfarbe.	https://brandellig.org/schmiererei-an-duessel-dorfer-moschee/
18	Hessen	Wächtersbach	23.04.2021	Religion	Hassverbrechen	Turkin	Die DITIB-Moschee in Wächtersbach erhielt einen Drohbrief von Rechtsextremisten. Der Brief enthielt neben Hakenkreuzen auch Drohungen wie: "Du wirst nicht mehr in Sicherheit sein."	https://brandellig.org/rechtsextremistischer-drohbrief-an-moschee-in-waechtersbach/
19	Hamburg	Hamburg	28.04.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Am 28. April 2021 wurde in einer Moschee in Hamburg eine islamfeindliche Straftat begangen (Bundestagsdrucksache 19/31846). Der Fall wurde gemäß Paragraph 303 des Strafgesetzbuches "Sachbeschädigung" registriert. Dementsprechend kann eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden.	https://brandellig.org/sachbeschaeedigung-in-hamburg-3/

20	Bayern	Nürnberg	06.05.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	<p>Wie aus der Bundestagsdrucksache Nr. 19/31846 hervorgeht, wurde am 6. Mai 2021 eine islamfeindliche Straftat in einer Moschee in Nürnberg begangen. Der Fall wurde gemäß Paragraph 126 des Strafgesetzbuches "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten" registriert. Die Straftat wird mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet.</p>	<p>https://brandeilig.org/stoerung-des-oeffentlichen-friedens-durch-androhung-von-straftaten-in-nuernberg/</p>
21	Schleswig-Holstein	Neumünster	09.05.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	<p>Vor der Ulu Moschee (DITIB) wurden Schüsse mit einer Schreckschusspistole abgefeuert. Die Gemeinde bat eine unbekannte Person, die vor der Moschee laut Musik hörte, die Musik abzustellen. Dies führte zu einem Streit zwischen der betreffenden Person und der Gemeinde. Nach kurzer Zeit ging die Person weg. Allerdings kam die Person kurze Zeit später mit einer Pistole zurück und feuerte 4-5 Schüsse ab. Die Polizei nahm den Täter daraufhin fest, ließ ihn jedoch nach einigen Stunden wieder frei.</p>	<p>https://twitter.com/DITIBAds/status/1398343626867023880</p>

22	Nordrhein-Westfalen	Essen	10.05.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Laut Bundestagsdrucksache 19/31846 wurde am 10. Mai 2021 eine islamophobe Straftat in einer Moschee in Essen begangen (Drohbrief). Der Fall wurde gemäß Paragraph 126 des Strafgesetzbuches unter der Kategorie "Störung des öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten" registriert. Die Straftat wird mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet.	https://brandeilig.org/stoerung-des-oeffentlichen-friedens-durch-androhung-von-straftaten-in-essen/
23	Nordrhein-Westfalen	Duisburg	14.05.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	Am zweiten Tag des Eid al-Fitr (Ramadanfest), dem 14. Mai 2021, erhielt die DITIB-Muradiye-Moschee in Duisburg einen Brief mit beleidigendem Inhalt von der Prinz-Eugen-Gruppe (PEG).	https://brandeilig.org/beleidigender-brief-an-moschee-in-duisburg-2/
24	Hessen	Gallus	17.05.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Turkin	Eine türkischstämmige, geistig beeinträchtigte Person wurde in Frankfurt Opfer von Polizeigewalt. Fatih Zingal, der Anwalt des Opfers, sagte in einem Interview mit TRT Deutsch, dass solche Einsätze das Vertrauen der Deutsch-Türken gegenüber der Polizei mindern.	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/polizeigewalt-gegen-psychisch-erkrankten-opfer-anwalt-fordert-konsequenzen-5475398

25	Nordrhein-Westfalen	Dortmund	17.05.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	<p>In der DITIB-Moschee in Scharnhorst (Dortmund) kam es zu einem Messerangriff. Der mutmaßliche Täter wurde vom Vorsitzenden der Gemeinde aufgehalten, als er versuchte die Moschee zu betreten. Anschließend versuchte der Täter den Vorsitzenden mit einem weiteren Messer zu verletzen. Der Angreifer wurde von der Polizei gefasst.</p>	<p>https://www.islamiq.de/2021/05/19/messerangriff-auf-moschee-in-scharnhorst/</p>
26	Berlin	Berlin	19.05.2021	Rassistisch motiviert	Auslandsvertretung	Turkin	<p>Die Geschäftsstelle von TRT Deutsch in Berlin erhielt einen Drohbrief von einer Organisation namens "Prinz Eugen Gruppe" (PEG) angesichts der Nachrichten von TRT Deutsch zugunsten Palästinas. TRT Deutsch, das zur Zielscheibe von Rassisten wurde, steht seit langem im Visier etablierter Medienkonzerne und Journalisten in Deutschland. Wie auch in den beiden Drohbriefen der Prinz Eugen Gruppe im Jahr 2020 wurden rassistische Parolen gegen Muslime und Beleidigungen gegen den türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdoğan geäußert.</p>	<p>https://www.trtdeutsch.com/news-inland/dritter-drohbrief-trt-deutsch-erneut-zielscheibe-von-rassisten-5494291</p>

27	Nordrhein-Westfalen	Herford	02.06.2021	Religion	Hassverbrechen	Muslim:in	Laut Bundestagsdrucksache 19/29988 wurde am 17. Februar 2021 eine islamfeindliche Straftat gegen eine Moschee/Religionsstätte in Herford begangen. Der Fall wurde gemäß Paragraph 185 "Beleidigung" des Strafgesetzbuches registriert. Nach dem Strafgesetzbuch (StGB) wird diese Straftat mit einer Freiheitsstrafe von einem bis zwei Jahren oder einer Geldstrafe geahndet.	https://brandellig.org/moscheeangriff-in-herford/
28	Nordrhein-Westfalen	Wuppertal	04.06.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Laut Bundestagsdrucksache Nr. 19/31846 kam es am 4. Juni 2021 zu einer islamfeindlichen Straftat gegen eine Moschee/Religionsstätte in Wuppertal. Der Fall wurde gemäß Paragraph 303 des Strafgesetzbuches "Sachbeschädigung" registriert. Dementsprechend kann eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden.	https://brandellig.org/sachbeschaeDIGung-in-wuppertal/
29	Baden-Württemberg	Konstanz	06.06.2021	PKK-Terror	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	Die DITIB-Moschee wurde Ziel von Graffiti-Schmierereien. Zwei unbekannte Täter beschmierten die Außenwand der Moschee mit Parolen der YPG.	https://www.suedkuerier.de/region/kreis-konstanz/konstanz/schmierereien-an-konstanzer-moschee-ge-meindevorsitzender-zeigt-sich-erschuettert-stadtraetin-zahide-sarikas-befuerchtet-stigmatisierung-von-kurden;art:372448,10826685

30	Nordrhein-Westfalen	Marxloh	13.06.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	In der Duisburger Marxloh-Moschee der IGMG ist ein Feuer ausgebrochen. Das Feuer breitete sich von Mülltonnen aus. Die Polizei ermittelt.	https://www.islamiq.de/2021/06/13/feuer-in-der-duisburger-marxloh-moschee/
31	Baden-Württemberg	Wangen	13.06.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Laut Bundestagsdrucksache 19/31846 wurde am 13. Mai 2021 eine islamfeindliche Straftat gegen eine Moschee/Religionsstätte in Wangen begangen. Der Fall wurde gemäß Paragraph 303 "Sachbeschädigung" des Strafgesetzbuches registriert. Dementsprechend kann eine Freiheitsstrafe von bis zu zwei Jahren oder eine Geldstrafe verhängt werden.	https://brandeilig.org/sachbeschaeedigung-in-wangen/
32	Schleswig-Holstein	Lübeck	06.07.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Turkin	Eine vierköpfige türkischstämmige Familie, die in Lübeck lebt, wurde Opfer eines Gasangriffs. Der Vater und seine beiden Kinder wurden verletzt. Nach Angaben der Polizei liegt ein "fremdenfeindliches Motiv" vor.	https://www.trtdeutsch.com/news-in-land/angriff-auf-turkisch-stammige-familie-fremdenfeindliches-motiv-5966604
33	Berlin	Berlin	07.07.2021	Religion	Angriff auf Person	Muslim:in	Eine muslimische Frau wurde in Berlin mit einem Aschenbecher beworfen. Der 43-jährige Mann schrie lautstark von seinem Balkon aus und warf anschließend einen Aschenbecher nach der vorbeigehenden kopftuchtragenden Frau, weil er keine Ausländer möge.	https://www.trtdeutsch.com/news-in-land/rassismus-in-berlin-muslimin-mit-aschenbecher-beworfen-5976171

34	Baden-Württemberg	Biberach An Der Riß	09.07.2021	Religion	Hassverbrechen	Turkin	<p>Die Aksa-Moschee der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) erhielt einen Brief mit beleidigenden Äußerungen gegen Muslime, den Islam und den Koran. In dem Hassbrief, der Anschuldigungen gegen den Islam und Muslime enthielt und in gebrochenem Deutsch geschrieben war, wurde behauptet, dass BikeOnic, ein Fahrradgeschäft in der Stadt Aichtetten, etwa 45 Kilometer von der Stadt Biberach entfernt, sein Geschäft nicht mehr betreiben könnte und der Grund dafür Muslime seien.</p>	<p>https://camiahaber.com/2021/07/09/biberach-aksa-camine-nefret-mektubu/</p>
35	Hamburg	Hamburg	24.07.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	<p>Vor der Ulu Moschee (DITIB) wurden Schüsse mit einer Schreckschusspistole abgefeuert. Die Gemeinde bat eine unbekannte Person, die vor der Moschee laut Musik hörte, die Musik abzustellen. Dies führte zu einem Streit zwischen der betreffenden Person und der Gemeinde. Nach kurzer Zeit ging die Person weg. Allerdings kam die Person kurze Zeit später mit einer Pistole zurück und feuerte 4-5 Schüsse ab. Die Polizei nahm den Täter daraufhin fest, ließ ihn jedoch nach einigen Stunden wieder frei. Das Verfahren gegen den Täter läuft derzeit ohne Verhaftung.</p>	<p>https://brandeilig.org/farbanschlag-auf-moschee-in-hamburg/</p>

36	Hamburg	Hamburg	26.07.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Die "Blaue Moschee" des Islamischen Zentrums Hamburg (IZH) wurde mit Farbschmierereien angegriffen. Die unbekanntenen Täter schrieben Sprüche wie "Tod für die Islamische Republik Iran" an die Wände.	https://taz.de/!5789057/
37	Bayern	Hersbruck	18.08.2021	Religion	Hassverbrechen	Turkin	In Hersbruck wurden antimuslimische und rassistische Flugblätter an das Haus einer Frau geklebt. Die Türkische Gemeinde in der Metropolregion Nürnberg (TGMN) bewertete den Vorfall als Besorgnis erregend. Auf den Flugblättern waren handschriftliche Beleidigungen wie "Ihr dreckigen Islamisten", "ALLAH ist nichts" und "ALLAH wird von Jesus in 1000 Stücke zerlegt" zu lesen. Am 9. November gab TGMN auf Twitter bekannt, dass die Person, die die beleidigenden Zettel an das Haus geklebt hatte, von der Polizei verhaftet worden ist.	https://www.br.de/nachrichten/Bayern/rassistische-und-antimuslimische-drohung-in-hersbruck
38	Hessen	Frankfurt	12.09.2021	Religion	Angriff auf Person	Muslim:in	In Frankfurt wurde ein 80-jähriger Muslim auf dem Weg zur Moschee angegriffen und schwer verletzt.	https://www.islamiq.de/2021/09/12/80-jaehri-ger-muslim-angegriffen-und-schwer-verletzt/

39	Baden-Württemberg	Biberach An Der Riß	17.09.2021	Religion	Hassverbrechen	Türkin	An der Eingangstür zum Innenhof der Biberacher Aksa-Moschee der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş (IGMG) wurden Aufkleber mit beleidigendem Inhalt angebracht. Während einer der an der Biberacher Aqsa-Moschee angebrachten Aufkleber blasphemische Ausdrücke enthält, steht auf dem anderen neben einem Mann und einer Frau in muslimischer Kleidung "Wir müssen draußen bleiben", was darauf hinweist, dass "es verboten ist, Tiere auf Märkte oder in geschlossene Räume zu bringen".	https://camiahaber.com/2021/09/17/almanya-da-biberach-aksa-cami-ikinci-kez-saldiriya-ug-radi/
40	Berlin	Berlin	23.09.2021	Religion	Unechte Bombendrohung	Muslim:in	Eine verdächtige Handgranate wurde auf dem Gelände der Markaz Rasulallah-Moschee gefunden. Die Gemeinde rief daraufhin die Polizei.	https://www.berliner-zeitung.de/news/polizeibericht-berlin/mutmassliche-granate-in-berliner-moschee-vorhof-gefunden-li:184701
41	Sachsen	Zwickau	24.09.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Unbekannte griffen die Al-Ansar-Moschee in Zwickau an und schlugen einige Fenster ein. Der Angriff, der der Polizei gemeldet wurde, wird von den Sicherheitskräften untersucht.	https://www.islamiq.de/2021/09/23/moscheeangriff-in-zwickau-6-scheiben-eingeschlagen/
42	Nordrhein-Westfalen	Hamm	27.09.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	Der Altpapiercontainer der Selimiye-Moschee (VIKZ) geriet in Brand. Das Feuer verursachte Sachschäden in der Moschee.	https://www.pressportal.de/blaulicht/pm/65844/5031469

43	Hessen	Groß-Gerau	28.09.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Muslim:in	An einem Montagabend haben Unbekannte während des Isha-Gebetes in einer Moschee in Kelsterbach (Groß-Gerau) Glasflaschen in die Moschee geworfen.	https://www.hessen-schau.de/panorama/flaschen-auf-moschee-in-kelsterbach-geworfen,kurz-moschee-100.html
44	Hessen	Darmstadt/ Kelsterbach	20.09.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Turkin	Am 20. September schlug die Polizei im hessischen Kelsterbach bei Darmstadt einen Apotheker mit einem Schlagstock, weil er sich nicht hinlegte. Die Aussagen des Apothekers und des Polizeibeamten weichen stark voneinander ab. Die Staatsanwaltschaft Darmstadt und die Polizei Südhessen ermitteln diesbezüglich.	https://www.fr.de/rhein-main/kreis-gross-gerau/kelsterbach-ort116049/darmstadt-polizeigewalt-in-kelsterbach-91036029.html
45	Nordrhein-Westfalen	Solingen	20.10.2021	Rassistisch motiviert	Brandstiftung	Turkin	"In der Nacht zum 20. Oktober griffen Unbekannte das Haus einer türkischstämmigen Familie in Solingen mit einem Molotowcocktail an." "Wir untersuchen den Sachverhalt von allen Seiten und schließen keine Möglichkeit aus", erklärte die Staatsanwaltschaft. Auch eine Mültonne in der Nähe des Tatorts war einige Tage zuvor in Brand gesetzt worden. Inwieweit ein Zusammenhang zwischen den beiden Vorfällen besteht, ist noch ungeklärt."	https://www.trd.deutsch.com/news-inland/an-griff-mit-brandsatz-auf-haus-turkischer-familie-in-solingen-6918906

46	Baden-Württemberg	Pforzheim	24.10.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Menschen mit Migrationsgeschichte	Die Polizei habe in Pforzheim unverhältnismäßig viel Gewalt gegen eine Person angewendet. Nach einem Vorfall im nördlichen Teil von Pforzheim tauchten entsprechende Videoaufnahmen auf, die sich rasch verbreiteten. Auf den Videoaufnahmen ist zu sehen, wie ein Polizeibeamter einem am Boden liegenden Portugiesen einen Schlag auf den Kopf versetzt. Die Polizei sucht nach Augenzeugen des Vorfalls.	https://www.pz-news.de/pforzheim_artikel,-Polizeigewalt-in-Pforzheim-Videoaufnahmen-sorgen-fuer-Aufregung-im-Netz-_arid,1630250.html
47	Nordrhein-Westfalen	Solingen	31.10.2021	Rassistisch motiviert	Sachbeschädigung	Türkin	"Innerhalb von zwei Wochen wurde ein zweiter Anschlag auf das Haus einer türkischstämmigen Familie in Solingen verübt. Am 20. Oktober 2021 wurde ein Anschlag mit Molotowcocktails auf den Balkon des Hauses verübt, in dem die Familie wohnt. Bei dem zweiten Angriff wurden Eier auf die Wohnung geworfen. Nach Einschätzung der Polizei besteht die Möglichkeit, dass der Angriff auf Halloween zurückzuführen ist."	https://www.trtdeutsch.com/news-inland/haus-von-turkischstaemmer-familie-in-solingen-erneut-angegriffen-7044669
48	Nordrhein-Westfalen	Köln	19.11.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Türkin	Am Freitagmorgen gegen 04.00 Uhr wurde ein Brandanschlag auf die Kölner DITIB-Zentralmoschee verübt. Die Sicherheitskräfte leiteten daraufhin eine Ermittlung ein. Nach Angaben der Polizei goss ein Unbekannter in den frühen Morgenstunden mit einem Fahrrad Benzin oder Diesel auf den Gehweg der DITIB-Moschee in Ehrenfeld. Die Ermittlungen zum Vorfall dauern an.	https://www.islamiq.de/2021/11/19/versuchte-brandstiftung-auf-koelner-zentralmoschee/

49	Bayern	München	04.12.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Muslim:in	<p>In München, Deutschland, wurde eine Ingenieurin mit Kopftuch rassistisch angegriffen, als sie mit ihrem Kinderwagen spazieren ging. Nach Angaben der Frau, die ständig Rassismus ausgesetzt sei, wurde sie beim Warten auf einen Bus von einer älteren Frau vor den Bus geschubst und stieß gegen den Bus. Nachdem die ältere Frau versuchte, das Kopftuch der von ihr angegriffenen Frau zu entziehen und sie zu beleidigen, stieg sie aus dem Bus aus. Die betroffene Frau bat ein älteres Ehepaar in ihrer Nähe um Hilfe, um die Polizei zu verständigen, sah sich jedoch den spöttischen Worten des älteren Ehepaars ausgesetzt und rief mit Hilfe eines Pizzabäckers die Polizei.</p>	<p>https://www.islamiq.de/2021/12/04/muslimin-mit-kin-derwagen-vor-bus-geschubst/?fbclid=IwAR1ov3WeN-Uos-OI-AMf4HQNF6NIUKG54EAR4osOIHUS8ApOwKMKt-v6NUHci</p>
50	Nordrhein-Westfalen	Dortmund	05.12.2021	Religion	Hassverbrechen	Muslim:in	<p>Die Selimiye-Moschee der DJITB in Dortmund, Deutschland, wurde Ziel eines rassistischen Angriffs. Der unbekannte Angreifer hinterließ gegen 04:32 Uhr einen Schweinekopf an der Tür der Moschee und machte anschließend ein Selfie. Vertreter der Moschee erklärten, dass diese islamfeindlichen und antimuslimischen Taten inakzeptabel seien.</p>	<p>https://www.islamiq.de/2021/12/05/schweinekopf-vor-moschee-in-dortmund-abgelegt/?fbclid=IwAR2q4guBG36U5vJ6SMD-ISAGNNScErK_bJrPrmVba4xGgeZQCT-fvzdvwsuM</p>

51	Landesweit	Landesweit	08.12.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf Person	Muslimin	Nach Angaben des Bundeskriminalamtes wurden im dritten Quartal 2021 146 islam- und muslimfeindliche Angriffe registriert. Diesen Daten zufolge stieg die Zahl der Angriffe von 99 im zweiten Quartal (April-Juni 2021) an. Zwölf dieser Anschläge galten Moscheen.	https://www.trddeutsch.com/gesellschaft/146-islamfeindliche-straftaten-im-zweiten-quartal-dokumentiert-7352083
52	Nordrhein-Westfalen	Bochum	09.12.2021	Religion	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	In Bochum, Deutschland, wurde ein Fahrzeug auf dem Parkplatz der DITIB-Moschee in Brand gesetzt. Die Flammen konnten durch den Einsatz der Feuerwehr unter Kontrolle gebracht werden. Es wurde festgestellt, dass der Eigentümer des Fahrzeugs türkischer Herkunft ist. Ein weiteres Fahrzeug wurde in der Nähe der Moschee in Brand gesetzt. Die Polizei untersucht, ob es einen Zusammenhang zwischen den beiden Brandanschlägen gibt.	https://www.islamiq.de/2021/12/09/autouf-parkplatz-einer-moschee-in-brand-gesetzt/?fbclid=IwAR0hlEjhRntEJQv1RKzyAPJsaRslnkBGB6GI09uF4_pEOg7RglF3wmQK8
53	Sachsen	Leipzig	14.12.2021	Rassistisch motiviert	Angriff auf religiöse Einrichtungen	Turkin	Linksradikale haben eine Moschee der DITIB in Leipzig angegriffen. Die Fenster der Moschee wurden eingeschlagen. Nach Angaben der Polizei waren etwa hundert maskierte Linksextremisten beteiligt.	https://www.belltower.news/ditib-linke-greiften-am-13-12-moschee-in-leipzig-an-125733/

54	Thüringen	Jena	15.12.2021	Rassistisch motiviert	Hassverbrechen	Muslim:in	<p>Nach einem Bericht der Thüringer Polizei durchsuchten Beamte am Dienstag mit einem Durchsuchungsbeschluss die Wohnung eines 49-jährigen Mannes. Dem Verdächtigen wird vorgeworfen, im November 2020 und März 2021 islamfeindliche Flugblätter in der Stadt Jena verteilt zu haben. Nach Ansicht der Polizei haben diese Flugblätter das Sicherheitsgefühl der Bürger erheblich beeinträchtigt. Bei den Durchsuchungen suchten die Beamten nach Beweisen für die Flugblätter, als sie auf eine noch größere Überraschung stießen. Es wurden acht Langwaffen, zwei halbautomatische Waffen und Schalldämpfer sowie 55 Waffenmagazine und eine große Menge an Munition gefunden.</p>	<p>https://www.thueringen24.de/jena/article234094021/Jena-Islam-Hass-Kartaturen-Waffen-Polizei.html?fbclid=IwAR-0WqNyQWM3zB-Bu_L4w1gPUJTDQItWHIomRnKhlfFfoe3s0Mvrrn-bQgSob44</p>
----	-----------	------	------------	-----------------------	----------------	-----------	--	--

Quellenverzeichnis

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2020). *Gleiche Rechte, gleiche Chancen. Jahresbericht der Antidiskriminierungsstelle des Bundes*. Berlin: MKL Druck GmbH & Co. KG. (https://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/downloads/DE/publikationen/Jahresberichte/2020.pdf;jsessionid=40AA6B934DCBC310975FBECABD7C65B2.intranet212?__blob=publicationFile&v=4&_x_tr_sl=de&_x_tr_tl=tr&_x_tr_hl=tr&_x_tr_pto=sc)
- Alle Ergebnisse und Grafiken der Bundestagswahl im Überblick (2021), *Welt* (<https://www.welt.de/politik/bundestagswahl/article233164435/Wahlergebnis-Das-Endergebnis-zur-Bundestagswahl-2021-Alle-Grafiken.html>)
- Berry, Alex. (2021). *Germany: Right-wing criminality at a record high*. DW. (<https://www.dw.com/en/germany-right-wing-criminality-at-a-record-high/a-57421079>)
- Berliner Kurier(2021), *Wegen Neonazi-Kontakten: AfD-Fraktion im Bundestag verliert bereits das erste Mitglied* (<https://www.berliner-kurier.de/politik-wirtschaft/wegen-neonazi-kontakten-afd-fraktion-im-bundestag-verliert-bereits-das-erste-mitglied-li.185965>)
- Betschka, J. (2021). *„Berlin gründet Expertenkommission gegen antimuslimischen Rassismus“ Der Tagesspiegel*. (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/reaktion-auf-anschlag-in-hanau-berlin-gruendet-expertenkommission-gegen-antimuslimischen-rassismus/26930256.html>)
- Bielefeldt, H. (2006), *Einbürgerungspolitik in Deutschland, Zur Diskussion über Leitkultur und Staatsbürgerschaftstests*, Deutsches Institut für Menschenrechte, Essay No. 3.
- Beigang, S., Fetz, K., Kalkum, D., Otto, M., (2017), *Diskriminierungserfahrungen in Deutschland, Ergebnisse einer Repräsentativ- und einer Betroffenenbefragung*. Hg. v. Antidiskriminierungsstelle des Bundes. Baden-Baden, s.167, Nomos Verlag.
- Brandeilig (2021), *Moscheeangriffe im 2021*, (<https://brandeilig.org/>)
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2021). *Politisch im Jahr motivierte 20 Bundesweite Fallzahlen*, (https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2021/05/pmk-2020-bundesweite-fallzahlen.pdf?__blob=publicationFile&v=4)
- Bundesverfassungsgericht (2021), *DITIB*, (https://www.bundesverfassungsgericht.de/SharedDocs/Entscheidungen/DE/2021/01/rk20210119_1bvr267120.html)
- Bundesarbeitsgericht(2020), *Kopftuchverbot – Benachteiligung wegen der Religion* (<https://www.bundesarbeitsgericht.de/entscheidung/8-azr-62-19/>)

- Özipek, Bekir Berat (2018), *YanlıŞ Sorulara Doğru Cevaplar Ayrımcılık, İslamofobi, Entegrasyon ve Ötesi*, Liberte Yayınları, Ankara
- Bundesministerium des Inneren, für Bau und Heimat. (2020). *Verfassungsschutzbericht 2020*. Berlin. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/publikationen/DE/verfassungsschutzberichte/2021-06-verfassungsschutzbericht-2020-fakten-und-tendenzen-kurzzusammenfassung.html>)
- Court of Justice of the European Union (2021), *PRESS RELEASE No 128/21 Luxembourg, 15 July* (<https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2021-07/cp210128en.pdf>)
- Çetinkaya, İ. (2021). "Dışişleri Bakanlığında FETÖ'nün dahil edildiđi «House of One» projesine tepki" *Anadolu Ajansı*. (<https://www.aa.com.tr/turkiye/disisleri-bakanligindan-fetonun-dahil-edildi-gi-house-of-one-projesine-tepki/2256622>)
- Çiçek, A. (2021) *Üçüncü Kuşak Türkiyelilerin Almanya'daki Gündelik Siyaseti: Sosyal Politikalara Direniş ve Seçici Adaptasyon*, Yayınlanmamış Doktora Tezi, İstanbul Üniversitesi Sosyal Bilimler Enstitüsü.
- Decker, O., & Brähler, E. (2020). *Autoritäre Dynamiken: Alte Ressentiments – neue Radikalität*. İçinde O. Decker & E. Brähler (Ed.), *Autoritäre Dynamiken*. Psychosozial-Verlag. (<https://doi.org/10.30820/9783837977714-13>)
- Deutscher Bundestag. (2021). *Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus, Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation*. Drucksache 19/30310. Berlin: Deutscher Bundestag. (<https://dserver.bundestag.de/btd/19/303/1930310.pdf>)
- Deutsche Institut für Menschenrechte(2021), *Entwicklung der Menschenrechtssituation in Deutschland Juli 2020 – Juni 2021*, (https://www.institut-fuer-menschenrechte.de/fileadmin/Redaktion/Publikationen/Menschenrechtsbericht/ Menschenrechtsbericht_2021_Kurzfassung.pdf)
- Deutscher Bundestag. (2022). *Islamfeindlichkeit und antimuslimische Straftaten im vierten Quartal 2021*. Drucksache 20/716. Berlin: Deutscher Bundestag. (<https://dserver.bundestag.de/btd/20/007/2000716.pdf>)
- Deutscher Bundestag(2021), *Gesetz gegen Rechtsextremismus und Hass kriminalität beschließen*, (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2020/kw25-de-rechtsextremismus-701104>)
- Deutschland Menschenrechtslage 2021. *Human Rights Watch*. (<https://www.hrw.org/de/world-report/2022/country-chapters/380518>)
- Dilbirliđi, M. (2020a) *Almanya İslam Konferansı: Diyalog değil Siyasi Baskı*, içinde:Avrupa'nın Kimlik KriziAnalizler Serisi - 4, Hayri Çetinkuş - Göksel Ulutabak, Editör, Anadolu Ajansı, Ankara, ss.64-73.
- Dilbirliđi, M. (2015), *Alman Anayasası'nda Din Özgürlüğü ve Din Eğitimi*, liberal düşünce Yıl 20, Sayı 78, Bahar 2015, s. 75 – 104.
- Der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen(2021), *Gesetz zur Stärkung religiöser, weltanschaulicher und politischer Neutralität* (https://recht.nrw.de/lmi/owa/br_vbl_detail_text?print=1&anw_nr=6&val=&ver=0&sg=0&menu=1&vd_id=19267&keyword=)
- Die Ära Merkel: Wie steht es um Muslim:innen und "Kopftuch-Debatte? (2021).*TRT Deutsch*. (<https://www.trtdeutsch.com/meinung/die-ara-merkel-wie-steht-es-um-musliminnen-und-kopftuch-debatte-6556515>)
- DITIB Antidiskriminierungsstelle (2022),*Moschee begriffe – das Jahr 2021* ([https://www.ditib-ads.de/Assets/document/upload/08e219e6-3ad8-46d1-a5fb-7cc242395383pdfresizer.com-pdf-resize%20\(1\)_compressed.pdf](https://www.ditib-ads.de/Assets/document/upload/08e219e6-3ad8-46d1-a5fb-7cc242395383pdfresizer.com-pdf-resize%20(1)_compressed.pdf))
- Ditib-Spionage: Bundesanwaltschaft stellt Ermittlungen gegen Ditib-Imame ein (2017),*Zeit*, (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2017-12/ditib-spionage-ermittlungen-einstellung-bundesstaatsanwalt-guelen-anhaenger>)
- Ein Fortschritt in der Kopftuchdebatte. (2020). *TRT Deutsch*. (<https://www.trtdeutsch.com/meinung/ein-fortschritt-in-der-kopftuchdebatte-2707378>)

- Europäische Union (Ed.). (2018). *Zweite Erhebung der Europäischen Union zu Minderheiten und Diskriminierung: Muslimas und Muslime: ausgewählte Ergebnisse*. Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union. (<https://doi.org/10.2811/734441>)
- European Commission against Racism and Intolerance (ECRI) (2020), *Sixth report on Germany Monitoring*, (<https://www.coe.int/en/web/european-commission-against-racism-and-intolerance/germany>)
- European Commission, Directorate-General for Justice and Consumers, Comerford, M., Gerster, L. (2021). *The rise of antisemitism online during the pandemic : a study of French and German content*, Publications Office. (<https://data.europa.eu/doi/10.2838/408086>)
- Fandrych, S. (2017), Leitbild statt Leitkultur!, içinde: Leitbild oder Leitkultur? Vielfalt und Gemeinsamkeit in der Einwanderungsgesellschaft, Friedrich-Ebert-Stiftung, s.2-3.
- Federal Foreign Service (2021), *LGBTI rights* (<https://www.auswaertiges-amt.de/en/aussenpolitik/themen/menschenrechte/07-lgbti/lgbti-rights/227620>)
- Fundamental Rights Report 2021 (2021), *European Union Agency for Fundamental Rights*, (https://fra.europa.eu/sites/default/files/fra_uploads/fra-2021-fundamental-rights-report-2021_en.pdf)
- Freedomhouse(2022), *Freedom in the World 2022/ Germany*, (<https://freedomhouse.org/country/germany/freedom-world/2022>)
- Germany to repatriate army platoon accused of rightwing extremism. *Financial Times*. (<https://www.ft.com/content/13d40fe5-91b5-488c-804f-bd154c2be279>)
- Generalbundesanwalt (2021) *Pressemitteilung, Einstellung der Ermittlungen wegendes Anschlags in Hanau vom 19.Februar 2020* (http://www.generalbundesanwalt.de/DE/Home/home_node.html)
- Integrationsmonitoring auf Bundesebene. *Dezim Institute*. (<https://www.dezim-institut.de/das-dezim-institut/abteilung-integration/drittmittel-projekt-integrationsmonitoring-auf-bundesebene/>)
- Islam gehört für Nancy Faeser “natürlich zu Deutschland (2022). *Zeit Online*. (<https://www.zeit.de/politik/deutschland/2022-01/nacny-faeser-islam-migrationspolitik-islamismus-einwanderung-integration>)
- Islam und Islamismus in den Wahlprogrammen der Parteien. *Qantara*. (<https://de.qantara.de/content/islam-und-islamismus-in-den-wahlprogrammen-der-parteien>)
- Islamischer Religionsunterricht in Hessen – eine Chronologie, (2021) *Islamiq.de HESSEN*, (<https://www.islamiq.de/2021/07/04/islamischer-religionsunterricht-in-hessen-eine-chronologie/>)
- Mediendienst Integration. (2021). *Antimuslimischer Rassismus in Deutschland*:
- Medizin-Studierende beklagen Diskriminierung an Uni-Klinik (2022), *Süddeutsche Zeitung* (<https://www.sueddeutsche.de/leben/gesellschaft-herne-medicin-studierende-beklagen-diskriminierung-an-uni-klinik-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-220313-99-499641>)
- Marcin Kromczyk, Nabil Khattab & Tahir Abbas (2021) *The limits of tolerance: before and after Brexit and the German Refugee Crisis*, *Ethnic and Racial Studies*, 44:16, 170-193.
- Neo-Nazi convicted of German politician's murder. *DW*. (<https://www.dw.com/en/neo-nazi-convicted-of-german-politicians-murder/a-56366905>)
- Neuer Straftatbestand stellt verhetzende Beleidigung unter Strafe. *Bundesministerium der Justiz*. (https://www.bmj.de/SharedDocs/Artikel/DE/2021/0921_Neue_Strafvorschriften.html)
- Neue Regeln für Beamtinnen :Kein Tattoo, kein Kopftuch (2021), *Taz*, (<https://taz.de/Neue-Regeln-fuer-Beamtinnen/!5766123/>)
- Nicholson, Esme (2021), *Germany Grapples With Racism After Threats Derail Refugee's Candidacy For Parliament*, (<https://www.npr.org/2021/04/21/988816485/germany-grapples-with-racism-after-threats-derail-refugees-candidacy-for-parliam>)

- Noyan, O. (2021). "Bundestag verabschiedet Gesetzesnovelle zu Hate Speech im Internet" *Euractiv*. (https://www.euractiv.de/section/innovation/news/bundestag-verabschiedet-gesetzesnovelle-zu-hate-speech-im-internet/?_ga=2.250568518.1134324484.1630074328-860849585.1618486950)
- Olgun, U.(2015), *Islamische Religionsgemeinschaften als politische Akteure in Deutschland*, Wiesbaden.s.172.
- Pawlik, V. (2022). *Glauben Sie, dass in Deutschland Rassismus in den folgenden Lebensbereichen vorkommt oder (fast) nicht vorkommt?* *Statista*. (<https://de.statista.com/statistik/daten/studie/1170606/umfrage/umfrage-in-deutschland-zum-vorkommen-von-rassismus-in-bestimmten-lebensbereichen/>)
- Spezialkräfte der Bundeswehr: KSK soll durchleuchtet werden. *Tagesschau*. (<https://www.tagesschau.de/inland/ksk-pruefung-rechtsextremismus-101.html>)
- Schührer, S. (2018), *Türkeistämmige Personen in Deutschland, Erkenntnisse aus der Repräsentativuntersuchung*, BAMF, Nürnberg.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2018), *Zuwanderung und Diskriminierung: Wer anders aussieht, fühlt sich stärker benachteiligt* <https://www.svr-migration.de/presse/presse-forschung/diskriminierungserfahrungen/>
- Statement von BfV-Präsident Thomas Haldenwang zur Vorstellung des Verfassungsschutzberichts 2020. *Bundesamt für Verfassungsschutz*. (<https://www.verfassungsschutz.de/SharedDocs/reden/DE/2021/statement-haldenwang-vorstellung-des-verfassungsschutzberichts-2020.html>)
- Steinhagen, M. (2021) "Was lief schief in der Tatnacht? Was wussten die Behörden über den Täter?" <https://www.zeit.de/gesellschaft/2021-07/hanau-anschlag-untersuchungsausschuss-rechtsextremismus-polizei?>
- Tanrikulu, F. (2021). "Almanya'da koalisyon imkanları.. Üç farklı senaryo" *Star*. (https://www.star.com.tr/acik-gorus/almanya-da-koalisyon-imkanlari-uc-farkli-senaryo-haber-1659955/?fbclid=IwAR3wZEnKwWnj8P0obLqPnnQBv4ur9hn-HXVfzO1e8oXOGirzoJgl_itjQY)
- Tanrikulu, F. (2018). *Yaşlanan Alman nüfusu ve artan göçmen ihtiyacı arasındaki ilişkinin değerlendirilmesi: Yükselen ırkçılık, yabancı düşmanlığı ve ayrımcılık*. *Sosyal Siyaset Konferansları Dergisi*, 75, 93–122.
- Taşğın Ahmet, Görgülü, Aybars, Özipek Bekir Berat, Bahadır Beril, Bahadır İbrahim (2016), *Avrupa'da Yaşayan Türkiye Kökenli Gençler*, (<http://podem.org.tr/researches/avrupada-yasayan-turkiye-kokenli-gencler-alevilik-sunnilik-temelinde-kimlik-aidiyet-sosyal-hayat-siyaset/>)
- Ullrich, C. (2021), "Neue Kommission für den Islamunterricht in NRW" <https://www1.wdr.de/nachrichten/landespolitik/sachstand-islamunterricht-nrw-gebauer-100.html>
- Vates, D. (2021). *Antidiskriminierungsstelle meldet erneut Rekordwerte bei Beratungsanfragen*. *RedaktionsNetzwerk Deutschland*. (<https://www.rnd.de/politik/antidiskriminierungsstelle-meldet-2021-erneut-rekordwerte-bei-beratungsanfragen-JS5ZYRSB7FDRJFEUFLUJG7RG7A.html>)
- Winterhagen, D. J., Ceyhan, G., & Tisch, D. (2020). *Beratungsangebote für Betroffene von antimuslimischem Rassismus*. (https://www.claim-allianz.de/content/uploads/2021/03/210105_knw_kurzstudie_digital.pdf?x54225)
- Wegen Kopftuch Herner Klinik Schmeisst Praktikantin Raus (2022), *Waz*, <https://www.waz.de/staedte/herne-wanne-eickel/wegen-kopftuch-herner-klinik-schmeisst-praktikantin-raus-id234420783.html>
- Zahlen und Fakten (Infopaper)*. (<https://mediendienst-integration.de/artikel/antimuslimischer-rassismus-ist-weit-verbreitet.html>)
- Zentralrat begrüßt Koalitionsvertrag. *Zentralrat*. (<https://zentralrat.sintiundroma.de/koalitionsvertrag-nimmt-antiziganismus-in-den-blick/>)
- Zwei Jahre nach Hanau: Fraktionen sagen Rechtsextremismus Kampf. *Deutscher Bundestag*. (<https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2022/kw07-de-aktuelle-stunde-hanau-881036>)

Deutschland 2021

Muslim:innen in Deutschland: Menschenrechte,
Grundrechte und Rechtsverletzungen

Herausgeber

Bekir Berat Özipek & Faik Tanrıku

Postmigrantische Gesellschaften befinden sich in einer Phase, in der Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit sowie der Respekt vor Diversität vor großen Herausforderungen stehen. Während sich die Fragen zur inneren Sicherheit bilden und strukturelle Ungerechtigkeit und diskriminierende Maßnahmen in den Vordergrund treten, lässt sich feststellen, dass vor allem Minoritäten von dieser negativen Entwicklung betroffen sind. In westlichen Gesellschaften zeigt sich dies vor allem an islam- und muslim:innenfeindlichen Ressentiments und antimuslimischem Rassismus.

Es lässt sich „beobachten, dass die Stereotypisierung von Muslim:innen zunehmend „legitimiert“ und „normalisiert“ wird, sodass Rassismus, Diskriminierung und illiberale und antidemokratische Ideen einen Nährboden finden. Basierend auf diese Entwicklung ist die Untersuchung der Menschenrechte in Bezug auf Muslim:innen ein wichtiger Indikator dafür, um die Dimensionen der Bedrohung für das gesamte Land und das gesellschaftspolitische System zu analysieren.

Wir hoffen, dass dieser Bericht, welcher die aktuelle Situation in Deutschland im Jahr 2021 in Bezug auf die Menschen- und Grundrechte analysiert und dabei vor allem Muslim:innen fokussiert, einen Beitrag dazu leisten wird, die positiven und negativen Veränderungen im sozialen, gesellschaftspolitischen und juristischen Bereich innerhalb eines Jahres aufzuzeigen.

Bekir Berat Özipek & Faik Tanrıku

LIBERTE
yayınları

 /LiberteYayinGrubu
 /liberteyayinevi
 www.liberte.com.tr



ISBN: 978-605-9823-63-0

